Mittwoch, 8. Oktober 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 234 - 41.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

Morgen in der WELT



Interview mit Mubarak

Frieden zwischen Arabern und Juden zu vermitteln, hält der ägyptische Staatspräsident Mubarak für das Hauptziel seiner Außenpolitik. Ohne die Palästinenser und ohne die Anerkennung des Existenzrechts Israels wird eine Lösung nicht zu finden sein, erklärte er gegenüber der WELT. Seit fünf Jahren regiert der Nachfolger Sadats in Kairo. Wie hat sich die Wirtschaft entwickelt?

POLITIK

Appell: Eine Gruppe von Sowjetbürgern, die sich mit Familienangehörigen im Ausland treffen wollen, hat einen Appell an den sowjetischen Parteichef Gorbatschow und US-Präsident Reagan gerichtet: Das Thema Familienzusammenführung sollte in Reykjavik behandelt werden.

Weinberger: Der US-Verteidigungsminister ist zu einem offiziellen Besuch in Peking eingetroffen. Hauptthema seiner Gespräche mit der chinesischen Führung ist nach Angaben von Diplomaten eine militärtechnische Kooperation beider Staaten.

Sowjetunion: Mehr als einhundert KP-Funktionäre in Usbekistan sind in den vergangenen anderthalb Jahren wegen „ungenügender Ideologie-Arbeit" entlassen worden. Hauptvorwurf ist der „mangelnde" Kampf gegen den „Einfluß des Islam".

Ghana: Gerüchte über eine bevorstehende Invasion aus Togo kursieren schon seit längerer Zeit in Accra. Das Land steckt in einer wirtschaftlichen Dauerkrise, Zehntausende von Ghanaern haben Zuflucht in Togo und Elfenbeinküste gefunden. (S. 5)

Austausch: Italien und Libyen haben Häftlinge ausgetauscht: Die italienische Regierung begnadigte drei Libyer, die wegen Mordes und Mordversuchs inhaftiert waren; Libyen ließ vier Italiener frei, die wegen Rauschgiftbesitzes und „Komplott gegen den Staat" verurteilt worden waren. (S. 2)

Unesco: Der umstrittene Generalsekretär der UNO-Organisation, der Senegalese Amadou Mahtar M'Bow, will für dieses Amt nicht mehr kandidieren. Ihm waren mehrfach Mißwirtschaft und Politisierung der Unesco-Arbeit vorgeworfen worden. (S. 5)

Libanon: Eine armenische Untergrundgruppe hat die libanesische Terrororganisation Islamischer Heiliger Krieg aufgefordert, eine ihrer französischen Geiseln, den Journalisten Kauffmann, zu töten, wenn Israels Regierungschef Peres Frankreich besucht.

Raumflug: Die Sowjetunion wird vor Anfang kommenden Jahres keinen bemannten Raumflug mehr starten. Das erklärte der Kosmonaut Valerij Riumin auf dem Internationalen Astronautentag in Innsbruck. Gründe für diese Entscheidung nannte er nicht.

WIRTSCHAFT

Intervention: An den Devisenmärkten gab es gestern die ersten massiven konzertierten Interventionen zur Stabilisierung des Dollars, an denen sich neben der Bundesbank auch die Zentralbanken der Schweiz, Belgiens und Dänemarks beteiligten. Stützungskäufe der Bundesbank haben sich schätzungsweise auf annähernd eine halbe Milliarde Dollar summiert. (S. 13)

Börse: Mit dem festeren Dollar kehrte gestern an die deutschen Aktienmärkte die Zuversicht zurück. Die Kurse schlossen zumeist nahe ihren Höchstwerten. Am Rentenmarkt ermäßigten sich die Kurse öffentlicher Anleihen. WELT-Aktienindex 276,06 (275,50). BHF-Rentenindex 106,941 (106,999). BHF-Performance-Index 107,233 (107,261). Dollarmittelkurs 2,0108 (1,9942) Mark. Goldpreis je Feinunze 436,00 (436,90) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
280
270
260
24. 25. 26. 29. 30. 1. 2. 3. 6. 7.
September/Oktober 86
DIE WELT

KULTUR

Gauguin: Der Maler wird in dem Film „Der Wolf vor der Tür" gespielt und interpretiert von Donald Sutherland – Ein Wolf, der eher hungert, als daß er Abstriche machen würde an seinen Idealen; es ist ein aggressiver und exzentrischer Zeitgenosse. (S. 23)

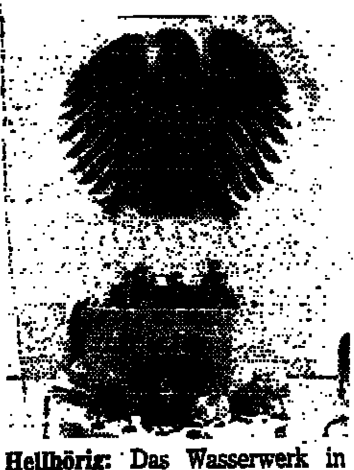
Neue Musik: Ein Konzert mit Streichquartetten des 20. Jahrhunderts, von Arnold Schönberg bis zu George Aperghis, verlangt volle Konzentration. Es war eine lange Quartett-Nacht, sie dauerte fünfeinhalb Stunden: Festival „musica 86" in Straßburg. (S. 23)

SPORT

Schach: Garri Kasparow (23), jüngster Weltmeister der Schach-Geschichte, hat seinen Titel mit einem Remis in der 23. Partie gegen Anatoli Karpow erfolgreich verteidigt. Ob aber Kasparow eine neue Ära einleiten kann, bleibt weiter zweifelhaft. (S. 11)

Motorsport: Der Automobilhersteller Audi wird sich im kommenden Jahr wieder an einigen Läufen der Rallye-Weltmeisterschaft beteiligen. Das Werk hatte sich im Mai nach schweren Unfällen bei WM-Läufen in Portugal und Korsika zurückgezogen.

AUS ALLER WELT



Hellhörig: Das Wasserwerk in Bonn, jetzt Domizil des Bundestags-Plenums (Foto), hat trotz seiner vielgerühmten Edelaustattung auch seine Tücken. So war das Erstaunen des Bundestags-Präsidiums groß, als es feststellen mußte, daß die Zahl der Zwischenrufe enorm gestiegen ist. Sie ist es nicht, aber die Stenographen hören in der „Flüstertüte" Wasserwerk mehr als früher. (S. 24)

Rom: Einer schiebt die Verantwortung auf den anderen, doch keiner will den Schmutz wegräumen, der die italienische Metropole nicht nur nach dem Urteil vieler Touristen zu einem „Saustall" macht. Jetzt greifen die Bürger zum Besen und demonstrieren. Das Maß ist voll. Richter untersuchen die Schlamperei. (S. 24)

Bonn erwartet, daß Schiesser heute die Verträge offenlegt

Probleme mit Gläubiger-Banken / Hessen-CDU erwägt Verfassungsklage

ub./DW. **Hamburg**

Zum ersten Mal trifft heute Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) mit dem Eigentümer der Neuen Heimat, Horst Schiesser, in Bonn zusammen. Wie aus dem Bonner Bauministerium zu erfahren war, geht es um die Sanierung des Konzerns und um die staatlichen Hilfen, um die Schiesser gebeten hatte. Mit Spannung wird erwartet, ob Schiesser „die Karten auf den Tisch legen" wird, wie die Bundesregierung gefordert hatte.

Schneider hat mehrfach deutlich gemacht, daß Bonner Hilfen in Form von verlängerten Darlehensbürgschaften nur in Frage kommen, wenn der neue Eigentümer die Bilanzen des NH-Konzerns und seiner Tochtergesellschaften, ein schlüssiges Sanierungskonzept sowie seinen Finanzierungsplan und alle Haftungsverflechtungen innerhalb des Konzerns offenlege.

Außerdem müßten, so die Forderung Schneiders, die Banken ihre Zustimmung zum Sanierungsplan geben. Hier gibt es offenbar Probleme. Gerüchte besagen, daß das Düsseldorfer Bankhaus Trinkaus & Burkhardt einen 20-Millionen-Kredit an die Neue Heimat gekündigt haben soll. Inzwischen hat das Hamburger Oberlandesgericht in zweiter Instanz mindestens einen Arrest gegen die Neue Heimat erlassen. Ein entsprechendes Gesuch hatte, wie zu erfahren war, die Royal Bank of Canada über 20 Millionen Mark gestellt.

In Hamburger Bankkreisen galt es gestern nachmittag als wahrscheinlich, daß sich in den nächsten Tagen weitere Kreditinstitute auf den gleichen juristischen Weg begeben und Arrestgesuche bei den zunächst dafür zuständigen Landgerichten stellen werden. Es wurde jedoch betont, dies sei nicht automatisch gleichbedeutend mit dem Entstehen eines „Flächenbrandes" unter den Gläubigerbanken der Neuen Heimat. Entscheidend komme es auf das Verhalten der Großgläubiger an.

SEITE 2:
Konkurs?

Bei den Gewerkschaften herrscht offenbar nach wie vor Unsicherheit, ob es Schiesser gelingen kann, die Neue Heimat zu sanieren. Vor dem Gewerkschaftstag der DGB-Gewerkschaft Textil-Bekleidung sagte deren Vorstandsmitglied Pfister, auch nach dem Verkauf des Konzerns bleibe für die Gewerkschaften ein Restrisiko. Er verwies auf die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über die Regionalgesellschaften Hessen und Nordrhein-Westfalen und sagte: „Im übrigen weiß kein Mensch, was wird, wenn Herr Schiesser bei der Sanierung Schiffbruch erleidet."

Fraglich ist, ob die hessische Landesregierung die Neue Heimat Südwest wie geplant kaufen kann. Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag erwägt rechtliche Schritte gegen den geplanten Kauf. Die Union prüfe, ob der Erwerb der Gesellschaft gegen Verfassungsvorschriften oder gegen die in der Haushaltsordnung festgelegten Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Haushaltsführung verstoße, sagte der CDU-Abgeordnete Jung. Zu den rechtlichen Möglichkeiten könne auch eine Klage vor dem Staatsgerichtshof des Landes gehören.

DER KOMMENTAR

Weckruf

GÜNTHER BADING

Die für den Bundesparteitag der CDU in Mainz konzipierte Grundsatzrede schien dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl wohl selber ein bißchen brav, zu wenig aufrüttelnd für einen Wahlkampfauftakt. So legte er etwas nach. In der Strategie seiner Wahlhelfermannschaft unter der Führung von Generalsekretär Geißler liegt es, dem Bürger einen von den Querelen des Tages abgehobenen Kanzler zu präsentieren, der seine Doppelvision – „Weiter so, Deutschland" und „Für eine gute Zukunft" – glaubwürdig mit Leben erfüllt. Dieser Teil der Rechnung ging auf dem CDU-Parteitag auf, nimmt man die Dauerovation der Delegierten als Maßstab.

Die CDU ruht in sich selbst, bietet im Gegensatz zu ihren Konkurrenten personelle und programmatische Geschlossenheit. Dann ist stets die Grenze zur satten Selbstzufriedenheit nahe. So wenig wie die Erfolgsbeschwörung der anderen Parteien und Bewegungen schon den Erfolg bedeuten, so wenig bedeutet Siegesgewißheit den Sieg. Mangel an Mobilisierung hat der CDU schon in mehreren Landtagswahlen dieser Legislaturperiode zu schaffen gemacht. Man erinnere sich an Nordrhein-Westfalen, an das Saarland oder jüngst an Niedersachsen. Kohl weiß, daß er seine zuversichtlichen Parteifreunde wachrütteln muß. Er erinnert sie an Konrad Adenauers Mahnung (und Warnung), daß Wahlkampf vor allem immer auch Kampf bedeutet.

Kohl hat in Mainz recht geschickt die Vision und den greifbaren politischen Vorsatz, die Konsistenz seines Programms und die Warnung vor frühzeitiger Erschlaffung, miteinander verknüpft. Es wird für ihn, seine Partei und seine Partner – ob in München oder im FDP-Haus in Bonn – nicht leicht sein, diesen Balanceakt in den verbleibenden 110 Tagen bis zur Wahl durchzustehen. Der Wähler entscheidet sich im Zweifel für die Kompetenzvermutung, erregtes Flügelschlagen überzeugt ihn kaum. Darauf setzt Helmut Kohl.

Kohl setzt Akzente in der Außenpolitik

CDU-Chef attestiert Gorbatschow „neue Dynamik" / „Gemeinsamkeiten" mit Strauß

RALPH LORENZ, **Mainz**

Bundeskanzler Helmut Kohl will eine Bestätigung der Koalition bei den Bundestagswahlen zu einer „aktiveren Außenpolitik" der Bundesrepublik Deutschland nutzen.

Dies wurde in seiner Grundsatzrede „für eine gute Zukunft" zum Auftakt des 34. Bundesparteitages der CDU in Mainz deutlich. Kohl: „Unser internationales Gewicht bestimmt sich dabei zu allererst durch die innere Stabilität unseres Landes."

Stärker als bisher wird damit die Union in der kommenden Legislaturperiode das bisher vom FDP-Koalitionspartner Hans-Dietrich Genscher dominierte Feld der Außenpolitik bestellen wollen. In seiner Rede gab der Bundeskanzler zu bedenken: „Wir Deutschen können uns nicht als eine Insel der Glückseligkeit verstehen; als ein Volk, das sich aus allen internationalen Bindungen und Verpflichtungen heraushält; als eine Zone, frei von möglichst allen Waffensystemen und Soldaten; als ein Land, das immer mehr nach außen verkaufen will und muß, das aber vor internationaler Verantwortung zurückscheut."

Kohl sprach von der „erhöhten Chance, deutschen und europäischen Interessen im globalen West-Ost-Dialog Geltung zu verschaffen". Freunde müßten nicht immer gleicher Meinung sein, aber sie müßten sich aufeinander verlassen können und vor allem nach außen zusammenstehen, erläuterte der Bundeskanzler mit Blick auf die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Regierung, die er als vertrauensvoll charakterisierte. Dieses Kapital ermögliche „Einfluß, Mitwirkung und Mitgestaltung". Damit hob sich der Kanzler gleichzeitig von „führenden Sozialdemokraten" ab, denen er vorwarf, „bei fast jeder Demonstration gegen die USA in erster Reihe" mitzumarschieren. Die SPD habe sich vom Bündnis längst abgesetzt „und die Freundschaft gekündigt".

Dabei setzte Kohl deutliche Akzente in bezug auf die von ihm verstandene „aktivere Außenpolitik": „An uns Europäer richtet sich immer dringlicher die Anfrage nach verstärkten Beiträgen zur europäischen Verteidigung und zu internationalen Konfliktlösungen. Das sollte die Bundesrepublik Deutschland 41 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und angesichts der inneren Probleme der USA auch nicht überraschen."

Kohl forderte „neue Dimensionen des Denkens in der Außen- und Sicherheitspolitik" und attestierte dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow eine „neue Dynamik". Diese enthalte Risiken aber auch „Chancen zu mehr Verständigung und Zusammenarbeit". Bonn wolle jede Chance nutzen, um die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn „auf allen Ebenen konstruktiv zu entwickeln".

Im innenpolitischen Teil seiner Rede sprach der CDU-Vorsitzende mit Blick auf den 25. Januar von einer Richtungswahl. Franz Josef Strauß bestätigte er, daß sich an den „Gemeinsamkeiten" mit der Schwesterpartei nichts ändere, „auch wenn es gelegentliche Schwierigkeiten gab".

Seite 4: Der Parteitag

USA wollen das gesunkene Sowjetboot nicht heben

Die Unglücksstelle im Atlantik wird weiterhin überwacht

DW. **Washington**

Die amerikanische Kriegsmarine überwacht auch weiterhin die Stelle im Atlantik, an der das sowjetische Atom-U-Boot mit 16 Raketen nach einer Explosion gesunken ist. Die Detonation hatte ein großes Loch in die Außenwand des Schiffes gerissen und außerdem Lenzpumpen im Boot zerstört. Die USA wollen nicht versuchen, das auf stark zerklüfteten, felsigen Grund gesunkene Schiff zu heben.

Erste Luft- und Wasserproben deuteten darauf hin, teilten Vertreter der Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte mit, daß weder vom Reaktor noch von den mit Atomköpfen bestückten Raketen radioaktive Strahlung ausgehe. Die Proben hatte ein für die U-Bootjagd gerüstetes Flugzeug der US-Marine (P-3 Orion) genommen.

Nach amerikanischen Angaben ist der Brennstoff im Reaktor zwischen Stahlplatten eingeschlossen, die nur um Bruchteile eines Millimeters in tausend Jahren rosteten. Eine Explosion sei unmöglich, weil der enorme Wasserdruck die Raketenmäntel zerquetschen würde.

Nach dem Unglück gibt es erste Hinweise auf mögliche Ursachen, die zu der Katastrophe im Atlantik geführt haben. Nach amerikanischen Angaben hat vermutlich der flüssige Treibstoff einer der an Bord befindlichen Raketen angefangen zu brennen, so daß die Explosion nicht mehr zu verhindern war. Wie der Vizeadmiral Powell Carter betonte, seien diese flüssigen Treibstoffe sehr gefährlich. Deshalb würden die ballistischen Raketen an Bord amerikanischer U-Boote ausschließlich mit festem Treibstoff gefüllt.

Im gleichen Zusammenhang schilderte Generalleutnant Richard Burpee, Leiter der Operationsabteilung bei den Stabschefs, den letzten Akt des Dramas auf hoher See. Im Schein der von den sowjetischen Marinesoldaten abgeschossenen Leuchtraketen beobachteten die Amerikaner, wie das Boot immer tiefer im Wasser lag. „Rettungsboote wurden ausgesetzt, und die Überlebenden verließen ihr Schiff." Der sowjetische Frachter, der zuvor vergeblich versucht hatte, das U-Boot Richtung Europa abzuschleppen, nahm sie an Bord.

Seite 2: Reformkräfte

Asyl: Verwirrung um SPD-Rückzieher

Bayerns Innenminister spricht von „seltsamem Gedächtnisschwund" / Warum wurde Hessen aktiv?

DW./E.N. **Bonn**

Die Abkehr der SPD-regierten Länder von der gemeinsamen Erklärung der Innenminister zur Abschiebung von Asylbewerbern hat für erhebliche Verwirrung gesorgt. Das bayerische Innenministerium sprach von einem „unbegreiflichen Vorgang".

Unter Federführung des hessischen Innenministers Winterstein hatten die SPD-Länder erklärt, in der Berichterstattung über das Innenminister-Treffen vom 3. Oktober in Saulgau sei der unzutreffende Eindruck erweckt worden, als hätten die sozialdemokratisch regierten Ländern den Vorschlägen der Union zugestimmt. Wahr sei lediglich, daß man künftig von Fall zu Fall prüfen werde, ob überhaupt Abschiebungen beispielsweise nach Sri Lanka oder Libanon möglich seien.

Nach Mitteilung der bayerischen Landesregierung kann sich Innenminister Hillermeier „diesen seltsamen Gedächtnisschwund der SPD-Innenminister nur so erklären, daß sie zu Hause für die Zustimmung zu diesem Beschluß Prügel bekommen haben und jetzt nichts mehr davon wissen wollen". Für bemerkenswert hält es Hillermeier, daß die Initiative zur „Verleugnung" der Innenminister-Beschlüsse aus Hessen gekommen sei. Der CSU-Politiker nimmt an, „daß offenbar aus Rücksicht auf die Grünen die SPD ihre Auffassung korrigieren mußte".

Hillermeier weist darauf hin, daß die Innenminister folgenden Beschluß gefaßt hätten: Die Innenministerkonferenz „ist der Auffassung, daß grundsätzlich auch in Krisengebiete Abschiebungen stattfinden können. Die Einstufung als Krisengebiet und deren Aufhebung sollen nach Möglichkeit einheitlich zwischen Bund und Ländern erfolgen".

SEITE 2:
Gezinkte Karten

Die CDU-Länder hätten zusätzlich erklärt, sie würden den Kriterienkatalog für die Abschiebung in Krisengebiete anwenden, der bei der Besprechung des Bundesinnenministers mit seinen Amtskollegen in den Ländern am 11. August 1986 erarbeitet und von den unionsregierten Ländern gebilligt worden sei. Abgelehnte Asylbewerber würden demnach auch nach Libanon abgeschoben. Hillermeier: „Nur diese Protokollerklärung wurde von den SPD-Innenministern nicht mitgetragen." Wenn die SPD-Länder „nunmehr so tun, als ob sie diesem Beschluß nicht zugestimmt hätten, lassen sie die Innenministerkonferenz letztlich zur Farce werden", so Hillermeier.

Für zusätzliche Verwirrung sorgten die saarländischen Jungsozialisten, die Ministerpräsident Lafontaine vorwarfen, in der Asylfrage umgefallen zu sein. Dabei bezogen sie sich auf die Zustimmung des Saarlandes zu den Beschlüssen der Innenministerkonferenz.

In Berlin sind nach dem ersten Oktober, dem Stichtag für das Inkrafttreten der neuen „DDR"-Transitregelung, nur 24 Asylbewerber eingereist.

„Leistung und Patriotismus"

DW. **Wien**

Der Vorsitzende und Kanzlerkandidat der Österreichischen Volkspartei, Alois Mock, fordert eine „grundsätzliche Änderung" der gesellschaftspolitischen Positionen in Österreich. Diese Wende will er, wie er in einem WELT-Gespräch sagt, nach der Wahl am 25. November herbeiführen, auch wenn es zu einer großen Koalition komme. „Werte wie Leistung, Toleranz, Korrektheit, Partnerschaft und Patriotismus" müßten wieder zur Geltung kommen.

Seite 8: Gespräch mit Mock

Preise auch im September stabil

cd. **Frankfurt**

Die Lebenshaltung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im September gegenüber dem August nur um 0,2 Prozent verteuert. Darin schlagen sich vor allem Preiserhöhungen für Benzin nieder. Dennoch waren die Lebenshaltungskosten um 0,4 Prozent niedriger als vor einem Jahr. Ohne die Ausgaben für Heizöl und Kraftstoffe blieb der Index im September gegenüber dem Vormonat unverändert, womit er seinen Vorjahresstand um 1,3 Prozent übertraf.

Auch Gewerkschafter zweifeln am DGB

ULRICH REITZ, **Bonn**

Der Verkauf der Neuen Heimat an den Großbäcker Schiesser hat die Gewerkschaften Sympathien gekostet. Ärgerliche Reaktionen von Betriebsräten zeigen es.

Doch schon vor dem Geschäft, das Schiesser zum größten Wohnungsbesitzer in der Bundesrepublik Deutschland avancieren ließ, waren in der Bevölkerung Vorbehalte gegen gewerkschaftliche Politik festzumachen: Deutlich mehr als die Hälfte der Bevölkerung, nämlich 56 Prozent, ist der Meinung, die Gewerkschaften seien zu eng mit einer „bestimmten politischen Partei" verflochten. Hier kommt offenbar die Sorge zum Ausdruck, der DGB könnte sich von einer Einheits- zur (sozialdemokratischen) Richtungsgewerkschaft entwickeln.

1979 – Helmut Schmidt regierte noch die sozialliberale Koalition – hielten 44 Prozent der Befragten die Gewerkschaften für politisch neutral. Die jüngste Emnid-Umfrage, vom Bundesarbeitgeber-Verband Chemie in Auftrag gegeben, zeigt den Trend: Nur noch 41 Prozent der 2023 im Juli und August Befragten glauben an die gewerkschaftliche Unabhängigkeit.

Aus der repräsentativen Umfrage ergibt sich, daß immer weniger Arbeitnehmer ihre Belange bei der Gewerkschaft richtig vertreten sehen. Der Mißmut über die Abkehr von tarif- und arbeitsnahen Problemen – das DGB-Programm wurde sukzessive ausgedehnt auf Bereiche, in denen die Gewerkschaftsführung Arbeitnehmerinteressen witterte – ist groß. 64 Prozent der Befragten sind der Ansicht, die Gewerkschaften sollten sich auf ihre ursprünglichen Aufgaben beschränken: Tarifpoltik und Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeitsplätze.

Von den Arbeitnehmern finden nur 30 Prozent die Ausdehnung des Programms auf nahezu alle Lebensbereiche richtig. Genau elf Prozent mehr sind es bei den Angestellten. Auch die befragten Gewerkschafter betrachten den Kurs der Spitzenfunktionäre mit großer Skepsis: Nur 38 Prozent heißen die umfassende Gewerkschafts-Programmatik gut. 62 Prozent wünschen sich eine Beschränkung. Ob die Ausdehnung der Zuständigkeit dafür verantwortlich ist, daß die Gewerkschaften immer mehr in den Ruf geraten, zum verlängerten Arm einer „bestimmten Partei" (gemeint ist die SPD), muß offen bleiben. Gefragt wurde danach nicht.

Die Hauptforderungen des DGB erfreuen sich im Vergleich der „vordringlichen Zukunftswünsche" nur geringer Unterstützung. Mehr Urlaub, weniger Streß, frühere Pensionierung, aber auch kürzere Arbeitszeit, landen in der Prioritäten-Liste unter ferner liefen.

Persönliche Gesundheit steht nach wie vor oben an bei den Zukunftswünschen. Doch während 1980 die Preisstabilität auf Platz zwei rangierte, ist es jetzt der Umweltschutz. An letzter Stelle steht der Wunsch nach weniger Überstunden.

Die Angst der SED vor einer Opposition in Jena

Friedensgruppe zeigt sich betroffen über Geraer Urteil

AP, **Berlin**

Die zweijährige Haftstrafe für den Jenaer Elektriker Andreas Richter hat in Kreisen der Friedensbewegung in der „DDR" offenbar große Betroffenheit ausgelöst. „Dieses drakonische Urteil", so heißt es in einem in Ost-Berlin bekanntgewordenen Brief einer autonomen Friedensgruppe aus dem Thüringischen, „soll offensichtlich abschreckende Wirkung haben". Der 22jährige Richter war Anfang September von einem Geraer Gericht verurteilt worden, weil er auf eine Hausfassade die Parole „Wer die Wahl hat, hat die Qual – wer nicht wählt, wird gequält" gepinselt haben soll. Weiter heißt es in dem Brief dazu, der Staat lasse jetzt gegenüber „vermeintlichen Oppositionellen die Muskeln spielen".

Der Fall Richter ist nur einer von vielen der vergangenen Monate. So wird auch von der Inhaftierung des 20jährigen Bühnentechnikers Lars Matzke berichtet. Er soll aus Zeitungsausschnitten eine Collage gefertigt und diese dann an seiner Wohnungstür befestigt haben.

Am 12. Juli, so heißt es weiter in dem Brief, hätten Sicherheitsorgane das „1. Spontane Jenaer Open-Air-Frühstück" auf dem Platz der Kosmonauten aufgelöst, obwohl keine „politischen Lieder" oder „freche Reden" zu hören gewesen seien. Die 25 Beteiligten hätten Ordnungsstrafen bis zu 500 Mark bezahlen müssen.

Die „offene Jugendarbeit" der Jungen Gemeinde in den Räumen der evangelischen Kirche darf nach den Angaben aus Jena nicht mehr durchgeführt werden. „Die zuständigen Organe der Staatssicherheit", so wird vermutet, „haben Angst, daß sich in Jena erneut eine oppositionelle Stadtszene etablieren könnte".

Die Jenaer Szene hatte bereits Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre in westlichen Medien für Schlagzeilen gesorgt. Höhepunkt war im Juni 1983 die Ausbürgerung von Roland Jahn, einem der führenden Köpfe der „Friedensgemeinschaft Jena '83". Die Gruppe hatte sich vor allem gegen die Aufrüstung in Ost und West gewandt.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gezinkte Karten

Von Dankwart Guratzsch

Wer schon bisher der Meinung war, daß die Opposition in der Asylfrage mit gezinkten Karten spielt, der muß sich durch die jüngsten Entscheidungen der SPD-Innenminister bestätigt fühlen: Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber sollen nun doch nicht abgeschoben werden, wenn sie aus „Krisengebieten" kommen. Das bedeutet: Die SPD-Länder haben ihr noch nicht eine halbe Woche altes Zugeständnis vor den *Innenministern der Bundesländer, daß nämlich* „Abschiebungen grundsätzlich auch in Krisengebiete stattfinden können", in vollem Umfang widerrufen.

Die Konsequenz ist klar: Auf der Erdkugel lassen sich wenige Länder finden, die nicht unter irgend einem Vorwand – seien es Krieg, Terror, Revolution, Hunger – einem Krisengebiet zugerechnet werden können. Ausdrücklich zählen die SPD-Minister in ihrem Beschluß denn auch gerade solche „Krisengebiete" auf, aus denen sich ein Massenstrom von Flüchtlingen über Luftbrücken und Landtrecks in die Bundesrepublik ergossen hat: Sri Lanka und Libanon. Für diesen Massenzustrom sollen die Tore geöffnet bleiben.

Was das wirklich bedeutet, muß vor dem Hintergrund der Kanzlerrunde vor anderthalb Wochen betrachtet werden. Dort hatten sich die SPD-Vertreter dafür stark gemacht, daß die Asylverfahren beschleunigt und Flüchtlinge aus Ostblockländern von der Abschiebung nicht mehr ausgenommen werden. Also: Asylsperre für die Polen und Ungarn, aber Tore auf für den Massenzustrom aus den Drittweltländern. In den Ursprungsländern des Massenzustroms würde das zweifellos einen regelrechten Sog-Effekt erzeugen.

Falls es die Absicht der SPD-Politiker war, der Union das für die Sozialdemokraten abträgliche Asylantenproblem als Wahlkampfthema zu entwinden, so haben sie es mit dem jüngsten Beschluß wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Auch neue innerparteiliche Mißstimmung ist damit mitten in den Wahlkämpfen programmiert: Auszubaden haben den Zickzackkurs der SPD-Spitze nämlich gerade all jene sozialdemokratischen Kommunalpolitiker, die den Unmut der Bevölkerung schon heute zu spüren bekommen.

Ein Rückgang ist möglich

Von Hans-Jürgen Mahnke

Der kräftige Rückgang des Auftragseingangs aus dem Ausland im August hat schon deshalb überrascht, weil davon *in erster Linie die Hersteller von Investitionsgütern betroffen* sind. Die Erklärung, das Ergebnis eines Monats dürfe nicht überbewertet werden, reicht nicht. Zwar gibt es gerade in den Ferienmonaten immer wieder Zufallseinflüsse oder verspätete Meldungen. Aber in diesem Fall kommen Faktoren hinzu, die zumindest die Tendenz plausibel erscheinen lassen.

Bei der Frage nach den Ursachen wird in der Regel nicht der Kursverfall des Dollar genannt. Die Unternehmen versuchen, den Fuß in der Tür des nordamerikanischen Marktes zu behalten. Der Dollarkurs, so eine gängige Formulierung, macht die Mengen nicht klein. Er trifft aber die Erlöse. Noch reagiert die Masse der Unternehmen mit Preiszugeständnissen, um die Position zu behaupten. Überdies ist die Lage für die Hauptkonkurrenten aus Europa und Japan ähnlich. Einen Wettbewerbsvorteil haben nur die Anbieter aus dem Dollarraum.

Wichtiger ist der *Umstand, daß die Weltwirtschaft* Ermüdungserscheinungen zeigt. Nicht nur in den USA lahmt die Konjunktur. Auch in Japan wird die Situation zurückhaltender beurteilt. Die Opec-Staaten leiden unter dem Ölpreisverfall. Große Teile der Dritten Welt kämpfen mit der Verschuldung. Die Wirtschaft im Ostblock dümpelt dahin. Und auch in Europa, dem Hauptabsatzgebiet deutscher Produkte, hat der Kaufkraftgewinn aufgrund der gesunkenen Ölpreise bisher nicht den erhofften konjunkturellen Schub gebracht.

All das bedeutet noch keinen Einbruch im Welthandel. Aber dieses Umfeld tangiert die Erwartungen der Unternehmen auch in anderen Ländern. Und das schlägt sich am schnellsten in der Nachfrage nach Investitionsgütern nieder. Der Rückgang signalisiert, daß die Aussichten draußen nicht mehr so rosig wie noch vor einigen Monaten eingeschätzt werden.

Über kurz oder *lang wird sich das auch auf den deutschen* Export auswirken. Aber der Effekt sollte nicht dramatisiert werden. Denn die preisliche und die technologische Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft konnte in den vergangenen Jahren verbessert werden. Und das zahlt sich jetzt aus.

Drei Mörder freigepreßt

Von Friedrich Meichsner

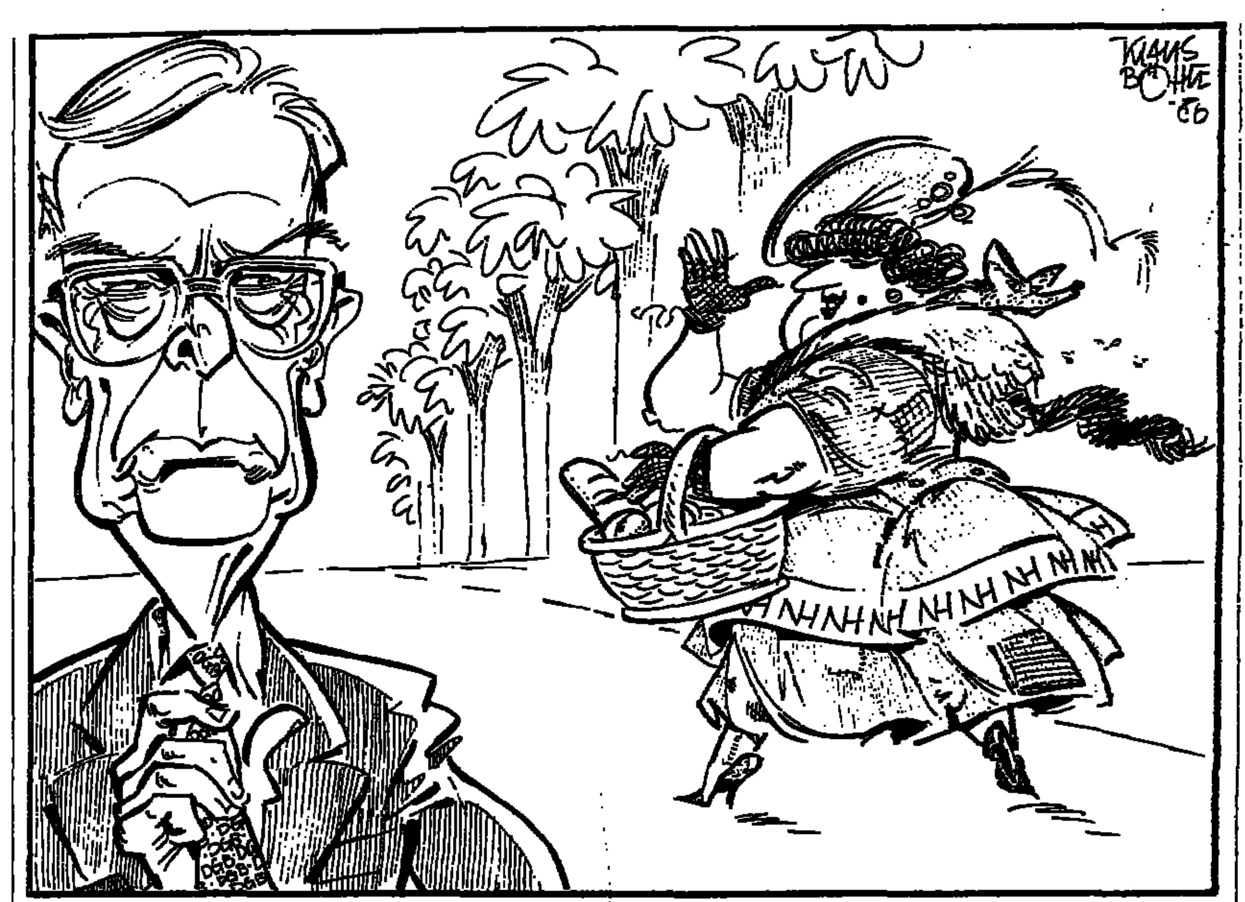
Ein Phänomen unserer Zeit ist es, daß man die Methode des Gefangenentauschs von Soldaten und echten Spionen auch auf Kriminelle und Geiseln übertragen hat und daß dabei von diktatorischen und totalitären Regimen immer häufiger Erpressermethoden ins Spiel gebracht werden.

Das jüngste Beispiel dafür, das weltweit Aufsehen erregte, war der Fall Sacharow/Daniloff. Wenn die „Großen" derartige Beispiele eines von der einen Seite diabolisch konstruierten, von der anderen Seite zähneknirschend hingenommen erpresserischen Kuhhandels geben, kann es kaum wundernehmen, daß die „Kleinen" das nachahmen.

So wurde in Rom soeben bekanntgegeben, daß drei in Italien zu langen Haftstrafen verurteilte libysche Mörder, seinerzeit vom Khadhafi-Regime mit Mordaufträgen ausgesandt, gegen vier in Libyen festgehaltene Italiener ausgetauscht wurden.

Von den drei Libyern war der eine im April 1980 wegen Ermordung eines libyschen Regimegegners auf italienischem Boden zu vierundzwanzig Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die beiden anderen hatten wegen Mordversuchs an einem anderen Regimegegner vierzehnjährige Gefängnisstrafen erhalten. Für das erste Urteil hatte sich Khadhafi postwendend im August 1980 mit der Verurteilung zweier in Libyen weilender Italiener zu lebenslanger Haft wegen angeblicher Teilnahme an einem Komplott gegen die Sicherheit des Staates revanchiert. Wie leicht solche Komplottanklagen in Diktaturen zurechtgezimmert und gerichtlich abgesegnet werden können, hat der Fall Daniloff bestätigt. Die beiden anderen ausgetauschten Italiener hatten zehnjährige Haftstrafen wegen angeblichen Drogenbesitzes zu verbüßen.

Daß diese vier Italiener jetzt freigekommen sind, ist zu begrüßen, weil damit zumindest im Falle der beiden „Umstürzler" der mit Füßen getretenen Gerechtigkeit – wenn auch spät – wieder Geltung verschafft wurde. Daß aber dafür drei terroristische Mörder die Freiheit zur Verübung weiterer Untaten wiedererlangten, ist ein Preis, der nicht nur jeder Gerechtigkeit, *sondern auch jeder Menschlichkeit hohn spricht.*



. . . und grüß mich nicht Unter den Linden! KLAUS BÖHLE

Konkurs der Neuen Heimat?

Von Wilhelm Strobel

Gibt es nun einen Konkurs der *Neuen Heimat, nachdem* Auslandsbanken in den letzten Tagen mit der Vermögensbeschlagnahmung vorprellten? Wie hätten Schiesser und der alte DGB-Eigentümer einen Konkurs auszubaden? Und wie sind die Chancen, den für beide günstigeren Vergleich zu bekommen?

Nach Adam Riese reicht heute die Nettomiete der 260 000 Wohnungen der Neuen Heimat nur für die Bedienung von etwa neun Milliarden DM Schulden aus, wenn die übrigen Kosten für Personal, Reparaturen usw. abgezogen sind. Selbst wenn alles überflüssige Vermögen (unbebaute Grundstücke, leerstehende Wohnungen usw.) versilbert und die derzeitige Schuldenlast damit von siebzehn auf fünfzehn Milliarden DM abgebaut wird, verbleiben immer noch sechs Schuldenmilliarden, für deren Bedienung (mit Zins und Tilgung) kein Geld übrig ist. Eine sparsamere Kostengestaltung kann da nur als Tropfen auf den heißen Stein wirken.

Wer immer auch am Steuer des Wohnungsriesen sitzt, muß bei dieser Sachlage die Gläubiger – also hauptsächlich die Banken – um einen Vierzig-Prozent-Nachlaß bitten oder beim Konkursrichter vorstellig werden, damit das Problem durch Vergleich oder Konkurs gelöst wird.

Im Fall des gerichtlichen Vergleichs müßten die Gläubiger mit sechs Milliarden DM den erforderlichen Vierzig-Prozent-Nachlaß geben. Wie in fast allen Vergleichsfällen würden dabei die kleinen Gläubiger mit hundert Prozent abgefunden werden, um bessere Stimmverhältnisse für die Gläubigerentscheidung zu schaffen. Einfach wäre es für die größeren Gläubiger nicht, weil ein Teil auf hundertprozentige Vermögenssicherheiten (Hypotheken usw.) verzichten müßte. Rein rechtlich wäre ein Vergleich allemal möglich, da die Mindestvergleichsquote von vierzig Prozent sicher erbracht würde. Rein rechtlich würde aber auch der Eigentümer der Neuen Heimat ungeschoren Eigentümer bleiben und ein Milliardenplus bekommen.

Würden die Gläubiger keinem Vergleich zustimmen, gibt es den Konkurs, der auch direkt bei begründetem Gläubigerantrag oder Schuldnerantrag entstehen kann. Im Konkursfall wird der alte Eigentümer hinausgeworfen und kommt der Wohnungsbestand auf neue Eigentümer im Wege des Zwangsverkaufs. Dabei würden die alten Sozialbindungsfristen wesentlich verkürzt werden und Mieterexistenzen auf dem Spiel stehen, was es beim Vergleich nicht gäbe. Die *Gläubiger würden je nach Besicherung* abgefunden werden: die einen zu hundert Prozent, die anderen wesentlich geringer als beim Vergleich.

Diese schlecht gestellten Gläubiger würden die alten DGB-Eigentümer anvisieren. Zu Hilfe kommt dabei die Insolvenzhaftung der mehr oder weniger indirekt aus dem DGB-Bereich stammenden Neue-Heimat-Kredite nach Paragraph 32a und 32b des GmbH-Gesetzes. Zu Hilfe kommt zudem die Durchgriffhaftung des DGB, die sich für die alte Sündenzeit vor Frühjahr 1982 recht gut nachweisen lassen dürfte: Die DGB-Seite steuerte über die Aufsichtsratssitze usw. die Neue Heimat mit und hätte bei besserer Regieführung nach dem Vorbild der Gemeinnützigkeitsbranche die Misere verhindern können.

Die Durchgriffshaftung verjährt in fünf Jahren, von 1982 also in 1987. Allerdings könnte sie mit Beginn des Jahres 1986 neue Nahrung erhalten haben, weil der Gang zum Konkursrichter fällig war und nur durch wirksame Sanierungsschritte entbehrlich werden konnte. Da die Aktion „Meyer-Preschany" usw. unwirksam war, bleibt nur die Wirksamkeit der neuen Schiesser-Aktie übrig. Hält Schiesser zwei Jahre durch, dann ist die Wirksamkeit bewiesen mit der Folge, daß ein neuer Haftungsdurchgriff nicht entstanden und ein alter Durchgriff verjährt ist: Die DGB-Seite ist dann alle Sorgen los. Daher muß Schiesser *wenigstens zwei Jahre* überstehen. Das ist offenbar der Sinn der Milliarden-Zugabe des DGB.

Im Fall des Konkurses würde es ebenso wie im Vergleichsfall um den Neue-Heimat-Konzern als Ganzes gehen, obwohl die Rechtsmaßnahmen bei den Neue-Heimat-Einzelfirmen ansetzen würden. Die Konzernklammer wird nämlich geschaffen durch die internen Patronatsfakten, die mit den Konzernbeherrschungsverträgen existieren. Davon zu unterscheiden sind die externen Patronatsfakten zum DGB hin, die mit der Durchgriffshaftung und der Kredit-Insolvenzhaftung bestünden.

Die Entscheidung über Vergleich oder Konkurs ist im Grunde ein zeitliches Problem. Fällt das Urteil auf den Konkurs, dann muß das Übel auch wegen der DGB-Haftung sofort angegangen werden. Die Möglichkeit wäre für die Banken durch breite Kreditkündigungen gegeben, die auch durch den Alleingang von Auslandsbanken begründet wären. Wäre ein Vergleich akzeptabel, dann hätte dies Zeit und würde den DGB verschonen sowie Schiesser begünstigen nach dem Motto „Reich durch Vergleich".

Das Kriterium für die Entscheidung muß auch das Interesse der Mieter und der Gesamtwirtschaft sein. Im Sozialstaat dürfen die Mieterexistenzen nicht zum Würfelspiel der Pleite gemacht werden. Hier sind auch die Politiker gefordert. Der Konkursfall wäre also nur dann akzeptabel, wenn eine mietergünstige Lösung gefunden würde. Damit würde die Vergleichslösung überflüssig – sprich inakzeptabel.

Eine mietergünstige Lösung würde im Konkursfall zustande kommen mit einer Auffangkonstruktion, bei der ein Rettungsfonds in Höhe der erforderlichen etwa sechs Milliarden DM gebildet würde. Diesen Rettungsfonds müßten die Banken, aber auch die DGB-Seite und vielleicht auch die öffentlichen Hände bestücken. Die Banken müßten in einer Gemeinschaftsaktion zusammenfinden und dabei bedenken, daß sie zusammengenommen ohnehin viele Milliarden verlören. Die DGB-Seite müßte an *ähnliches und zusätzlich an ihre* Wiedergutmachungspflicht denken. Und die öffentlichen Hände müßten den restlichen Flankenschutz geben.

Die Lösung könnte am Ende im Nachholen der Regionalisierung bestehen. Besser noch wäre der breite Wohnungsverkauf an die Mieter, wobei der Rettungsfonds dazu dienen würde, Kaufhilfe an schwache Mieter zu geben und Mieterexistenzen zu sichern. Die Wohnungsverwaltung könnte bei den Regionalfirmen der Neuen Heimat unter neuer Führung bleiben, so daß Arbeitsplätze gesichert wären.

Dafür wäre der Sofortkonkurs das einzige Mittel, um die Konzerngewalt aus der Hand von Schiesser zu nehmen und damit die Lösung zu erreichen.

GAST-KOMMENTAR


Professor Wilhelm Strobel ist Direktor des Seminars für Wirtschaftsprüfung und Steuerwesen der Universität Hamburg FOTO: SCHÜTZE

IM GESPRÄCH Helmut Simon

Wer Konflikte anheizt

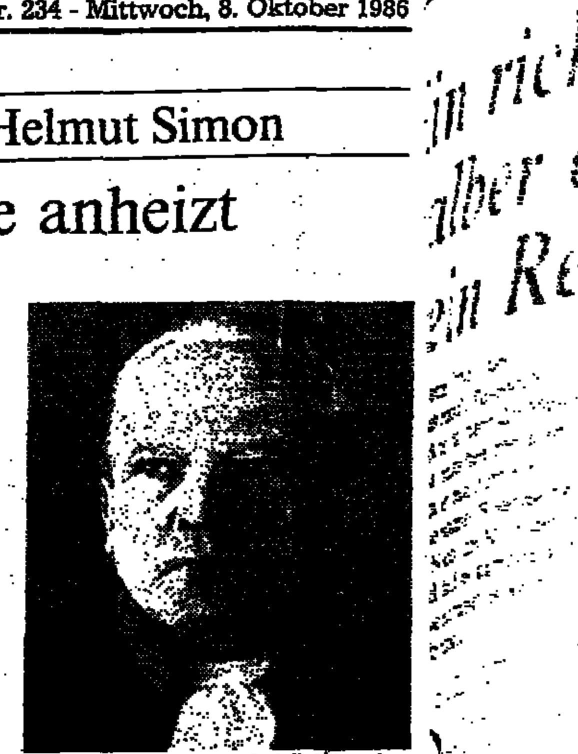
Von Henning Frank

Eigentlich wollte er Theologie studieren, aber dafür erhielt der ehemalige Marineoffizier 1945 keine Zulassung. Und als der Bonner Jurastudent *Helmut Simon ein Jahr* später nach einem Gastsemester an der Universität Basel das Fach doch noch wechseln wollte, redete es ihm Karl Barth, der für ihn das Vorbild geblieben ist, aus: „Bleiben Sie Jurist, wir brauchen Juristen."

Ganz untreu ist der seit heute – durch das Ausscheiden von Hans Justus Rinck – dienstälteste Richter des Bundesverfassungsgerichts seiner alten Liebe freilich nicht geworden. 1952 wurde er mit der Dissertation „Rechtsgedanken in der gegenwärtigen deutschen evangelischen Theologie" zum Doktor der Rechte der Bonner Friedrich-Wilhelm-Universität promoviert. *Und als Richter des* Grundrechtssenats, dem er seit 1970 angehört, fühlt sich der Bauernsohn aus dem Oberbergischen dem linken Flügel seiner Kirche verpflichtet.

Es gibt für ihn „hin und wieder Situationen, in denen man sich aus eigener Überzeugung nicht in Schweigen hüllen darf". Deshalb hält der heute 64jährige, dessen Amtszeit Ende November 1987 in Karlsruhe zu Ende geht, die massive Kritik an seiner „Öffentlichkeitsarbeit" für unberechtigt. Um so mehr fühlte er sich von den tadelnden Worten betroffen, die vor drei Jahren sein langjähriger Senatskollege Werner Böhmer in seiner *Abschiedsrede dafür* fand, *daß* das „vom Richter geforderte Opfer der Anonymität" für ihn offenbar unerträglich ist: „Wer als Richter der Versuchung der Publizität unterliegt, setzt sich der Gefahr der Befangenheit aus und gefährdet die Integrationsfähigkeit des Gerichts. Wer in der Öffentlichkeit bestehende Konflikte anheizt – gewollt oder ungewollt –, stellt sein Amt in Frage."

Diese Vorwurf ist auch gegenüber den Sondervoten erhoben worden, die Helmut Simon zu so brisanten Entscheidungen wie dem Hochschulurteil und dem Paragraphen 218 veröffentlicht hat. Darin ist er mit seinen Senatkollegen, von denen er überstimmt worden ist, so hart ins Gericht gegangen, daß die von ihm selbst immer wieder beschworene Solidarität der Richter gefährdet wurde. Doch das nimmt er in Kauf. Bei seinem sehr engagierten Eintreten für die Au-


Der Versuchung der Publizität erlegen: Simon FOTO: SVEN SIMON

ßenseiter der Gesellschaft schießt Helmut Simon nicht selten über das Ziel hinaus. So, als er sich Anfang der achtziger Jahre dafür aussprach, den jugendlichen Aussteigern Freiräume für alternative Lebensformen einzuräumen. So, als er die Hausbesetzungen als bloße Regelverletzungen zu verniedlichen versuchte und sich für eine Amnestie einsetzte. Und auch das Verständnis, das er für die Sitzblockaden vor militärischen Einrichtungen als Protest gegen die Nachrüstung in zahlreichen Äußerungen zeigte, wurde ihm von seinen Kollegen verübelt.

Sie rätseln bis heute darüber, ob dem im persönlichen Gespräch so bestrickend liebenswürdigen Ehrendoktor der Theologie der Universität Basel die gesamte politische Richtung in der Bundesrepublik Deutschland nicht paßt oder er nach den Erfahrungen im eigenen familiären Umkreis nur glaubt, mit seiner weit überzogenen öffentlichen Kritik an der angeblichen Unduldsamkeit der Gesellschaft die dem Staat skeptisch oder feindlich gegenüberstehenden Teile der Jugendlichen wieder in die Gesellschaft integrieren zu können.

Sollte er sich als Berichterstatter in dem Sitzblockadeverfahren mit seiner Auffassung von der Straflosigkeit solcher „Demonstrationen" im Senat nicht durchsetzen, könnte ein Sondervotum Simons zu dem Urteil, das am 11. November von Vizepräsident Roman Herzog verkündet wird, eine Antwort auf diese Frage geben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Das Essener Blatt beurteilt den CDU-Parteitag in Mainz:

Unangefochten wie kaum ein CDU-Vorsitzender und Kanzler vor ihm tritt Kohl heute vor den Wahlparteitag in Mainz – eine Veranstaltung, die ebensogut unterbleiben könnte, wenn das Ritual nicht die Heerschau forderte. Kein Vergleich mit dem SPD-Parteitag, wo es den Kandidaten Rau mit der Partei zu versöhnen galt, kein Vergleich mit dem Kongreß der Grünen, auf dem Fundis und Realos um den richtigen Kurs rangen. Bei der CDU sind Kandidaten wie Kurs unumstritten.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie mokieren sich über eine FDP-Forderung:

Zu verstehen ist es schon, daß die FDP ein Auge auf das Bonner Umweltministerium wirft . . . Kohl dürfte *kaum daran interessiert sein, die*ses zukunftsträchtige, wählerwirksame Ministerium der FDP zu überlassen. Helmut Haussmann macht es sich wohl ein wenig zu einfach, wenn er meint, die konservative Union solle sich mehr um die Traditionsthemen, um die vergangenheitsbewußten Wähler kümmern, der FDP aber die Zukunft und die fortschrittlichen Wähler überlassen. In diese Ecke läßt sich die CDU kaum stellen. So käme die Stunde der FDP frühestens in einem Jahr, wenn die CDU in Hessen die Landtagswahl gewinnen und den Ministerpräsidenten stellen sollte, der dann Wallmann hieße.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Das Kasseler Blatt sieht in Niedersachsen ein Problem für Rau:

Eine Partei, deren Spitzenkandidaten in Bund und Land nichts von den Grünen wissen wollen, wird mit ihnen, vor Ort, Bündnisse schließen müssen. Das schadet ihrer politischen Glaubwürdigkeit und erschwert es ihren Anhängern, sich mit ihr zu identifizieren. So gesehen war der Wahlsieg für die SPD ein Pyrrhussieg.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt meint zum Stichwort Wahlbeteiligung:

Bundeskanzler Kohl hat am Vorabend des 34. Bundesparteitages der CDU in Mainz die Christdemokraten zum Kampf um jede Stimme bei der Bundestagswahl aufgerufen. Dieser Appell ist nach der Gemeindewahl in Niedersachsen mehr als zuvor begründet. Auch wenn die Bürger bei Entscheidungen über die Zusammensetzung der Kommunalparlamente vorwiegend lokale Sach- und Persönlichkeitskriterien anwenden, muß der Union doch vor allem das mangelhafte Wählerinteresse zu denken geben: Jeweils 28 von 100 Wahlberechtigten Bürgern blieben am 5. Oktober den Wahlurnen fern.

Der U-Boot-Brand müßte die Reformkräfte stärken

Gorbatschows Situation im Vorfeld von Reykjavik / Von Carl Gustaf Ströhm

Steht Michail Gorbatschow unter einem schlechten Stern? Die zweite Nuklearkatastrophe nach Tschernobyl – der Untergang eines Atom-U-Bootes im Atlantik bei den Bermudas – ist ein schwerer Rückschlag für ihn.

Keine Technik ist vor Unfällen und Unzulänglichkeiten hundertprozentig sicher: die Amerikaner haben auch Atom-U-Boote verloren und die „Challenger"-Katastrophe verkraften müssen. Im Falle der sowjetischen Technik allerdings wird der Verdacht immer dringlicher, hier sei die Havarie geradezu im System eingebaut – weil das sowjetische System so konstruiert ist, daß es die Feinheiten der Großtechnologien nicht zu beherrschen vermag.

Das bezieht sich nicht allein auf das Atom. Die Umweltzerstörung in weiten Gebieten der Sowjetunion hat dank der rücksichtslosen Ausbeutung von Natur- und Bodenschätzen beängstigendes Ausmaß erreicht. Der Baikal-See in Sibirien ist von Industrieabwässern verseucht. Gorbatschow selber wetterte jüngst dagegen, daß in der Sowjetunion jährlich dreizehn Milliarden Kubikmeter Erdgas „sinnlos abgefackelt" werden. Das geschieht zu einer Zeit wachsender Energieknappheit. Ebenfalls vom sowjetischen Parteichef stammt die Angabe, daß dreißig Prozent der sowjetischen Getreideernte beim Transport verfaulen. Die entspricht etwa jener Menge an Weizen, die Moskau jährlich importieren muß.

Bisher hatten die Sowjets trotz oder wegen der Primitivität und Unzulänglichkeit ihrer Infrastruktur in einem gewissen Sinn den Vorteil des Unkomplizierten und Ungeschlachten auf ihrer Seite. Die Masse war wichtiger als die Qualität und Präzision – das galt im Zweiten Weltkrieg ebenso wie in den Jahren des Aufbaus der Schwerindustrie. Jetzt allerdings stellt *sich anscheinend auch für* Gorbatschow die Frage, ob ein zentralistisches, abgekapseltes System, in dem persönliche Initiative und Verantwortung zu Gunsten von Drill, Ideologie und Bürokratismus abgetötet werden, mit den Herausforderungen der modernen Zeit überhaupt fertigwerden kann.

Der von Gorbatschow vorgetragene Wunsch nach Abrüstung könnte daher durchaus ein bisher noch nicht ganz ausgeleuchtetes zweites Motiv, neben der angestrebten wirtschaftlichen Entlastung, haben: nämlich die Furcht, daß die sowjetischen Atom-Zauberlehrlinge eines Tages die von ihnen beschworenen Geister nicht mehr zu bannen vermögen. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß Gorbatschow seit dem Tschernobyl-Desaster überall in der Sowjetunion herumgereist ist: Nur in der Ukraine und Weißrußland, also den meistbetroffenen Gebieten, ließ er sich nicht sehen.

Fürchtet er die Begegnung mit einer bösen Wirklichkeit? Dabei ist offenkundig, daß Gorbatschow dringend einen außenpolitischen Erfolg braucht, um sich eine Legitimation nach innen zu verschaffen – gegenüber den Parteifunktionären, deren Opposition er immer wieder anprangert, *sowie gegenüber den Militärs,* die ihn argwöhnisch betrachten. Auf Meldungen, wonach es zwischen Parteiführung und Armee – also zwischen Gorbatschow und den sowjetischen Generalen – schwere Differenzen in der Frage des Atom-Moratoriums gebe, hat Moskau empfindlich reagiert. Valentin Falin, der ehemalige Botschafter und jetzige „*Nowosti*"-Chef, sprach in diesem Zusammenhang von „Gemeinheiten" der westlichen Medien.

Gorbatschow versucht, sich nach außen jenen Handlungsspielraum zu verschaffen, der ihm im Inneren fehlt. Dabei sucht er den Preis, den er für ein Arrangement mit den USA zu zahlen hat, zu minimieren, indem er die chinesische Karte ebenso spielt wie die japanische und demnächst vielleicht auch noch die deutsche. Manches deutet darauf hin, daß die Sowjets den Chinesen entgegenkommen wollen, soweit es geht, um der eigenen Isolierung zu entgehen. Auch die Bundesrepublik könnte auf diese Weise eines Tages ins Spiel kommen, falls Gorbatschow meinen sollte, daß dies das letzte Mittel ist, um die USA unter Druck zu setzen.

Soviel jedenfalls zeigen Gorbatschows interne und weltweite Auftritte: Er hat die dringende Notwendigkeit einer Reform erkannt. Die Katastrophen, die ihn außenpolitisch zu schwächen scheinen, sollten ihn, so paradox das klingt, intern gegenüber den Kritikern stärken, die auf dem alten Kurs beharren. Der Westen kann dazu einen Beitrag leisten, dessen Wichtigkeit nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: Festigkeit und Geschlossenheit, so daß die Einsicht, diesmal komme man nicht mit billiger Augenwischerei weg, auch die Eisenfresser erreicht.



Ein richtiger, ein halber oder gar kein Rembrandt?

Vor dem Urteil des „Rembrandt-Research-Projekts" zittern die Museen, und so manchen privaten Sammler machten die Amsterdamer Wissenschaftler über Nacht um Millionen ärmer. 38mal hieß es kürzlich wieder: Ihr Rembrandt ist kein Rembrandt.

Von HELMUT HETZEL

Der Andrang ist wie immer riesengroß. An der „Nachtwache", Hollands berühmtestem Gemälde, führt kein Weg vorbei. Hunderttausende von Besuchern flanieren im historischen Amsterdamer Rijksmuseum jährlich an diesem Meisterwerk vorüber, stehen fasziniert vor diesen einzigartigen Licht-Schatten-Kontrasten. Niemand kommt hier wohl auf die Idee, daß dieses Meisterwerk nicht von Rembrandt sein könnte. Oder doch?

Denn Rembrandt Harmensz van Rijn, wie Rembrandt eigentlich bürgerlich heißt, ist plötzlich wieder in aller Munde. Die Authentizität zahlreicher bisher dem von 1609 bis 1669 lebenden Künstler zugeschriebenen Gemälde wird wieder einmal in Frage gestellt. Und dieses weitreichende und folgenschwere Unterfangen, das geschieht gar nicht so weit von der legendären „Nachtwache" entfernt.

Nur ein paar Meter hinter dem Rijksmuseum, direkt gegenüber dem Amsterdamer Concertgebouw und dem Van-Gogh-Museum, beschäftigt sich in der Metsustraat Nr. 8 ein fünfköpfiges Kunsthistoriker-Team, das „Rembrandt-Research-Projekt", besonders intensiv mit den Werken des holländischen Meisters oder genauer: Die Wissenschaftler nehmen hier jeden „Rembrandt" Stück für Stück unter die Lupe. Ihr Ehrgeiz ist es, eine wissenschaftlich begründbare Antwort zu geben auf die Frage: „Habe ich nun einen echten Rembrandt vor mir oder nicht?" Das ist nicht immer einfach.

„Bitte füllen Sie erst einmal diesen Passierschein aus", sagt die von ständigen Telefonaten gestreßte Dame an der Rezeption des Instituts. Und dann kommt auch schon der nächste gutgemeinte Ratschlag: „Sie müssen aber auf jeden Fall vor 18.00 Uhr das Haus wieder verlassen haben: Dann springt nämlich automatisch unser elektronisches Sicherungssystem an. Raus kommen Sie danach nicht mehr."

Von der Dame am Empfang wird damit gleichzeitig angedeutet: Das hier ist ein wichtiger Ort. Sie befinden sich im Rembrandt-Research-Institut. Ein wichtiger Ort in der Tat. Denn hier wird Kunstgeschichte geschrieben. Hier wird auch darüber entschieden, ob so mancher vermögende Privatsammler, der sich bis vor kurzem noch im Besitz eines echten Rembrandt wähnte, über Nacht einige Millionen Mark ärmer wird oder nicht. Und genau dies geschah kürzlich auch wieder. Denn das Forschungsinstitut hat erneut gesprochen: „Kein Rembrandt". Und das gleich 38mal.

Hundert Gemälde aus der Schaffensperiode zwischen 1631 und 1634, die dem Meister bisher zugeschrieben waren, wurden von den Wissenschaftlern untersucht. 38 davon sind nach Ansicht des Amsterdamer Instituts nicht von Rembrandt selbst. „Es sind zahlreiche Atelierfertigungen darunter", sagt der leitende Kunsthistoriker des Forschungsteams, Professor Jusua Bruyn. Und er fährt fort: „Gemälde sind im Atelier von Rembrandt, das sich lange Zeit in der Jodenbreestraat Nr. 4–6 befand, meist von seinen Schülern angefertigt worden. Einige Werke aber kommen nicht einmal aus dem Atelier Rembrandts, sondern wurden von anderen Amsterdamer Malern in jener Zeit angefertigt."

Die Regel sei es gewesen, so der Professor, daß der Meister bei den in seinem Atelier unter seiner Anleitung hergestellten Gemälden lediglich am Ende noch seine Signatur unter das Gemälde gesetzt habe. Da drängt sich natürlich die Frage auf: Gibt es nicht nur echte und falsche, sondern auch halbe Rembrandts?

Eindeutig nicht von Rembrandt sind nach Meinung Bruyns und seiner Kollegen so weltberühmte bisher für hundertprozentig echt gehaltene Werke wie „Der junge Mann mit Turban", das sich im Privatbesitz des britischen Königshauses befindet, und „Der barmherzige Samariter", Eigentum der Wallace-Collection in London. Sogar das andere weltberühmte Bibelmotiv, „Johannes der Täufer", das im County-Museum of Art in Los Angeles hängt, soll nun auf einmal auch nicht von Rembrandt selbst sein.

Dann der „Rembrandt-Schock" für ein deutsches Museum. „Die dem Braunschweiger ‚Herzog-Anton-Ulrich-Museum' gehörende Porträtsammlung", so Professor Bruyn mit Überzeugung in der Stimme, „wurde nicht von Rembrandt selbst gemalt."

In seinem geräumigen Büro mit Blick auf einen der verwinkelten Amsterdamer Innenhöfe erläutert der Wissenschaftler die Arbeitsweise seines Institutes. „Wir haben 1968 mit unserer Arbeit begonnen und seither nur die Schaffensjahre Rembrandts bis 1634 untersucht. Fünf Jahre lang – bis 1973 – haben wir die ganze Welt bereist, haben jedes einzelne Rembrandt-Gemälde persönlich begutachtet, also Inventur gehalten. Dann erst folgten die eigentlichen Untersuchungen. Die Bilder wurden geröntgt. So wurde ihr Innenleben sichtbar – das Holz, der Rahmen, die verwendeten Farben, das Leinentuch, alles wurde dann in Labors wissenschaftlich analysiert."



Rembrandt Harmensz van Rijn (1606–1669) in einem Selbstbildnis

Die Röntgenfotos geben unter anderem Auskunft darüber, wie das Bild von der Mal- und Farbstruktur her aufgebaut und welches Leinentuch verwendet wurde. „Dabei müssen wir diese Laborergebnisse dann in Beziehung setzen zu den damaligen Arbeitsbedingungen in Rembrandts Atelier, den geltenden Gildevorschriften, den damals gebräuchlichen Farben, um herauszufinden, ob wir einen echten Rembrandt vor uns haben oder nicht. Da ist letztendlich auch viel stilistische Analyse dabei und ein auch noch so gut begründbares Urteil bleibt doch immer auch irgendwie subjektiv", sagt Professor Bruyn selbstkritisch über diese Methode. „Aber wir können auch von uns behaupten, daß wir sehr gründlich arbeiten."



Das Aus aus Amsterdam: „Der Barmherzige Samariter" in der Wallace-Collection in London ist kein Rembrandt FOTO: DIE WELT

Jedes analysierte Gemälde wird in Form einer ausführlichen Expertise bewertet und als echter oder falscher Rembrandt eingestuft. Bis ins feinste Detail beschrieben werden nicht nur das Bildmotiv, sondern beispielsweise auch die Bildzuführung, die Strichstärke, die Farbkomposition und Zusammensetzung, die Signatur. Selbst die Arbeitsbedingungen, soweit man sie kennt, unter denen ein Bild zustandekam, werden in der Expertise ausführlich skizziert. Jedes in diesem Gutachten ausgesprochene wertende Urteil wird durch einen entsprechenden Verweis auf das vorliegende Analyse-Ergebnis mit Hinweisen wie „siehe Farbanalyse Nr. ...", „siehe Röntgenbilduntersuchung vom ..." begründet.

Von großer Bedeutung bei dieser Schlußbewertung ist auch, exakt darüber Bescheid zu wissen, wie Rembrandt eigentlich gearbeitet hat und wie in seinem Atelier gearbeitet wurde. Von Rubens beispielsweise ist bekannt, daß er zahlreiche „seiner" Gemälde größtenteils von Assistenten hat anfertigen lassen, von Vermeer dagegen weiß man, daß er ein Einzelgänger war, sprich als „Solist" zeichnete.

Wie sich das für seriöse Wissenschaftler gehört, publizierte das Amsterdamer Forschungsteam all seine Ergebnisse, die es über die Jahre in mühevoller Kleinarbeit zusammengetragen hatte. Diese Publikation mit dem Titel „A Corpus of Rembrandt Paintings" (Teil 1 und Teil 2, Teil 3 folgt bis 1990) ist für viele Insider wohl eines der spannendsten Bücher. Immer wenn ein neuer Teil erscheint – so wie jetzt gerade erst Teil 2 (Schaffensperiode 1631–1634) –, erzittert die Fachwelt. Denn, so lehrt die Erfahrung, von hundert in Amsterdam untersuchten Rembrandts sind danach höchstens 60 „ganz echt".

Umgerechnet rund 800 Mark pro Stück kosten die damit sündhaft teuren Prachtbände des Rembrandt-Research-Instituts. Sie erscheinen in englischer Sprache bei Martinus Nijhoff Publishers, Dorbrecht, Boston, Lancaster. Diese Bände lösen nicht nur heiße Diskussionen und oft auch harte Kritik in der Fachwelt aus, sondern sogar manchmal bissigen Spott. „Dieser Band", so sagt mancher Spötter in Holland scharfzüngig, „ist die beste Anleitung dazu, wie man einen Rembrandt perfekt fälschen kann."

Inzwischen haben die mit einer Engelsgeduld arbeitenden Amsterdamer Rembrandt-Forscher mit der Untersuchung der nächsten Schaffensperiode des Meisters begonnen, Teil 3 ihres Gesamtwerkes. In diese Phase fällt auch das Jahr 1642, das Jahr der legendären „Nachtwache".

Befragt, ob er es für möglich halte, daß sein Institut herausfinden könnte, daß die „Nachtwache" kein echter Rembrandt sei, antwortet der Professor fest: „Das kann jetzt schon ausgeschlossen werden. Gerade über die ‚Nachtwache' haben wir so viele Informationen, daß wir jetzt schon beinahe mit Sicherheit behaupten können, daß sie von Rembrandt selbst angefertigt wurde."

Auffällig ist, daß von den jetzt in Band 2 als „Nicht-Rembrandts" entlarvten und entsprechend deklarierten 38 Gemälden kein einziges in einem holländischen Museum hängt. Zufall? Diese provokante Anspielung weist Herr Bruyn energisch zurück: „Wir sind ein unabhängiges Forschungsinstitut. Auf solche Gegebenheiten können und wollen wir keine Rücksicht nehmen."

Der Kunsthistoriker Bruyn schließt auch nicht aus, daß die folgende, etwa 1989 oder 1990 erscheinende Studie erneut zahlreiche falsche Rembrandts ausweisen wird. „Von den 420 durch Rembrandt-Kenner Horst Gerson einst selektierten hundertprozentig echten Rembrandt-Gemälden sind sicher 40 Prozent nicht vom Meister gemalt", meint er. Da wird wohl so mancher Museumsdirektor und Privatsammler noch schlaflose Nächte vor sich haben, denn jetzt wird die Schaffensperiode von 1634 bis 1642 untersucht.

Schuld und Sühne – das Drama auf der argentinischen Bühne

Er hat den Beinamen „der Metzger": Ramon Juan Alberto Camps, während des „schmutzigen Krieges" der Militärjunta Polizeichef von Buenos Aires, muß sich zur Zeit für den Tod Tausender von Menschen verantworten. Ein weiteres Stück Vergangenheits-Bewältigung? Die Angehörigen der Opfer glauben nicht mehr daran.

Von WERNER THOMAS

Als der Film endet, wischen viele Besucher des „Cine Broadway" Tränen aus dem Gesicht. Manche verweilen schluchzend auf ihren Sitzen. Plötzlich ruft ein älterer Herr mit vibrierender Stimme: „Laßt uns nie vergessen." Dann fordert eine andere Männer-Stimme: „Bestraft die Schuldigen." Und viele stimmen mit ein: „Si, Señor, bestraft sie."

Wenige hundert Meter von dem Lichtspiel-Haus entfernt kann dieser Wunsch in Erfüllung gehen. In dem monumentalen neoklassizistischen Gerichtsgebäude von Buenos Aires läuft zur Zeit der sogenannte Camps-Prozeß. Das Verfahren markiert die zweite Phase des Versuchs einer Vergangenheits-Bewältigung. Nachdem die ehemaligen Junta-Mitglieder, die Verantwortlichen für den „schmutzigen Krieg" Ende der siebziger Jahre gegen den linken Untergrund und den vermuteten Sympathisanten-Zirkel, im Dezember 1985 verurteilt wurden, kommen jetzt ihre wichtigsten und brutalsten Handlanger an die Reihe. Der Name Camps steht für viele von ihnen.

Ramón Juan Alberto Camps (59), General im Ruhestand, war auf dem Höhepunkt des „antisubversiven Kampfes" Polizeichef der Provinz Buenos Aires. Er berichtete einmal freimütig, während seiner Amtszeit seien 5000 „Subversive" ums Leben gekommen. Die meisten starben im Kugelhagel der Hinrichtungs-Kommandos, die Häftlinge heimlich liquidierten. Die Leichen verschwanden namenlos in unbekannten Gräbern. Eine von dem Schriftsteller Ernesto Sábato geleitete offizielle Untersuchungskommission dokumentierte mehr als 9000 Vermißten-Fälle.

Der Film, der über die Leinwand des „Cine Broadway" flimmert, schildert eine Episode der Camps-Ära. Sieben Teenager der Provinzhauptstadt La Plata im Alter von 17 Jahren hatten 1976 Demonstrationen für billigere Schülertarife der öffentlichen Verkehrsmittel organisiert. Alle politische Aktivisten, die Che Guevara verehrten und Sozialarbeit in Armenvierteln verrichteten. Keiner wollte aber Gewalt anwenden.

Im September 1976 entführten Kommandos der Sicherheitskräfte mit vermummten Gesichtern die jungen Leute aus den elterlichen Wohnungen. Es war „die Nacht der Bleistifte" – so der Titel des Streifens. Das emotionale Werk des Regisseurs Hector Olivera zeigt Haft- und Folter-Szenen, die unter die Haut gehen. Die Folterer ernten Zwischenrufe wie „hijo de puta", Hurensohn. Die bigotten Priester der geheimen Gefängnisse werden mit Buh-Rufen und abschätzigen Kommentaren bedacht: „Dafür seid Ihr gut genug."

Nur ein Opfer der „Nacht der Bleistifte" lebt noch, Pablo Diaz (27). Die anderen gehören zu den Tausenden „desaparecidos", den Verschwundenen. Oliveras Drehbuch basierte auf den Aussagen des Überlebenden. Diaz, 1980 ohne Prozeß befreit, wird nun der prominenteste Zeuge des Camps-Prozesses sein.

Neben Camps müssen sich sechs andere ehemalige Beamte der Provinz Buenos Aires verantworten. So der Arzt Jorge Berges, den die Presse mit Josef Mengele verglich. Es gibt Zeugen, die erzählen, Berges habe im Gefängnis geborene Babys töten lassen. Von zwei Hebammen fehlt jede Spur: Sie sollen entrüstet protestiert haben.

Julio Cesar Strassera, Argentiniens bekanntester Staatsanwalt, ein Bach- und Beethoven-Freund mit deutschen Sprachkenntnissen, ist wie im Prozeß gegen die Junta der Ankläger. Diesmal wirkt der zuckerkranke Kettenraucher aber erschöpft.

Der Name Camps verleiht dem Ereignis eine besondere Note. Der Ex-General, gelegentlich „el carnicero" (der Metzger) genannt, von früheren Häftlingen als Folterer identifiziert, fühlt sich nicht schuldig, auch nicht im Angesicht des Todes. Er liegt mit einem unheilbaren Lungenkrebs-Leiden im Militärkrankenhaus. Die Richter verschonen ihn mit Vorladungen. Er wird wahrscheinlich nicht mehr leben, wenn der vor zwei Wochen eröffnete Prozeß im November oder Dezember endet.

Der Patient schrieb im Krankenbett: „In der Nähe des Todes, der meines Erachtens nicht alles beendet, bin ich mir bewußt, daß ich unschuldig verurteilt werde. Ich betrachte das als weiteres Opfer für die Ehre, ein General der Nation gewesen zu sein." Der Prozeß sei eine „Parodie, die einem bereits zuvor gefällten Urteil von einer marxistischen Regierung, die uns heute unter einem sozialdemokratischen Deckmantel regiert, den Schein der Legalität gibt". Er habe Ende der siebziger Jahre seine „heilige Pflicht" getan. Der Krieg gegen die Subversion sei allerdings nur militärisch gewonnen worden, politisch nicht.



Ramon Camps: „Ich werde unschuldig verurteilt." FOTO: CAMERA PRESS

Weitere fünf Angeklagte fehlen. Sie boykottieren die Verhandlungen, seit sie nach der Verlesung einer gemeinsamen Erklärung aus dem Saal gewiesen wurden. „Wir sind von der gleichen Gesellschaft vor Gericht gestellt worden, die wir einst verteidigen mußten", erklärten sie. Auf der Anklagebank sitzt einsam der Polizeibeamte Norberto Cozzani.

Vermutlich werden diesem Prozeß nur noch wenige spektakuläre Verfahren folgen. Ende des Jahres soll allerdings der „Escuela-Mecánica"-Prozeß beginnen. In dem technischen Ausbildungszentrum der Marine verschwanden nach Schätzungen der Menschenrechtsgruppen zwischen 3000 und 4000 entführte Personen. Viele Opfer sollen mit einem Betonklotz am Bein in den La-Plata-Fluß geworfen worden sein. Der damalige Kommandeur, Vizeadmiral Ruben Chamorro, erlag im Juli einem Herzversagen.

Die meisten Menschenrechtler befürchten, daß die Bemühungen um eine Bewältigung der Vergangenheit im nächsten Jahr oder 1988 enden und nur wenige Schuldige im Gefängnis landen. Ob die bereits verurteilten Hauptschuldigen tatsächlich ihre vollen Strafen verbüßen, ist ebenfalls ungewiß: Die Ex-Präsidenten Jorge Rafaél Videla, Roberto Viola und drei andere Vertreter ehemaliger Juntas legten Berufung ein. Sie leben komfortabel im Militärgefängnis Magdalena. Videla spielt tüchtig Tennis, seine Frau mietete ein Haus in der Nähe.

Die „Mütter des Plaza de Mayo" verdächtigen Präsident Raul Alfonsin, er wolle die Prozesse langsam auslaufen lassen. Alfonsin, der noch in diesem Monat in Straßburg einen Menschenrechtspreis der Europäischen Gemeinschaft erhält, gerät ins Kreuzfeuer der Kritik. Die Mütter-Organisation protestierte dieser Tage gegen eine „politische Lösung" des Problems. Noch immer marschieren die Frauen mit weißen Kopftüchern und den Fotos ihrer verschwundenen Kinder jeden Donnerstagnachmittag auf den „Plaza de Mayo" vor dem Präsidentenpalast.

Sie sind jedoch in der Zwischenzeit gespalten. Viele wollen der Gründerin Hebe di Bonafini nicht mehr folgen, der linkspolitische Aktivitäten und herrschsüchtiges Verhalten vorgeworfen werden. Auch die deutschstämmigen Mütter halten Distanz zu ihr.

Die deutschstämmigen Mütter – die Bonner Botschaft registrierte 73 deutschstämmige „desaparecidos" – treffen sich weiterhin alle zwei Wochen in der evangelischen Kirche an der Esmeraldastraße, um den Verlauf der Untersuchungen und Prozesse zu diskutieren, um sich gegenseitig zu helfen und zu trösten. Sie haben längst die Hoffnung aufgegeben, daß ihre Kinder noch leben. Sie wollen lediglich erfahren: Wo, wann und wie sind unsere Kinder ums Leben gekommen? Wo sind sie begraben? „Wir kämpfen für die Wahrheit und die Gerechtigkeit", betont Irene Marx, „ohne Rachegefühle." Sie glaubt, daß die Argentinier diesen Kampf unterstützen.

Zumindest jene Kino-Besucher werden das tun, die den Film „La Noche de los Lapizes" sehen, „Die Nacht der Bleistifte".

Franke-Prozeß: „Ein Dr. Leistner war der Kurier"

WERNER KAHL, Bonn

Eines der erregendsten und umstrittensten Kapitel der Folgen deutscher Teilung wurde gestern im Prozeß gegen den früheren Bundesminister Egon Franke und dessen einstigen Vertrauten, Ministerialdirektor Edgar Hirt, aufgeschlagen. Als Zeuge erschien der Gastwirt Albert Schütz, der zwei Jahrzehnte als Organisator kommerzieller Fluchthilfe tätig gewesenen ist. Der 62jährige erklärte vor dem Bonner Landgericht, „im Auftrag Bonns" habe er vor 1982 mit gefälschten Diplomatenpässen Bewohner aus dem Ostblock in den Westen geschleust. Nach seiner Erinnerung betrug das Entgelt insgesamt etwa 300 000 Mark. Überbringer der Beträge zu jeweils 25 000 Mark pro Flüchtling sei stets ein „Dr. Leistner" gewesen. Der Geldbote habe sich 1978 lediglich so vorgestellt: „Ich komme vom Ministerium aus Bonn. Wollen Sie für uns Leute rüberholen?"

Schütz („Ich habe den Namen Leistner nur phonetisch in Erinnerung, habe nie einen Ausweis gesehen") war seit dem Mauerbau 1961 Fluchthelfer. Druckereien in Skandinavien, Istanbul und in Spanien lieferten „Operettenpässe", mit denen Ärzte und Wissenschaftler geschleust wurden. Ein spanischer Phantasie-Diplomatenpaß mit 22karätiger Goldauflage veranlaßte Schütz zu der Bemerkung: „Je bunter, je protziger, desto besser." Ein „DDR"-Ehepaar sei mit vatikanischen Pässen in Nonnenkluft und Priestergewand durch die Grenzkontrollen gelangt. „Bitte keinen Namen in öffentlicher Sitzung", sagte der Berliner Rechtsanwalt Dietrich Scheid, Rechtsbeistand des Zeugen, und ließ die Öffentlichkeit ausschließen.

Bei allen Fluchtaktionen mit gefälschten Papieren habe er dem mysteriösen „Dr. Leistner" vertraut: „Sie handeln nicht rechtswidrig", sagte Schütz. Seine zwischenzeitlich erfolgte Verurteilung zu Gefängnis auf Bewährung wegen Urkundenfälschungen will er mit einem Wiederaufnahmeverfahren revidieren lassen: „Ich hatte kein Unrechtsbewußtsein."

Ob der ehemalige Fluchthelfer ein *Entlastungszeuge ist, darüber waren* sich die Anwälte der Angeklagten noch nicht schlüssig. Hirt sah sich jedoch in seiner Verteidigung bestärkt, daß während seiner Amtszeit *„verschlungene Wege" – ohne Quittungen* und Zeugen – begangen werden mußten, um Bewohner aus dem Ostblock in den Westen zu bringen. Wohin die aus der Haushaltskasse verschwundenen 5,6 Millionen Mark geflossen sind, darüber schweigt Hirt weiterhin. „Ich war nicht Leistner", sagte der Angeklagte nach einer Gegenüberstellung mit dem Zeugen im Gerichtssaal. Im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen ist der Name unbekannt. „Dr. Leistner" – ein Phantom oder tatsächlich ein früherer Bonner Kurier? Die Frage bleibt: Wer war der Auftraggeber, wenn Hirt es nicht gewesen ist?

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der 34. Bundesparteitag der CDU in Mainz / Grundsatzrede Helmut Kohls / Brisanz in den Anträgen der Basis

Der Kanzler tritt als Mahner vor die Delegierten: Die Wahlen sind erst am 25. Januar gewonnen

Von GÜNTHER BADING

Am Anfang des CDU-Bundesparteitages stand ein Ordnungsruf des Parteivorsitzenden. „Ich denke, wer eine Wahl gewinnen will, der muß auch Disziplin auf einem Parteitag üben. *Ich bitte Sie, sich jetzt zu* setzen", rief Helmut Kohl am Dienstagmorgen den rund 750 Delegierten in der Mainzer Rheingoldhalle zu, die sich auch Minuten nach dem offiziellen *Eröffnungszeitpunkt noch* in Gruppen neben den Tischen und Stuhlreihen unterhielten. Die Begegnungen der CDU-Landesverbände am Vorabend hatten offenbar nicht ausgereicht, um den Wunsch nach einem Plausch mit alten Bekannten, die man nur dann und wann auf Parteiveranstaltungen trifft, zu erfüllen.

Schon in seinen kurzen Begrüßungsworten kam der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler zur Sache. Die Union habe eine gute Ausgangsposition für die Bundestagswahl im Januar 1987. „Aber, liebe Freunde, es gibt nicht den geringsten Grund für Übermut." Kohl, gern als „politischer Enkel" Konrad Adenauers bezeichnet, erinnerte an das Wort des „Alten", daß Wahlkampf „auch immer Kampf heißt". Die Wahlen seien „am 25. Januar um 18 Uhr gewonnen und keine Minute früher".

Noch bevor über Tagesordnung, Zusammensetzung des Kongreßpräsidiums und andere notwendige Formalien beschlossen wurde, machte Kohl deutlich, daß die CDU nur einen wirklich schlimmen Fehler begehen könnte: sich zu früh als sicherer Wahlsieger zu fühlen.

Auch in seiner Grundsatzrede von anderthalb Stunden Dauer machte der CDU-Vorsitzende noch einmal deutlich, daß seine Partei keine Stimme zu verschenken habe, daß bei allem Blick auf die Zukunftsperspektiven vor einem Wahlerfolg im Januar noch harte Wahlkampfarbeit gesetzt sei. Kohl widerstand der Versuchung, durch persönliche Angriffe auf den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau oder durch ein Herumhacken auf dem die Gewerkschaften ohnehin schon bedrückenden Neue-Heimat-Skandal billigen Applaus einzuheimsen.

Er legte seiner Rede, die sich besser las, als sie vorgetragen wurde (es bleibt bei der Erfahrung, daß der Redner Kohl nur dann mitreißt, wenn er frei spricht) drei Aussagen zugrunde. Da war zum einen die positive Bilanz vierjähriger Regierungsarbeit, dann die Auseinandersetzung mit einer sich wandelnden Sozialdemokratie und zum Schluß ein Ausblick auf die Zukunft weit über die nächste Legislaturperiode hinaus.



Beifall bis zur Mittagspause: Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl FOTO: KURT STRUMPF

Die „positive und ermutigende Bilanz" faßte Kohl in wenigen, einprägsamen und deshalb von den Delegierten vehement beklatschten Sätzen zusammen: „Wir haben den Frieden in Freiheit sicherer gemacht. Die Beschäftigung nimmt zu, die Einkommen steigen, die Preise sind stabil; wir haben wieder eine wachsende, eine auf die Zukunft orientierte Wirtschaft." Das seien die Erfolge, „die im Alltag der Bürger zählen". Hinzu komme die Veränderung des politischen Klimas im Lande. Und auch hier, wo Kohl mit dem hohen Anspruch einer „geistig-moralischen Wende" vor vier Jahren angetreten war, vermeldete der Bundeskanzler den Erfolg, den er allerdings geschickt als „das gemeinsame Werk aller Bürger" bezeichnete. Und so hörte sich die Bilanz dieses Klimawechsels an: „Zuversicht und Optimismus haben Verzagtheit und Pessimismus verdrängt. Es gibt ein neues Geschichtsbewußtsein und damit auch eine neue Offenheit für Zukunftsfragen. In der Regierungspolitik ist auf das gegebene Wort wieder Verlaß; wir versuchen, die Probleme zu lösen und nicht zu vertagen."

Dem Kanzler fiel es offensichtlich leicht, diese Sätze zu sprechen, denn die in der Anfangsphase seiner Regierung geübte Kritik an mangelnder Führungskraft, am Verdrängen von Problemen ist schon seit geraumer Zeit verstummt.

Der CDU-Vorsitzende bezog in die positive Bilanz seiner Arbeit und den optimistischen Ausblick auf die Zukunft nicht ungeschickt auch das Zusammenwirken in der Koalition mit ein. So, als habe es keinerlei Auseinandersetzung um das Wahlprogramm zwischen CDU und CSU gegeben, richtete er ein Wort des Dankes „an unsere Schwesterpartei in Bayern ... und an Franz Josef Strauß". Unter dem Beifall der CDU-Delegierten sagte er: „Auch wenn es gelegentlich Schwierigkeiten gab – verständliche und manchmal weniger verständliche –, ändert das nichts an unserer Gemeinsamkeit." Und auch die FDP wurde durch des Kanzlers Lob an dieser Stelle gleichsam über die vielen Streitigkeiten der vergangenen Monate hinaus auf das verklärte Niveau *der gemeinsamen* politischen Zielsetzung gehoben. Zwar gebe es da und dort „auch manchen unnötigen Ärger", räumte Kohl ein. Aber entscheidend seien „die Fähigkeit und *der gemeinsame Wille*", das Regierungsprogramm partnerschaftlich durchzusetzen.

Bei seinen Dankadressen hatte Kohl das Kabinett als Ganzes genannt, *ohne einzelne* Namen zu nennen. Beim Dank an die Fraktion allerdings hatte er den CSU-Landesgruppenvorsitzenden Theo Waigel und auch Fraktionschef Dregger genannt, was in dessen Umgebung aufmerksam registriert wurde. Auffallend starken Applaus spendeten die Delegierten, als Kohl sich bei Generalsekretär Heiner Geißler bedankte, *fast so viel und so lange wie beim* Schlußapplaus für den Kanzler selbst.

Die Regie will den 218 diesmal ausklammern

DIETHART GOOS, Mainz

Das Antragsbuch für den 34. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union ist zwar nicht so umfangreich wie die Antragsflut auf Kongressen der Sozialdemokraten. Doch was die Landesverbände, Kreisorganisationen und Vereinigungen der CDU für die zweitägigen Beratungen in Mainz zusammengetragen haben, birgt viel politische Brisanz. So hat der Bundesvorstand der Jungen Union (JU) einen umfangreichen Antrag zum heiß diskutierten Thema Gentechnologie und künstliche Befruchtung vorgelegt.

Die Parteijugend der Christlichen Demokraten sieht in der Gentechnologie eine der wichtigsten Zukunftstechnologien überhaupt. Begrüßt wird die Entscheidung des Bundes*forschungsministers*, diesen Bereich intensiv zu fördern. Zugleich heißt es aber auch in dem Antrag der JU: „Wir erkennen aber auch die Gefahren, die aus der Forschung, langfristig vor allen Dingen aber aus der Anwendung der Forschungsergebnisse für Menschen, Tiere, Pflanzen und das ökologische Gleichgewicht entstehen können." Gefordert wird in dem Votum an den Parteitag, bestehende Gesetze zum Tier- und Naturschutz konsequent anzuwenden.

Kritisch setzt sich der Antrag mit der Gentherapie an menschlichen Körperzellen auseinander. Solange damit genetisch bedingte Krankheiten korrigiert werden können, sieht die Union darin einen erlaubten Heileingriff. Dagegen ist der Eingriff in *Keimzellen und befruchtete* menschliche Eizellen mit der Würde des Menschen und den Persönlichkeitsrechten des einzelnen unvereinbar. Damit verbiete sich jegliche Forschung oder *therapeutische* Anwendung, die auf eine genetische Optimierung menschlicher Fähigkeiten oder Eigenschaften abziele. Auch müsse die künstliche Befruchtung auf Ehepaare beschränkt bleiben. Ebenso wendet sich der Antrag entschieden gegen die ungeschlechtliche Vermehrung von Menschen durch Embryoteilung im frühen Stadium der Zellteilung.

Der CDU-Parteitag in Mainz muß sich auch mit dem in der Union heftig diskutierten Problem des Schwangerschaftsabbruchs beschäftigen. Starke Gruppierungen in der Union sind mit der Reform des Paragraphen 218 aus dem Jahre 1976 nicht einverstanden und streben eine erneute Reform an, um einen besseren Schutz des beginnenden Lebens zu erreichen. In einem Antrag des Kreisverbandes Gütersloh wird besorgt darauf verwiesen, daß etwa 80 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche mit der sogenannten sozialen Indikation begründet werden. Dazu heißt es: „Wenn materielle Gründe zur Tötung ungeborener Kinder führen, ist das die Bankrotterklärung unseres sozialen Gemeinwesens."

Um eine lange und heftige Diskussion über die erneute Änderung des Paragraphen 218 auf diesem Parteitag kurz vor der Bundestagswahl zu vermeiden, soll eine Grundsatzdebatte auf den nächsten Parteikongreß verschoben werden.

Auch der Skandal um die Neue *Heimat läßt die CDU-Delegierten* in Mainz nicht unberührt. In einem Antrag des heimischen Landesverbandes Rheinland-Pfalz wird eine lückenlose Aufklärung gefordert. Da die *Neue Heimat für ihren sozialen* Wohnungsbau mit zehn Milliarden Mark an Steuermitteln gefördert worden sei, hätten Bund und Länder die unmittelbare und verzichtbare Pflicht zur Kontrolle *über den Verbleib* dieser Gelder und zur Aufklärung des gesamten Skandals.

Genscher verläßt Krankenhaus

AP, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der sich seit seinem Schwächeanfall vom vergangenen Donnerstag im Bonner Malteser-Krankenhaus aufhielt, hat die Klinik gestern wieder verlassen. Wie das Auswärtige Amt mitteilte, haben eingehende Untersuchungen bestätigt, daß es sich nur um einen Schwächeanfall ohne ernsthaften Hintergrund gehandelt hat. Genschers Allgemeinzustand sei gut. Der 59 Jahre alte FDP-Politiker wird allerdings in dieser Woche noch keine dienstlichen Termine wahrnehmen.

„SPD übernimmt DKP-Argumente"

DW. Bonn

Die Bundesregierung will sich nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, die Möglichkeiten für den Bau von Kernwaffen offenhalten. Nur deshalb trete die Koalition für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf ein. Als „schlimmste Stimmungsmache" wies die CSU die Darstellung Roths zurück. Sie sei niederträchtig und im Inhalt haltlos. Roth, so die CSU, habe außerdem „mit seinen Behauptungen Argumente der DKP voll inhaltlich übernommen".

Staatsvertrag: „Nicht alles klar"

dpa, *Düsseldorf*

Das von den Regierungschefs der Länder ausgearbeitete „Rahmenpapier" zur Neuordnung des Rundfunkwesens hat nach Auskunft des Chefs der hessischen Staatskanzlei, Giani (SPD), inhaltlich „überhaupt noch nichts klargestellt". Ähnlich äußerte sich die Düsseldorfer SPD-Fraktion. Wiesbaden und Düsseldorf widersprachen damit dem Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi (SPD), der in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt hatte, die Regierungschefs seien sich auch in Detailfragen über einen Staatsvertrag einig geworden.

Kein Recht auf Anonymität

DW. Koblenz

Der Bürger kann bei Datenerhebungen durch die Behörden nicht verlangen, daß sein Name anonym bleibt. Nach einem Urteil des Koblenzer Oberverwaltungsgerichts bestehen gegen eine Erfassung entsprechender Daten unter einer Kennziffer, die eine Identifizierung des Befragten ermöglicht, keine Bedenken. Auch die Registrierung der Kennziffer während der Datenauswertung verstößt nicht gegen geltende Rechtsprechung. Mit diesem Urteil wurde die Klage eines Apothekers zurückgewiesen (AZ: 2 A 11/85).

FDP-Landeschef warnt eigene Partei

dpa, Mainz

Vor einer „Aufteilung von Kabinettsposten zur Unzeit" hat der rheinland-pfälzische FDP-Landesvorsitzende Rainer Brüderle die Bundespartei eindringlich gewarnt und dazu aufgefordert, „die Kraft auf Prozente und nicht auf Posten zu konzentrieren". Brüderle bezog sich auf den von der Bonner FDP-Parteispitze erhobenen Anspruch, *nach* der Bundestagswahl im Januar 1987 das Umweltministerium zu besetzen. Die FDP dürfe das Fell des Bären nicht schon vor der erfolgreichen Jagd verteilen, sagte Brüderle.

Wallmann: FDP überschätzt sich

D. G. Mainz

Führende CDU-Politiker haben den Anspruch der Freien Demokraten auf das Umweltministerium zurückgewiesen.

Auf dem Parteitag in Mainz zeigte sich Ressortchef Walter Wallmann über den Vorstoß des FDP-Präsidiumsmitglieds Gerhart Baum eher belustigt und gab im Gespräch *mit* der WELT zu verstehen, daß er nicht im geringsten daran denke, sich mit dem Ansinnen des Koalitionspartners ernsthaft auseinanderzusetzen. *Daß ausgerechnet der frühere* FDP-Innenminister aus Zeiten der sozialliberalen Koalition den Anspruch auf das Umweltministerium angemeldet habe, zeige die Selbstüberschätzung *der Freien Demokraten. Dieser* Vorstoß hat nach Wallmanns Überzeugung kein sonderliches politisches Gewicht und dürfe daher nicht überbewertet werden.

Kritisch äußerte sich auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der zugleich CDU-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein ist. „Wenn sich die FDP nur einen Tag nach dem für sie enttäuschenden Kommunalwahlergebnis von Niedersachsen mit der Forderung auf das Umweltministerium öffentlich zu Wort meldet, ist das gelinde gesagt unklug." Stoltenberg fügte hinzu: „Es gibt wohl für die Freien Demokraten angesichts ihrer unsicheren Aussichten bei der bevorstehenden Landtagswahl in Bayern *und* der Bürgerschaftswahl in Hamburg *wichtigere Themen als die* Forderung nach einem neuen Ressort. Was würde wohl die FDP sagen, wenn wir jetzt erklärten, Wallmann muß Außenminister werden."

Baum hatte sich bei seinem Vorstoß am Montag auf umweltpolitische Positionen seiner Partei berufen. Zugleich hatte er einen Forderungs-Katalog mit umweltpolitischen Themen *vorgelegt, der bei einem Wahlsieg im* Januar in die Koalitionsverhandlung eingebracht werden soll.

Die Grünen suchen Atom-Kompromiß mit der SPD

PETER SCHMALZ, München

Der Herr vorne auf dem schlichten Wirtshausstuhl, hinter sich den blauen Vorhang und über sich das Taferl „Weißblaue Bühne", trägt keine Tracht, ist aber dennoch des bayerischen Dialekts akzentfrei fähig, was er beweist, indem er einiges aus eigenen Werken vorliest, wobei viel von Strauß und der CSU die Rede ist. Der Verdacht, es könnte die bayerische Regierungspartei gewesen sein, die zu diesem Abend ins „Hofbräustüberl" im Münchner Westen eingeladen hat, wird jedoch spätestens dann zerstreut, als der Vortragende beiläufig erwähnt, er sei „einer der Ziehväter" der Grünen.

Nun war der gebürtige Münchner Carl Amery über Jahre hinweg einer der Literaten, mit denen sich die bayerischen Sozialdemokraten gerne schmückten und mit dem sie Aktion „Das andere Bayern" gründeten, *doch dann kam die Zeit, da schienen* dem Mittsechziger die Genossen zur Veränderung der etablierten Gesellschaft zu lasch und er fand Gefallen an den Grünen. Daß er dafür durchaus bereit ist, ein Opfer an Freizeit und Bequemlichkeit zu leisten, zeigt er im bayerischen Wahlkampf. An fast 30 Abenden warb er für seine neuen Freunde, mal mit Literatur aus der eigenen Feder (wobei der bayerische Ministerpräsident zu einem macht-, ehr- und geldgierigen Despoten mittelamerikanischer Prägung verkommt), mal mit Spontanbeschimpfungen wie der über die „drei Altparteien": Es sei doch widerlich, wie die mit den Grünen im Bundestag umgehen, „bloß weil einer ohne Krawatte in diesem hochgradigen Alkoholikerverein erscheint".

Alte Freunde hat er dadurch verloren, gibt er zu, einer von ihnen habe ihm sogar gesagt, seit er in diesem „ökologischen Verein" ist, habe er den Bezug zur Realität verloren. Da hat er die drei Dutzend Lacher im viel *zu großen Saal auf seiner Seite* und kann wenig später auf die Frage, was er sich von den Grünen im Landtag erhoffe, ein schönes Beispiel seiner Realitätsnähe liefern. Er erhoffe sich, *antwortet* Amery, einen Apparat, *der* es den Grünen erlaubt, die Skandale noch besser aufzuspüren. Am Tropf der „Staatsknete" läßt es sich eben leichter gegen diesen Staat agieren – das aber sagt Amery an diesem Abend nicht.

Ob die Grünen allerdings in den Genuß der Diäten kommen werden, zählt zu den wenigen Unabwägbarkeiten dieser Bayern-Wahl. Vor vier Jahren waren sie trotz Petra Kellys Ankündigung „Die Grünen kommen, Herr Strauß" mit 4,6 Prozent knapp gescheitert, auch diesmal, so verkündet SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann allerorten, werden sie draußen vor der Landtagstür bleiben. Weil er aber immer hinzufügt, bei einem Scheitern der Grünen helfe jede



Vor der Wahl in Bayern

Stimme für sie bei der Sitzverteilung letztlich der CSU, ist der Hintersinn unschwer zu erraten: Hiersemann möchte potentielle Grün-Stimmen an sich binden, weshalb Grünen-Sprecher Hans-Dieter Reichhelm die SPD-Äußerungen als „frommes Wunschdenken" abtut und sagt: „Wir sind sicher, daß wir in den Landtag einziehen werden." Jüngste Umfragen sehen sie bei knapp sieben Prozent.

Wie spürbar die SPD-Spitze auch bemüht ist, sich von den Grünen abzusetzen, so sehr verweisen diese auf Gemeinsamkeiten. Noch nie, so Landesvorstandssprecher Martin Kaltenhauser, seien sich SPD und Grüne in der Frage des Abschieds von der Atomenergie so nahe gewesen, hier dürfe man sich einem Kompromiß mit den Sozialdemokraten nicht verschließen. Auf einem anderen Gebiet sind die Grünen den Genossen jedoch deutlich voraus: Während sich die SPD in der Frauenfrage noch mit einer 25-Prozent-Quotierung abmüht, sind die aussichtsreichen Plätze der Grünen-Liste paritätisch besetzt. Sprecher Reichhelm: „Erstmals in der Bundesrepublik ist es sogar möglich, daß die Frauen unter den Grü*nen im Landtag die Mehrheit haben.*"

Bunt schillernd ist die personelle Palette der Kandidaten. Carl Amery, der Schriftsteller, zählt nicht dazu, er möchte aber gerne für die Grünen in den *Rundfunkrat* und diesen „skandalösen Verein aufmischen". Ohne Aussicht, ins Parlament zu kommen, dürfte auch der 38jährige Bäcker Friedrich Rödiger sein, der auf Platz 38 der *oberbayerischen* Liste *steht* und eine Adresse angibt, die Insider als die der der Strafvollzugsanstalt Bernau am Chiemsee erkannten. Dort sitzt er noch bis September nächsten Jahres wegen mehrerer Diebstähle und ist, so Reichhelm, „eine typische Grünen-Geschichte": Man habe mit seiner Nominierung darauf aufmerksam machen wollen, daß die meisten Strafgefangenen im Besitz ihrer bürgerlichen Ehrenrechte sind".

Bessere Chancen zum Landtagseinzug hat auf Platz acht dieser Liste der 81jährige August Haußleiter, einst bei der CSU, dann Gründer ei*ner als* rechtsextrem *eingestuften* Gruppe und nun Listenpartner von Linksextremen wie denen der „Friedensliste", einem Wahlbündnis der *moskauhörigen DKP*, das auf eine eigene *Kandidatur verzichtete*, etliche ihrer Leute bei den Grünen unterbrachte und mit Anti-Atom-Plakaten wirbt: „Diesmal Grün."

Manchmal sind's auch die Berufe der Kandidaten, die Wähler anlocken. Wie beispielsweise den älteren Herrn im „Hofbräustüberl", der aufsteht und erklärt, er habe keine Ahnung vom Programm der Grünen, aber er *habe sie vor vier Jahren gewählt* – weil sie einen General in ihren Reihen hatten.

Rawlings' Revolution hat sich festgefahren

Von W. LÜTZENKIRCHEN

Der „Retter der Nation" bangt um die Macht, sieht sich verfolgt von „imperialistischen Söldnern, Verschwörern und CIA-Agenten". Fliegerleutnant Jerry Rawlings (38) meidet öffentliche Auftritte und Auslandsreisen, verläßt sein Hauptquartier „Burma Camp" nur im leichten Schützenpanzer oder im schwer bewaffneten Konvoi. Ghanas Staatschef gilt als zermürbt und psychisch angeschlagen. Er lebt in ständiger Angst vor Attentaten. Wenigstens sechs Umsturzversuche hat der ehemalige Boxchampion der Luftwaffe, der sich Silvester 1981 an die Macht putschte, bisher überstanden.

Im Juni wurden in Accra sieben Verschwörer hingerichtet, darunter fünf Zivilisten, die angeblich in Togo an einem Umsturzplan gegen Rawlings beteiligt waren. Tatsächlich haben sich in den Nachbarstaaten Togo und Elfenbeinküste ghanaische Widerstandsgruppen formiert. Nach Angaben der ghanaischen Regierung bildeten in Togos Hauptstadt Lomé etwa 50 desertierte Militärs aus Ghana den Kern der Widerstandsbewegung. Gerüchte über eine bevorstehende Invasion aus Togo kursieren seit März. Beim Putschversuch in Lomé am 23. September drangen dagegen aus Ghana bewaffnete Einheiten nach Lomé ein und versuchten die Regierung von Präsident Eyadema zu stürzen.

Zehntausende von Ghanaern haben vor der wirtschaftlichen Dauerkrise Zuflucht in Togo und Elfenbeinküste gefunden. Erst Ende 1985 flohen 9000 Menschen nach Stammesfehden über die Grenze nach Togo. Aus ihren Reihen droht Gefahr für das Regime Rawlings, vor allem da der togolesische Präsident Eyadema jetzt erst recht den militärischen Widerstand der Exil-Ghanaer zu dulden scheint.

Rawlings feindselige Haltung gegenüber Togo hat noch andere Gründe: Über die togolesische Grenze werden Schmuggel und Schwarzmarkt-Geschäfte abgewikkelt, die Ghanas Wirtschaft seit Jahren auszehren. In Togo, aber auch in Elfenbeinküste, sitzen Hintermänner eines riesigen Schmuggelnetzes, mit dem aus Ghana Kaffee, Kakao, Gold, Diamanten und Drogen verschoben werden. Etwa drei Viertel der Kaffee-Ernten aus der ghanaischen Volta-Region werden illegal nach Togo geschafft. Fast alle Handelsrouten führen zur Togogrenze. Hier kam es mehrfach zu Schießereien zwischen ghanaischen Grenzwachen, Bauern und Schmugglern. Gold und Diamanten werden in Hotels und Bars in Lomé gegen harte Währungen angeboten.

Immer wieder hat Jerry Rawlings den Massen die Abrechnung mit dem „alten, verfaulten System" versprochen. Der Revolutionsführer erklärte den „heiligen Krieg gegen Kalabule", Schlüsselwort für die Grundübel Ghanas: Schmuggel, Korruption, Schwarzmarkt, Devisenschwindel, Vetternwirtschaft. Geändert hat sich wenig: Die Revolution ist festgefahren im bodenlosen Sumpf der wirtschaftlichen Probleme und der Kalabule-Schiebereien. Dabei hat Rawlings die Auflagen von Weltbank und Weltwährungsfonds – zur Abwertung des Cedi zum Beispiel – gewissenhaft erfüllt. Wirtschaftsgangstern droht die Todesstrafe. Dennoch gären in Ghana Unmut, Enttäuschung und Verbitterung. Eine chronische Versorgungskrise lähmt das Land, das einmal als größtes Agrar- Energie- und Rohstoffpotential Westafrikas angesehen war. In der Handelsbilanz klafft ein Riesendefizit, die Auslandsverschuldung nähert sich der Summe von drei Milliarden Dollar. Hunderttausende Ghanaer haben sich ins Ausland abgesetzt, vor allem Fachkräfte, Ärzte, Anwälte, Ingenieure. Allein in der Bundesrepu-


GHANA

blik leben über 20 000 Asylanten aus Ghana.

Jerry Rawlings gilt als glühender Verehrer Khadhafis und hält das „libysche Modell" für ein Vorbild bei der Sanierung Ghanas. Khadhafi hat diese Politik in den letzten Jahren reichlich honoriert. Ghana erhielt aus Tripolis Erdöllieferungen zum Nulltarif, Nahrungsmittel, Traktoren, Geräte und Dünger, Medikamente, aber auch Waffen und militärische Ausrüstung. Etwa 15 000 bis 20 000 Ghanaer sind in Libyen als Gastarbeiter tätig, einige auch als Söldner in der „Islamischen Legion". Khadhafi durfte in Accra 1984 ein „Zentrum zum Studium des Grünen Buches" eröffnen, das in die Revolutionsthesen des libyschen Führers einweist. Auch seine Sympathien für Kuba hat Rawlings nie verleugnet. Nach Informationen aus Accra sollen sich kubanische Militärberater in Ghana aufhalten.

Accra, in der lokalen Akan-Sprache das Wort für „Ameisenhaufen", erstickt im Elend, verfällt zu einem Riesenslum mit fast zwei Millionen Menschen. An vier von sieben Tagen bricht die Stromversorgung zusammen. Seit Jahren funktionieren die Telefone nicht mehr. Das Leitungswasser enthält gefährliche Krankheitserreger, Gangsterbanden haben sich an den Häfen festgesetzt, überfallen Schiffe, brechen Container auf. Nach dem Zusammenbruch des Gesundheitswesens machen Wunderheiler ihre Geschäfte mit der Krankheit. Gesundbeten können auch sie Ghana nicht.

Gesucht für die Unesco: Mann des Vertrauens

PETER RUGE, Paris

Die überraschende Ankündigung des Generaldirektors der Unesco, Amadou Mahtar M'Bow, er stehe für eine dritte Amtszeit nicht mehr zur Verfügung, geht wie ein Lauffeuer durch die Reihen der 158 Mitgliedsländer am Sitz der Organisation in Paris. Damit zeichnet sich das Ende einer Krise in diesem Kulturableger der Vereinten Nationen ab, die durch den Austritt der USA, Großbritanniens und Singapurs nicht verursacht, sondern offen gelegt wurde.

Der Senegalese M'Bow hatte es verstanden, sich den 50 Mitglieder zählenden Exekutivrat, dem auch die Bundesrepublik Deutschland und die „DDR" angehören, vor seine Politik zu spannen, so daß sich die Unesco über Jahre hinweg zu einem Propaganda-Instrument mit anti-westlicher Stoßrichtung gewandelt hat.

Die damit einhergehende Radikalisierung, bei dem dieser Generaldirektor in erster Linie auf die Unterstützung der Sowjetunion und der Länder der Dritten Welt rechnen konnte, führte zu einer Günstlings-Personalpolitik innerhalb der Organisation. Darüberhinaus muß M'Bow auch eine bodenlose Mißwirtschaft verantworten.

Der Druck vor allem Japans und Frankreichs hatte in den letzten Tagen zugenommen, den Senegalesen von einer erneuten Kandidatur abzuhalten. Japan drohte mit Austritt, Frankreich befürchtete bei anhaltenden Auflösungserscheinungen eine Verlegung der Organisation weg von der Seine.

Nachdem es M'Bow verstanden hatte, handstreichartig den Unesco-Rechnungsprüfer, einen Briten, auszumanövrieren, wuchs das Unbehagen. Denn nun stand nicht mehr fest, wie und durch wen die finanziellen Geschäfte der Unesco-Führung kontrolliert werden konnten. Die Anhänger des bis Herbst 1987 amtierenden Generaldirektors schmolzen in den letzten 24 Stunden bis auf wenige afrikanische oder arabische Länder.

In Paris dreht sich bereits das Kandidatenkarussell. Gesucht wird ein Mann mit neuen Ideen, der das Vertrauen aller Gruppen in die Unesco-Arbeit zurückholen kann. Aussichtsreiche Chancen haben der Uruguayische Außenminister Iglesias, aber auch der finnische Ministerpräsident Sorsa. Den Deutschen werden keine Chancen eingeräumt.

Nach der Erklärung M'Bows vor einem verblüfften Exekutivrat stand der Vertreter der Delegation der Bundesrepublik auf und wünschte dem Unesco-Generaldirektor, er möge mit Würde sein Mandat zu Ende führen. Als sich daraufhin die Länder-Abordnungen von den Sitzen erhoben, berichtete einer der Teilnehmer, war es so „als ob mit jedem Klatschen der Nagel zum Verzicht M'Bows auf eine dritte Amtsperiode immer tiefer eingeschlagen wurde".

Südafrikas neue Partei: Gemäßigt, sozial und ohne Rassenschranken

„Keine Hilfe von Regierung der Weißen" / Kontaktsuche unter Europas Konservativen

M. GERMANI, Johannesburg

Das Programm der am Montag in Johannesburg gegründeten Partei, der „United Christian Conciliation Party", UCCP (Vereinte Christliche Versöhnungspartei), stellt den Gedanken christlicher Werte, verbunden mit einer Mehrparteien-Demokratie und freier Marktwirtschaft in den Vordergrund, zeichnet sich aber vor allem durch ein multirassisches Konzept aus. Sie will ihre Anhängerschaft aus allen Bevölkerungsgruppen des Landes rekrutieren. Sie lehnt jede Form der Gewalt entschieden ab.

Das betonten der Präsident der neuen Partei, der Bischof der viereinhalb Millionen Gläubige umfassenden Rica-Kirche (Reformed Independent Church Association), Bischof Izaak Mokoena, sowie der frühere Bürgermeister von Soweto und heutige Geschäftsmann, Edward Kunene, zusammen mit dem Politiker aus dem Ostkap, Tamasanqa Linda. Sie werden nach eigenen Aussagen von Privatpersonen und Geschäftsleuten unterstützt. Hilfe seitens der weißen Regierung wird strikt abgelehnt.

Die neue Partei versteht sich als Vereinigung aller moderaten Kräfte über ethische und religiöse Grenzen hinaus, die die verschiedenen Völker des Subkontinents, gleichgültig ob Zulu, Xhosa oder Weiße, aufnehmen will. In den Grundregeln heißt es: „Wir müssen das Ansehen als Nation wieder herstellen, um ein geachtetes Mitglied der Weltgemeinschaft zu werden. Wir akzeptieren nicht, daß wir durch Handelsboykotte sowie politisch motivierte Desinvestitionen und politische Sabotage unserer


Bischof Mokoena

Währung diskriminiert werden, worunter gerade die Ärmsten dieses Landes leiden. Wir tolerieren keinen Terrorismus, der aus anderen Ländern unterstützt wird, und wir appellieren an alle, die den Terrorismus in Südafrika unterstützen, der zahllosen Opfer zu gedenken. In einer echten Volksversammlung ist kein Platz für jene, die in ihrer Arroganz stolz auf terroristische Aktionen sind."

Südafrika solle der freien Marktwirtschaft angehören, dem einzigen Gegengewicht zu Elend und Hunger, die, wie sie in den Nachbarländern Südafrikas, durch marxistische Mißwirtschaft produziert werden. Im Gegensatz zur Freiheitscharta des ANC, die „eine gleichmäßige Verteilung der Reichtümer des Landes" verlangt, sieht das Programm der UCCP vor, daß alle Südafrikaner das Recht haben, den Reichtum, den sie produzieren, zu teilen, so wie alle das Recht haben, gemäß ihren Fähigkeiten ihren Lebensunterhalt zu verdienen."

Tamasanqa Linda, der zusammen mit Bischof Mokoena nach London gereist ist, um in konservativen Kreisen Englands um Unterstützung für seine Partei zu werben, sagte, die Partei werde an den nächsten Wahlen teilnehmen und eigene Kandidaten aufstellen. Über das Verhältnis zum ANC und Nelson Mandela befragt, erklärte Mokoena, es läge in der Hand von Frau Mandela, sich für die Freiheit ihres Mannes einzusetzen. Mokoena: „Darüber hinaus ist Herr Mandela alt genug, selbst zu entscheiden, was er will. Aber der ANC ist heute nicht mehr die Organisation, als die er 1912 gegründet wurde. Er ist jetzt eine Minderheitsclique der Xhosas. Aber wenn er sich von der Gewalt distanziert, bin ich bereit, mich für die Aufhebung des ANC-Verbotes einzusetzen."

Ankara will mehr Geld von Amerika

Regierung Özal macht davon Modernisierung der Atomwaffen auf US-Stützpunkten abhängig

E. ANTONAROS, Ankara

Lange Gesichter gab es auf türkischer Seite – so berichtete zumindest die Istanbuler Presse – nach dem 35minütigen Gespräch, das der türkische Außenminister Vahit Halefoglu mit seinem amerikanischen Amtskollegen George Shultz in Washington führte. Denn man war sich uneinig über die Höhe der US-Militärhilfe an die Türkei.

Ankaras Politiker und Generäle machen seit einiger Zeit keinen Hehl daraus, daß sie mit den amerikanischen Hilfeleistungen nicht zufrieden sind. 1986 sollen den Türken 896 Millionen Dollar zukommen, ein Betrag, der als Gegenleistung für die in Anatolien befindlichen US-Stützpunkte und Horchposten nach Ansicht Ankaras „völlig unzureichend" ist.

Özal setzt auf Reagan

Die türkische Regierung verlangt mindestens 1,2 Milliarden Dollar jährlich. Ministerpräsident Özal ist „völlig überzeugt, daß Präsident Reagan diesen Betrag durch den Kongreß bringen kann, wenn er es wirklich will".

Ihre Forderung stützen die Türken weitgehend auf eine Studie des NATO-Militärkommandos, wonach in den nächsten zehn Jahren ein Mindestjahresbetrag von 1,2 Milliarden Dollar zur Modernisierung der türkischen Streitkräfte benötigt wird. Daher betrachtet Ankara die nun von Reagan für das Fiskaljahr 1987 auf 974 Millionen Dollar aufgestockte Hilfe für die Türkei, die nach Israel und Ägypten der drittgrößte Hilfeempfänger der USA ist, als absolut unbefriedigend.

Von türkischer Seite wird unter der Hand betont, daß es sich bei der von Amerika geleisteten Hilfe tatsächlich um einen erheblich niedrigeren Betrag handele, weil die Amerikaner neuerdings die fristgemäße Ratenrückzahlung von früher gewährten Militärkrediten verlangen.

Dieser Streit hat bisher die von Amerika erwünschte mehrjährige Erneuerung des 1980 unterschriebenen und Ende 1985 abgelaufenen fünfjährigen Stützpunkt- und Militärhilfe-Abkommens zwischen den beiden Ländern verhindert. Anders als ihre griechischen Nachbarn drohen die Türken zwar nicht damit, den Ende 1985 automatisch um ein Jahr verlängerten Vertrag einseitig aufzukündigen und die US-Stützpunkte zu schließen. „Die Türken sind Anhänger der stillen Diplomatie. Aber dies bedeutet keineswegs, daß sie ihre Forderungen weniger entschlossen als die Griechen vortragen", sagte ein NATO-Botschafter in Ankara.

Von türkischer Seite wird mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Türkei, nicht zuletzt wegen ihrer geostrategischen Lage, einer der wichtigsten Verbündeten der USA nicht nur im Mittelmeerraum sondern überhaupt sei.

Strategisch wichtig

Tatsächlich sind die US-Stützpunkte in Anatolien von strategischer Bedeutung: Obwohl die Amerikaner ungern über ihre Einrichtungen sprechen, geben die Türken ohne Umschweife zu, daß die USA in ihren Basen auch startbereite Militärflugzeuge mit Atomwaffen an Bord für den Ernstfall in Nahost unterhalten.

Nicht zuletzt deshalb fühlen sich die Türken schlecht behandelt. In Gesprächen mit ausländischen Journalisten hat Özal, der in Sachen US-Hilfe gewiß nicht anders als die führenden Generäle denkt, verbittert festgestellt, daß „Reagan eher halbherzig die Freigabe einer höheren US-Hilfe für die Türkei durch den Kongreß" anstrebe. Daher will Ankara einer Modernisierung der dort stationierten Atomwaffen nur zustimmen, wenn Washington Ankara entgegenkommt. (SAD)

Neue Londoner Zeitung zielt auf die „Yuppies"

R. GATERMANN, Bournemouth

Zum erstenmal seit 131 Jahren – damals wurde der „Daily Telegraph" gegründet – bekam gestern Großbritannien wieder eine neue nationale „seriöse" Tageszeitung. „The Independent" will in jeder Weise unabhängig sein, „intellektuell, politisch und redaktionell".

Ihr Chefredakteur Andreas Whittam Smith betont, man werde allen kritisch gegenüberstehen, die Macht haben und Kontrolle ausüben. Eine entscheidende Vorbedingung für die Zeitungsgründung war die breite Streuung des Eignerkapitals.

Die erforderlichen umgerechnet 54 Millionen Mark wurden von mehr als 30 Investoren aufgebracht; keiner hält mehr als zehn Prozent. Unüblich

THE INDEPENDENT

in der britischen Zeitungsbranche: Hinter „Independent" steht kein großer Verleger oder eine Industriegruppe.

Am ersten Erscheinungstag kamen 650 000 Exemplare – gedruckt an vier Orten – auf den Markt. Nach Redaktionsangaben wird eine Auflage von 375 000 angestrebt. Zielgruppe sind die 20- bis 45jährigen, die „selbständig denken" und den drei obersten „Klassen" angehören, also hauptsächlich „Yuppies" (young urban professionals).

Um sie zu erreichen, müßte „Independent" in die Leserkreise sowohl der „Times" (Auflage 471 500), von der sie fast ein Viertel ihrer 200 Redakteure holte, des „Guardian" (etwa 524 000) und des „Daily Telegraph" (1,4 Millionen) einbrechen. Letzterer kämpft derzeit mit einer teuren Werbekampagne gegen den in den letzten Jahren erlittenen Auflageschwund von etwa 250 000 Exemplaren an.

Andreas Whittam Smith, einst City-Redakteur des „Daily Telegraph", entschloß sich zum Aufbau der neuen Zeitung, als er den schwachen und technisch schlecht vorbereiteten Start des Eddy-Shah-Boulevardblattes „Today" Anfang dieses Jahres miterlebte. Zudem bestätigten die Marktforscher gute Erfolgsaussichten. Seit Anfang September wurde bereits wie in einer normalen Redaktion gearbeitet und 30 Probeausgaben hergestellt, die bei 274 Lesern getestet wurden. In einer Nacht wurden sogar – um die Technik zu testen – 580 000 Exemplare gedruckt, aber dann eingestampft.

Mit Hilfe modernster Herstellungsverfahren hat sich „Independent" von Mitgliedern der streitbaren Druckergewerkschaft weitgehend unabhängig gemacht.

Das notwendige Startkapital zu finden, bereitete nur am Anfang Schwierigkeiten. Einige Marktanalytiker sind der Meinung, daß nach dem von Shah und Murdoch („The Times") herbeigeführten technischen Umbruch die Zeitungsbranche für Anleger wieder attraktiver geworden ist.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 71

Selbstbeteiligung – aber wie?

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Kommentar in der WELT der Wirtschaft vom 23. 9. 1986 schreiben Sie, daß die prozentuale Selbstbeteiligung als „marktwirtschaftliche Lösung" ein geeignetes Mittel zur Kostendämpfung sei. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, daß durch einen steigenden Preis für Gesundheitsgüter die Nachfrage zurückgeht.

Die Einführung einer wirksamen Selbstbeteiligung wird wohl von den Politikern ausgehen müssen. Die Politiker werden aber sehen, daß Selbstbeteiligung Umverteilungswirkungen hat. Es treten nämlich Umverteilungseffekte insbesondere zugunsten der Arbeitgeber, der Bezieher höherer Einkommen, der Ledigen und der Gesunden ein. Die häufig Kranken, die Alten, die Minderverdienenden und die Kinderreichen werden belastet. Sie haben nämlich die zusätzlichen Kosten zu tragen, kommen aber weniger in den Genuß einer eventuellen Beitragssenkung.

Eine solche Umverteilungswirkung bringt den Politikern Popularitätsverluste. Eine Selbstbeteiligung unter Berücksichtigung von sozialen Komponenten aber würde zu einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand führen. Es ist für Politiker also rational, nur eine Selbstbeteiligung von ganz geringem Niveau einzuführen. Eine so geringe Selbstbeteiligung hätte auf die Nachfrage nach Gesundheitsgütern keine Wirkung.

Aber auch wenn wir davon ausgehen, daß eine Kostensenkung erreicht wird, so ist keineswegs sicher, ob der eigentliche Zweck – eine Beitragssenkung – erreicht werden kann. Von den Krankenkassen wird nämlich der Druck zur Kostensenkung genommen.

Wenn die Verbraucher gar unelastisch reagieren, können die Verbände darauf hinweisen, daß es die Individuen seien, die den Verbrauch ansteigen lassen. Die Verbraucher selbst seien diejenigen, die mehr Versorgung wünschen. Unter dem sinkenden Druck sind die Krankenkassen nun eher geneigt, den Leistungsanbietern nachzugeben. Die Anbieter werden natürlich Druck auf finanzielles Wachstum ausüben, vor allem dann, wenn sie selbst unter Expansionsdruck (zum Beispiel durch die Ärzteschwemme) stehen.

Selbstbeteiligung erscheint mir also eher als Expansionsinstrument denn als Kostendämpfungsmittel.

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Kfm. C. Uhle,
Seminar für Sozialpolitik,
Universität zu Köln

Immerwährender Skandal

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Berichterstattung über den seit vier Jahren bekannten Skandal des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachen Neue Heimat verdient hohe Anerkennung. Nicht nur die ohne Mitbestimmung im Stich gelassenen NH-Mieter selbst, sondern auch alle Bundesbürger als Steuerzahler sind betroffen. Die skandalöse Beaufsichtigung dieses „gemeinnützigen" Unternehmens, durch den von Vetter und Breit als DGB-Spitzen geführten Aufsichtsrat, kann nicht genug angeprangert werden.

Die Unverfrorenheit des DGB-Vorsitzenden Breit, der Bundesregierung ein Verschulden an der miesen Lage dieses Konzerns des DGB anzulasten, wird von der frechen Forderung des 1-Mark-Käufers Schiesser nach mehr Geld von den Gläubigerbanken und aus Staatskassen, also aus Steuergeldern, begleitet.

Hochachtungsvoll
Herbert Schultz,
Grafenaschau

*

Sehr geehrte Redaktion,

die Skandale der Sklarek, Barmat und Kutisker, die die Weimarer Republik zutiefst erschütterten, erscheinen mir als harmlose kleine Schiebereien im Vergleich zu dem, was der DGB – vulgo schon „Der Große Betrüger" genannt – sich heute mit der Neuen Heimat leistet.

Sie waren auch nicht so unbeschreiblich unsozial, aber die drei Genannten waren ja „Kapitalisten", keine „Sozialisten"!

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Hochbaum,
Hamburg 20

Abtreibung

„Abtreibung": WELT vom 25. September

Der WELT und dem Autor kann man nur Lob und Anerkennung aussprechen für diesen hervorragenden Artikel. Unsere Generation in Deutschland und in der Welt, die die Aufgabe unveräußerlicher Grundrechte auf Leben in der NS-Zeit bewußt miterlebt und erlitten hat, weiß, wie geradlinig der Weg von der Tötung des werdenden Lebens zum Holocaust und Volksgerichtshof-Urteilen zwangsläufig geführt hat.

Bernhard Trappe,
Waltrop

*

„Abtreibung auf Krankenschein ist nicht rechtswidrig": WELT vom 25. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Überschrift dieses Berichtes ist nicht richtig. Das Bundesarbeitsgericht hat über die Frage der Rechtswidrigkeit oder Rechtmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung nicht entscheiden können, da die Klage unzulässig war. Die Klage wurde also nicht aus materiellen, sondern aus formellen Gründen abgewiesen.

Dr. Gerhard Hösle,
Ichenhausen

Ein Ausweg

„Hungriger Moloch": WELT vom 1. Oktober

Mit seinem Kommentar trifft Detlev Ahlers zum Thema „Rundfunkgebühren" den Nagel auf den Kopf.

Ich darf seinen Anmerkungen hinzufügen: Da es seit Jahr und Tag zwei private Anbieter gibt, SAT 1 und RTL plus, ist die Rundfunkgebühr nicht mehr unausweichlich und gleichsam gottgewollt. Der Staatsvertrag über die Rundfunkgebühren geht davon aus, daß nur ARD und ZDF bestehen und daß damit jeder Bürger, der sich ein TV- oder Radiogerät kauft und „zum Empfang bereithält", so die wörtliche Formulierung, nur ARD und ZDF empfangen kann.

In den Kabelinseln der Bundesrepublik kann diese Vermutung nicht aufrechterhalten werden. Wer rechtsverbindlich nachweisen kann, etwa durch eine eidesstattliche Versicherung oder durch technische Zusatzgeräte, daß er keine Sendungen von ARD und ZDF empfängt, muß keine Gebühren zahlen. Denn die Gerichte werden berücksichtigen müssen, daß der Fernsehverbraucher in der Tat nur private Sender sieht, wenn er dies an Eides Statt erklärt. Ein erster Prozeß in Nürnberg wird dies wohl in den nächsten Monaten klären.

Hansjörg Klein,
Vorsitzender des Vereins Bürger fragen Journalisten,
Erlangen

Leerformel

„Pankraz, der Sheriff und die Anständigen": WELT vom 29. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

scharfsinnig beleuchtet Pankraz Charakter und Konsequenzen der „Anständigkeit". Bedrückend aktuelle Bezüge zur Politik ergeben sich zuhauf.

Die Leerformeln der „gemeinsamen Verantwortung beider deutscher Staaten für den Frieden" und „daß nie mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht" suggerieren eine qualitative Gleichwertigkeit und Gleichartigkeit, die die Unrechtsnatur und den Willkürcharakter des Moskauer Marionettenregimes in Berlin-Ost vernebeln. Die seinerzeitige „herzliche Einladung" Honeckers in die Bundesrepublik, „im Interesse der Menschen", wird den Einladenden kaum die Schamröte ins Gesicht getrieben haben.

Der politische Opportunismus verurteilt auch die gegenwärtige Regierungskoalition, von „Entspannungserfolg" zu „Entspannungserfolg" zu eilen, dabei sich närrischen Illusionen hingebend, in der kurzsichtigen Hoffnung, so am besten die nächsten Wahlen zu gewinnen, um Macht und Pfründe zu erhalten. Eine Komplizenschaft ergibt sich zwangsläufig bei dieser Haltung.

Diesem deutschen Teilstaat Bundesrepublik fehlen nicht nur der Stolz und die Freiheitsliebe lauterer und geschichtsbewußter Männer und Frauen, sondern auch Akteure, die den skrupellosen Machthabern im Osten gewachsen sind. Wie anders wären der allgemeine Sittenverfall, der Verfall der politischen Kultur und des Rechtsbewußtseins, die wachsende Wehrunwilligkeit, zu erklären?

Mit freundlichem Gruß
Heinz-Dieter Kastien,
Hagen

Wort des Tages

„Das Vaterland gehört zu unserem Schicksalskostüm. Man kann es nicht umtauschen."

Ernst Jünger, deutscher Autor (geboren 1895)

Personen

AUSWÄRTIGES AMT

Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** hat das Bonner Protokoll verstärkt. Die mit In- und Auslandsbesuchen vielfach strapazierte Protokollspitze erhielt einen „dritten Mann". Es ist Vortragender Legationsrat Erster Klasse **Helmut Jochum**, der jetzt als zweiter Stellvertreter von Protokollchef **Hans-Werner Graf von der Schulenburg** sein Amt angetreten hat. Erster Stellvertreter bleibt **Erhard Holtermann**. Zum Aufgabenbereich von Helmut Jochem gehören „Besucher, Reisen, Petersberg". Jochum, der ganz sicher in Kürze den Titel eines Gesandten erhält, wird vom Auswärtigen Amt aus Aufbau und Einrichtung des Gästehauses des Bundes auf dem Petersberg mit betreuen. In den letzten zwei Jahren war Jochum Leiter des Organisationsreferates im Auswärtigen Amt. Einschlägige Protokollerfahrungen sammelte er von 1976 bis 1980. In diesen Jahren war er Leiter des Referates Staatsbesuche. Danach wurde er als zweiter Mann an die Botschaft nach Pretoria versetzt.

EHRUNG

Die Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt verleiht heute während ihrer Jahrestagung in München dem früheren französischen Minister für Forschung und Technologie, **Hubert Curien**, die Wernher-von-Braun-Auszeichnung. Professor Curien erhält die Auszeichnung für hervorragende Verdienste um die europäische Weltraumforschung und -technik. Neben Professor Curien wird heute auch der ehemalige Generaldirektor der Airbusindustrie, **Roger Beteille**, mit dem Ludwig-Frandtl-Ring geehrt. Mit dieser Auszeichnung wird seit 1956 alljährlich eine Persönlichkeit geehrt, die sich durch wissenschaftliche oder technische Arbeiten zur Flugwissenschaft oder der Flugtechnik besonders verdient gemacht hat.

GEBURTSTAG

„Jeder Kontinent, jede Rasse, jedes Volk besitzt alle Möglichkeit des Menschen" – dieser Satz ist das Lebensmotto des afrikanischen Politikers, Dichters und Philosophen **Léopold Sédar Senghor**, der morgen sein 80. Lebensjahr vollendet. 20 Jahre lang war Senghor Staatspräsident der Republik Senegal, einer früheren französischen Kolonie. 1980 trat er zurück und überließ sein Amt einem Schüler, Premierminister **Abdou Diouf** – ein in Afrika einmaliger Vorgang. Senghor hatte in Frankreich studiert, im Zweiten Weltkrieg auf französischer Seite gekämpft (drei Jahre lang war er in deutscher Kriegsgefangenschaft). Der Studienfreund des früheren französischen Staatspräsidenten Pompidou begnügte sich aber nicht mit dem Kampf um die Unabhängigkeit seines Landes, sondern



Lépold S. Senghor

vertrat als Philosoph den Gedanken einer engen geistigen Verbindung zwischen Afrika und Europa. Der Dichter Senghor, der einen legitimen Platz der Schwarzen in der Weltkultur forderte (Négritude), wurde 1968 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. Das erste farbige Mitglied in der Académie Française ist mit einer Französin aus normannischem Adelsgeschlecht verheiratet. Er lebt teils in Senegal, teils in der Normandie.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Friedrich Landstorfer**, Extraordinarius für Hochfrequenztechnik der Technischen Universität München, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Hochfrequenztechnik der Universität Stuttgart angenommen.

ERNENNUNG

In der Villa Hammerschmidt wird heute der neuen Bundesverfassungsrichterin Dr. **Karin Graßhof** vom Bundespräsidenten die Ernennungsurkunde ausgehändigt. Die 49jährige Juristin, die seit 1984 am Bundesgerichtshof in Karlsruhe als Mitglied des 9. Zivilsenats tätig war, tritt im 2. Senat des Bundesgerichtshofes die Nachfolge des bisher dienstältesten Verfassungsrichters Dr. Hans **Justus Rinck** an. Der 68jährige aus Hameln gebürtige Jurist, dem *Bundespräsident* **Richard von Weizsäcker** heute die Entlassungsurkunde aushändigt, war mit kurzer Unterbrechung seit 30 Jahren am Bundesverfassungsgericht tätig, zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Professor Gerhard Leibholz und seit 1968 als dessen Nachfolger im Staatsgerichtshofsenat. *Rinck ist Mitherausgeber* des Grundgesetzkommentars „Anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts".

VERANSTALTUNG

Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, **Heinrich Windelen**, und der Chef des Bundeskanzleramtes, Minister Dr. **Wolfgang Schäuble**, gehörten zu den ranghöchsten Vertretern der Bundesregierung, *als gestern* **Ewald Moldt**, der Leiter der Ständigen Vertretung der „DDR", zum Empfang in die Bad Godesberger Redoute bat. Anlaß: der 37. Jahrestag der Gründung der „DDR". Das Bundeskanzleramt entsandte außerdem **Peter Lorenz**, den Berlin-Bevollmächtigten der Regierung. Eher mager vertreten waren die Repräsentanten der SPD: In letzter Minute traf SPD-MdB **Hans-Jürgen Wischnewski** ein. **Hans Koschnick**, Bremens *früherer Bürgermeister*, kam in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Komission für internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik beim SPD-Parteivorstand. Dem Handelspartner „DDR" gaben zahlreiche Industrierepräsentanten die Ehre: unter ihnen **Otto Wolff von Amerongen**, DIHT-Vorsitzender und Vorsitzender des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft.

GESTORBEN

Im Alter von 93 Jahren ist in Hannover der Journalist Dr. **Bruno Lenz** gestorben. Er gehörte zu den Journalisten der ersten Stunde der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung". Lenz, der stellvertretender Chefredakteur des Blattes war, hatte Lehraufträge für Politik und Soziologie an den Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm
Meinungen: Enno von Loewenstern
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.
Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch
Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106
4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525
7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330,– ... Luftpost-Abonnement weltweit auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.
Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.
Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.
Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.
Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Oktober 1985.
Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Harry Zander
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Das neue Audi 100 CS-Programm. Prädikat: besonders wertvoll.

Wie anspruchsvoll die Ausstattung einer Reise-Limousine sein kann, zeigt sich am Audi 100 CS. Und wie vielseitig man dieses Niveau verwirklichen kann, zeigt sich ab sofort am neuen Audi 100 CS-Programm. Mit einem breiten Motorenangebot. Mit oder ohne Katalysator. Und zu einem Preis, der in einem besonders günstigen Verhältnis zur Leistung steht. Denn gleich, ob Limousine, quattro oder Avant, serienmäßig sind in jedem Fall Leichtmetallräder, Nebelscheinwerfer, zwei Außenspiegel, getönte Wärmeschutzverglasung und eine komfortable Innenausstattung. Mit hochwertigem Pirell-Bezugsstoff, Zentralverriegelung, Gurthöheneinstellung vorn, höheneinstellbarem Fahrersitz und ebenfalls pirell-bezogenen Kopfstützen vorn wie auch im Fond. Zusätzlich bei den sportlichsten Modellen mit 100-kW-(136-PS-) bzw. 101-kW-(138-PS-)Motor: Hochleistungsfahrwerk mit 205/60er Stahlgürtelreifen, Sportsitzgarnitur, lederbezogenes Lenkrad und Schalthebelknopf, Drehzahlmesser und Servolenkung.

Selbstverständlich, daß es sich bei jedem Audi 100 CS nicht nur um eine kurzfristig interessante, sondern auch um eine langfristig überzeugende Investition handelt.

Der beste Beweis ist der neue TÜV-Auto-Report '86: Platz 1 für den Audi 100 in der Rubrik „bis zu zwei Jahre alte Autos". Erfahren Sie das neue Audi 100 CS-Programm einmal selbst. Ein Programm, mit dem Sie viele Vorteile auf Ihre Seite bringen. Von der Vollverzinkung als derzeit bestem Langzeitschutz angefangen bis hin zu einer besonders attraktiven Serien-Ausstattung.

Bei Ihrem V.A.G Partner

Das neue Audi 100 CS-Programm
87 PS Turbodiesel
88 PS Eurokat. mit und ohne quattro
90 PS mit und ohne quattro
90 PS US-Kat. mit und ohne quattro
113 PS Eurokat.
115 PS
115 PS US-Kat.
136 PS US-Kat. mit und ohne quattro
138 PS mit und ohne quattro
Steuerersparnis
Turbodiesel bis zu 1.100 DM
Katalysator bis zu 2.200 DM



Vorsprung durch Technik

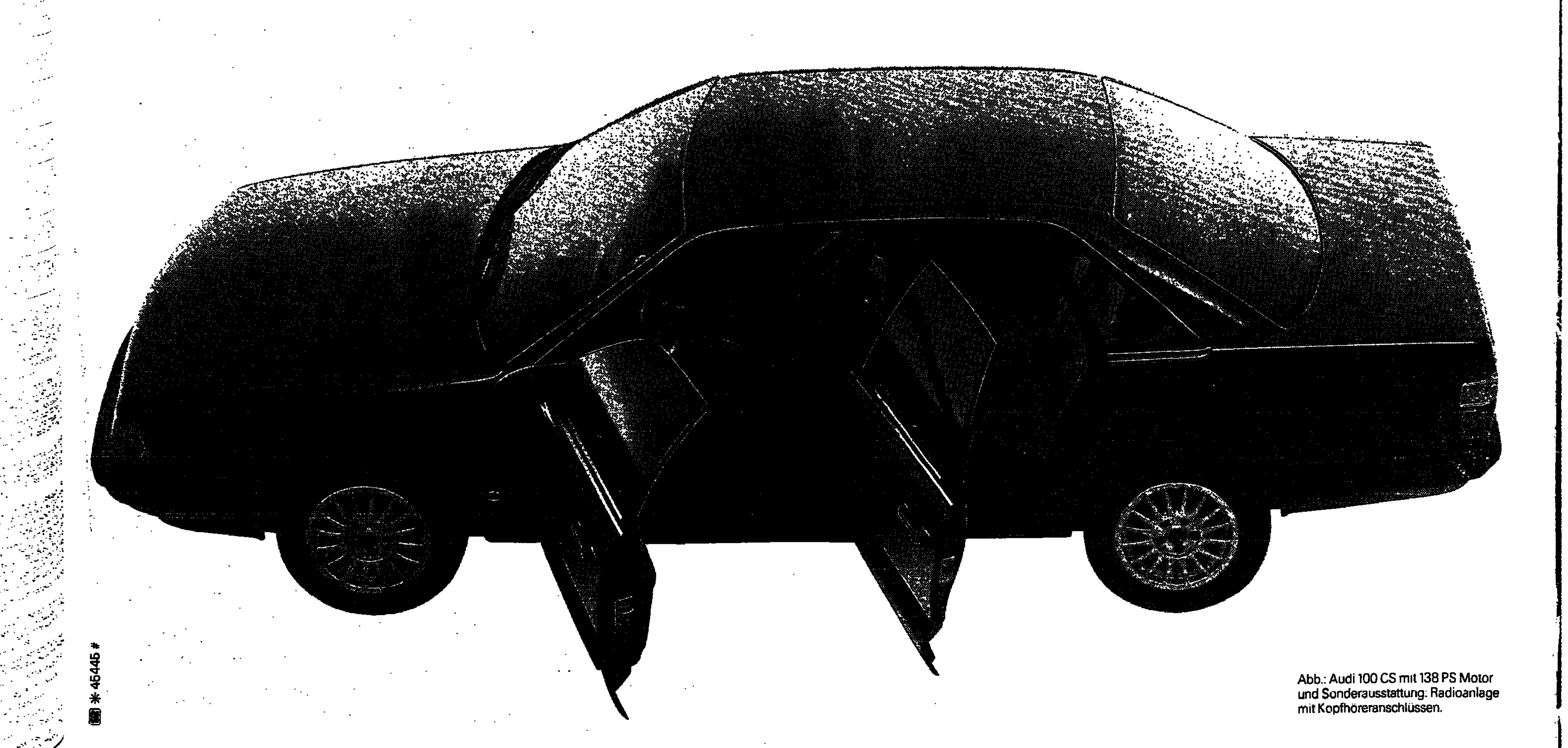


Abb.: Audi 100 CS mit 138 PS Motor und Sonderausstattung: Radioanlage mit Kopfhöreranschlüssen.

„Ändern müssen sich die grundsätzlichen Positionen"

WELT-Gespräch mit Alois Mock, Kanzlerkandidat der Österreichischen Volkspartei / „Der Begriff Sozialismus ist nicht mehr attraktiv"

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

„Ich bin optimistisch". Mit diesen Worten zieht Alois Mock, Vorsitzender der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) sein Fazit aus der politischen Situation und Stimmung im Lande, wo am 23. November nach der Aufkündigung der SPÖ/FPÖ-Koalition vorzeitig ein neues Parlament gewählt wird. Zum erstenmal seit 16 Jahren hat die österreichische Schwesterpartei der deutschen CDU dabei eine reale Chance, eine relative Mehrheit vor den Sozialisten zu erringen. Das würde bedeuten, daß der nächste Bundeskanzler in Wien Alois Mock heißt.

Der ÖVP-Vorsitzende gibt sich im Gespräch mit der WELT so locker und zuversichtlich, wie selten zuvor. Allerdings weiß er, daß er im gegenwärtigen sozialistischen Regierungschef Franz Vranitzky einen Gegner hat, der in Erscheinung und Auftreten in der Öffentlichkeit gut ankommt. Daher ist Mocks Bestreben verständlich, die Wahlauseinandersetzung mit den Sozialisten von der persönlichen Ebene – dem äußeren Erscheinungsbild – auf eine sachliche zu verlagern. „Am 23. November wird darüber entschieden, ob in Österreich wieder Politik im Interesse des Landes und seiner Bürger gemacht wird – oder ob es nach dem sozialistischen Dogma weitergehen soll, das da lautet: Ohne die Partei bin ich nichts". Es genüge auch nicht, sagt Mock, nur eine Parteienkombination zu ändern – also statt der bisherigen SPÖ/FPÖ-Verbindung eine solche aus Sozialisten und Volkspartei zu setzen. „Was sich ändern muß, sind die grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Positionen – und die praktische Politik, vor allem die Wirtschaftspolitik", fordert der ÖVP-Chef. Dann konstatiert er, den österreichischen Sozialisten sei „jede politische Zukunftskonzeption" zwischen den Händen zerronnen. Heute sei der Begriff „Sozialismus" in Österreich nicht mehr attraktiv. Die Sozialisten seien gezwungen, sich, was ihr Programm betrifft, zu „verstecken" – oder sich, wie Bundeskanzler Vranitzky, verbal den Positionen der ÖVP anzunähern.

Sollte die SPÖ nach dem 23. November ihre Position als stärkste Partei behaupten, dann sei sehr wahrscheinlich, daß der sozialistische Weg fortgesetzt werde. Auch eine Neuauflage der rot-blauen Koalition mit FPÖ hält Mock nicht für ausgeschlossen, falls das eine Mehrheit ergeben sollte. Auf den Einwand, daß Kanzler Vranitzky eine Verbindung der Sozialisten mit den Freiheitlichen unter deren neugewählten Vorsitzenden Jörg Haider strikt abgelehnt habe, meint Mock: Eine so „machtbewußte" Partei wie die SPÖ könne jederzeit auch ihren Spitzenmann auswechseln, wenn es um die Machterhaltung gehe. Wenn die SPÖ bereit gewesen sei, seinerzeit mit dem FPÖ-Politiker Friedrich Peter eine Koalition einzugehen – der im Zweiten Weltkrieg Offizier der Waffen-SS war – dann sehe er nicht, warum sie nicht auch mit dem neuen Mann der FPÖ-Spitze koalieren könne, der überhaupt erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde.



Für Alois Mock sieht die Lage nach Jahren sozialistischer Regierung so aus: Man habe die Strukturen beibehalten aber die Werte, ohne die Staat und Gesellschaft nicht existieren könnten, über Bord geworfen. Mock: „Werte wie Leistung, Toleranz, Korrektheit, Partnerschaft und Patriotismus müssen bestehen bleiben, die Strukturen aber, etwa in Wirtschaft oder Wissenschaft, müssen ständig den neuen Gegebenheiten angepaßt werden." FOTO: WEREK

Zum Zustand seines wichtigsten politischen Gegners (und möglichen künftigen Partners in der Großen Koalition) meint Mock: „Daß sich die Sozialisten inzwischen ihres Sozialismus schämen, ist ihr eigenes Problem. Jetzt versucht man, sich ein anderes Gewand umzuhängen. Das hat auch Schmidt in der Bundesrepublik oder Fabius in Frankreich versucht – beide Male ohne Erfolg. Man unterschätzt die Wähler, die sich nicht so leicht täuschen lassen".

Unter den Jungen in der SPÖ gebe es nach wie vor eine sehr starke linke Gruppe, die sich durch die „Anbiederung" der jetzigen SPÖ-Führung an nicht-sozialistische Positionen persönlich gedemütigt vorkomme. „Diese Linken werden sich sofort wieder zu Wort melden, wenn die Wahlen vorbei sind – ganz gleich wie diese für die SPÖ ausgehen sollten". Mock nennt die sozialistische Staatssekretärin für Frauenfragen, Johanna Dohnal, die sich „weniger um das Problem der Arbeitslosigkeit unter den österreichischen Frauen, als vielmehr um die Unterstützung des sandinistischen Regimes in Nicaragua kümmert" – oder auch den ehemaligen Juso-Vorsitzenden und Parlamentsabgeordneten Josef Cap, der sich mit Euro-Kommunisten zu treffen pflege, aber gleichzeitig bei jeder Gelegenheit gegen die Diktatur Pinochets in Chile protestiere. In der SPÖ gebe es da noch eine anti-kommunistische Komponente, vor allem im Gewerkschaftsflügel. „Ansonsten hat die internationale Gehirnwäsche auch hier ihr Werk getan", auch wenn es in Österreich noch nicht so weit sei wie in der Bundesrepublik.

„Im Unterbewußtsein vieler sozialistischer Funktionäre gilt der Begriff der Leistung als negatives Instrument zur Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung", setzt Mock fort. „Im Grund genommen hängen die Sozialisten der Illusion nach, die von Marcuse und Habermas verkündet wurde: der leistungsfreien Gesellschaft, in welcher alle den gleichen Lebensstandard haben sollen, gleichgültig ob sie arbeiten oder auf der grünen Wiese liegen". Diese völlig „weltfremde Sicht" ergebe sich auch aus der Tatsache, daß für viele überzeugte Sozialisten der einzelne Mensch keine große Bedeutung habe.

„Wir sind dagegen der Auffassung, daß man die Vielfältigkeit des menschlichen Wesens berücksichtigen muß", formuliert Mock die Position seiner Partei. „Es soll eine Chancengleichheit im Sinne der Startpositionen geben, aber wir überlassen es dann dem Engagement, der Leistungsfähigkeit und den Interessen des einzelnen, bestimmte Positionen in Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft oder auch Politik zu erreichen". Die Leistungsfeindlichkeit der Sozialisten sei ihm nicht nur unverständlich, sie sei auch „pervers", weil etwa Posten, die nach Leistungskriterien vergeben würden, dann doch nur nach Parteibuch, Gesinnung oder Herkunft verteilt werden könnten.

Mit bemerkenswerter Klarheit unterstreicht Mock die „starke antikommunistische Haltung" der ÖVP, die diese Partei immer – auch zur Zeit der sowjetischen Besatzung in Österreich – vertreten habe. „Als Demokrat bin ich verpflichtet, mich mit undemokratischen Systemen auseinanderzusetzen, ganz gleich, ob es sich um eine linke oder rechte Diktatur handelt". Es sei skandalös, wenn einige sozialistische Parteien am liebsten jede Woche gegen Pinochet demonstrieren wollten, sich aber „bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit den östlichen Diktaturen arrangierten" – nur weil letztere geographisch näher und womöglich gefährlicher seien.

Trotz ihrer prinzipienfesten Haltung habe die ÖVP bereits in den fünfziger und sechziger Jahren mit kommunistischen Staaten „realistische staatliche Beziehungen" aufbauen können. Mock: „Ich habe sogar den Eindruck, daß die Vertreter des realen Sozialismus jene Gesprächspartner im Westen, die klar zu eigenen ideologisch-politischen Positionen stehen, ernster nehmen, als solche, die sich in opportunistischer Weise als verirrte Brüder anbiedern".

Mein mir so sehr nahestehender Bruder, mein lieber Schwager, unser fürsorglicher Onkel

Dr. jur. Manfred Lohmann

ist am 5. Oktober 1986 nach schwerer Krankheit im 56. Lebensjahr für immer eingeschlafen.

Seine ganze Schaffenskraft, sein Denken und Handeln galten seiner beruflichen Aufgabe.

In tiefer Trauer

Ursula Freifrau von Rotberg geb. Koppe-Lohmann

Arnold Freiherr von Rotberg, Brig.-General a. D.

Beatrix Freiin von Rotberg

Alexandra Freiin von Rotberg

8012 Ottobrunn b. München
Hohenbrunner Straße 20c

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Am 5. Oktober 1986 starb, für uns alle unerwartet, im 56. Lebensjahr Herr

Dr. jur. MANFRED LOHMANN

Seit der Gründung der DEG war Herr Dr. Lohmann Mitglied der Geschäftsführung unserer Gesellschaft. An der Gründung, dem Aufbau und der Entwicklung der DEG zu ihrer heutigen Bedeutung hat er sich große Verdienste erworben. Mit Engagement und ohne sich zu schonen hat er sich dieser Aufgabe gewidmet. Die Förderung des privatwirtschaftlichen Sektors in der Dritten Welt war ihm Beruf und Berufung.

Wir werden sein Wirken für unsere Gesellschaft nicht vergessen.

DEG – Deutsche Finanzierungsgesellschaft
für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH

5000 Köln 41, Belvederestraße 40

Aufsichtsrat	Geschäftsführung	Betriebsrat
WALTER SCHEEL Bundespräsident a. D.	LEUTFRIED KARENBERG HORST SCHRÖDER	URSEL HOLZ

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 10. Oktober 1986, um 11.00 Uhr im Großen Börsensaal der Industrie- und Handelskammer zu Köln, Unter Sachsenhausen 10–26.

In tiefer Trauer teilen wir den unerwarteten Tod unseres Komplementärs und Geschäftsführers

C. Jörg Ruhnke

geb. 25. August 1938   gest. 28. September 1986

mit.

Wir verlieren hiermit unseren Cousin und Freund.

Die Gesellschafter der Firma

Carl Ruhnke

Dr. Peter Ruhnke und Frau
Christopher Bullmore und Frau
Manfred Scheideler und Frau
Peter Barg und Frau
Klaus Ruhnke und Frau

Am 2. Oktober 1986 verstarb unser langjähriger

Betriebsleiter und Prokurist, Herr

Günther Kortz

nach geduldig und mit großer Tapferkeit ertragener Krankheit im Alter von 56 Jahren.

In den 23 Jahren seiner Tätigkeit für Räder-Vogel hat er durch seinen unermüdlichen Einsatz und sein ausgeprägtes Pflichtbewußtsein entscheidend zur Entwicklung und zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Unternehmens beigetragen.

Sein Engagement, sein Wissen und fachliches Können, besonders aber seine Fairneß und Menschlichkeit haben ihm die Achtung aller eingebracht, die mit ihm zusammengearbeitet haben.

Wir, seine Mitarbeiter und Kollegen in Betrieb, Verwaltung und Unternehmensführung, *sind zutiefst betroffen.*

Wir trauern um einen Menschen, dem wir alle großen Dank schulden und dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Inhaberin, Geschäftsleitung und die Mitarbeiter der Firma

RÄDER-VOGEL
2000 Hamburg 1, Amsinckstraße 45

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 10. 10. 1986, 13.00 Uhr, Hauptfriedhof Altona.

Von Beileidsbezeugungen am Grab bitten wir abzusehen.

Der Gründer und Gesellschafter unseres Unternehmens, Herr

Bauingenieur

Theo Raaf

ist gestern im hohen Alter von fast 89 Jahren abberufen worden.

Der Verstorbene hat unsere Bauunternehmung unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg aus den schwierigsten Anfängen mit fester Entschlossenheit, zähem Fleiß und Zielstrebigkeit auf der Basis seines Ingenieur-Wissens aus 20 Berufsjahren begonnen und sie zu einem fachlich anerkannten Ingenieur- und Industriebauunternehmen aufgebaut. Das Wohlergehen seiner Mitarbeiter und der Fortbestand solider, fachgerechter Bauausführung waren seine großen Anliegen. Bis zuletzt nahm er lebhaften Anteil am Firmengeschehen.

Seine Persönlichkeit und sein Vorbild sind uns Verpflichtung, das von ihm vor fast 40 Jahren begonnene Werk in seinem Sinne weiterzuführen.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied

Gesellschafter und Geschäftsführer,
Betriebsrat und Belegschaft der

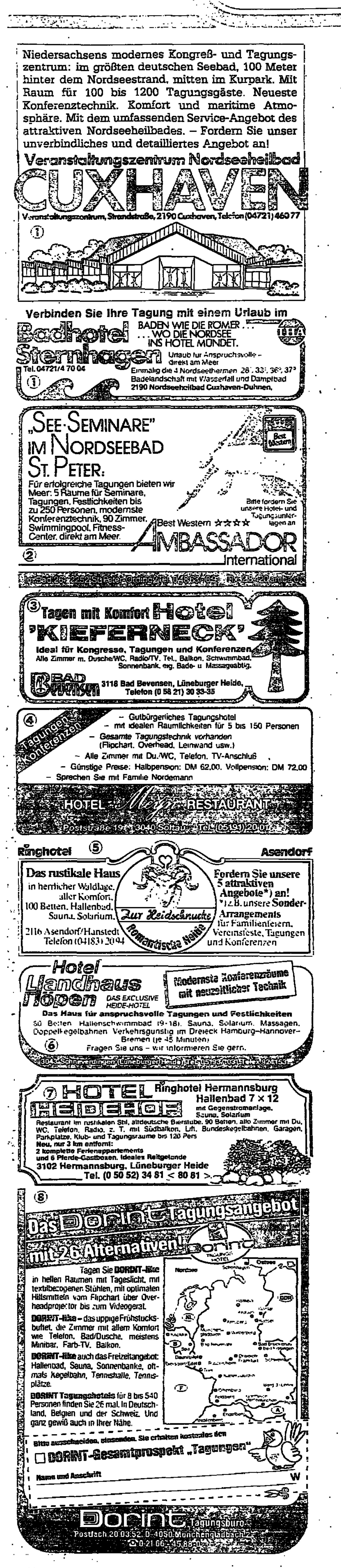
Theo Raaf Bauunternehmung
GmbH & Co. KG
Duisburg   Wesel

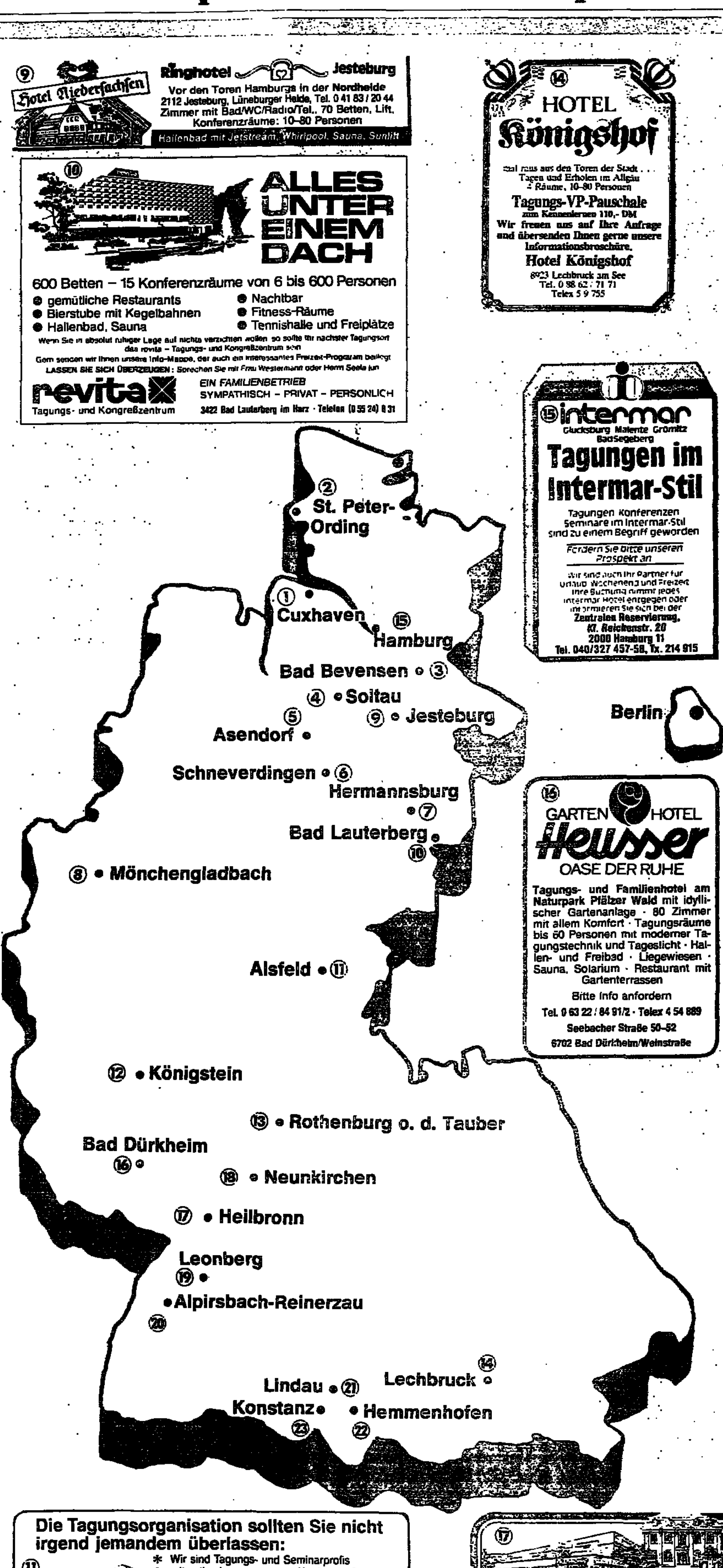
4100 Duisburg 1, Schifferstraße 5, den 6. Oktober 1986

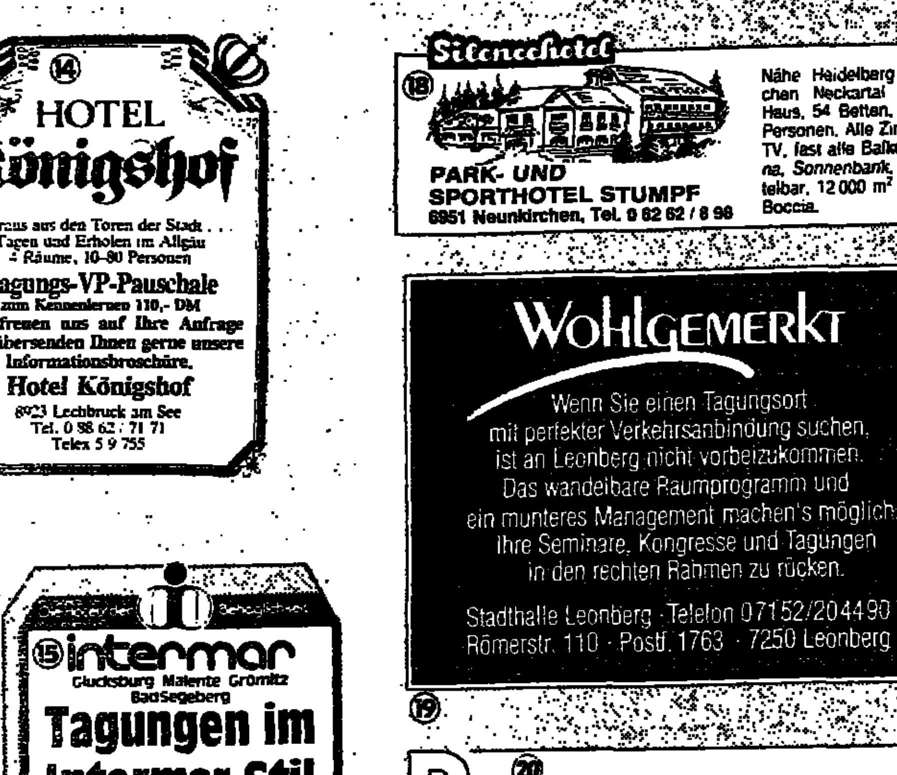
Das Seelenamt wird gehalten am Donnerstag, dem 9. Oktober 1986, um 8.00 Uhr in der Pfarrkirche St. Michael, Mülheim-Speldorf, Schumannstraße 17.

Die Beisetzung findet anschließend um 10.00 Uhr auf dem Friedhof Mülheim-Speldorf, Friedhofstraße, statt.

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz – Orte und Hotels in der Bundesrepublik Deutschland empfehlen sich.







⑲

⑳ HOTEL REINERZAU

500 m über N.N.

Familien- und Tagungshotel in ruhiger Lage des Nordschwarzwaldes.

85 Zimmer, davon 12 DZ, 3 App., alle Zimmer sind mit Dusche/WC, Balkon, Durchwahltelefon und Radiowecker ausgestattet. ÜF DM 55.–

4 Tagungsräume für 15–65 Personen, dazu Gruppenarbeitsräume und ein kompl. Angebot der Medien stehen zu Ihrer Verfügung.

Unser Frühstücksbuffet und Speisenangebot werden gelobt.

Zur Freizeitgestaltung bieten wir Ihnen: Hallenschwimmbad, Sauna, Solarium und Billard.

Wir würden uns freuen, Sie in unserem Hause begrüßen zu dürfen. Die Belegschaft des HOTEL REINERZAU

7297 Alpirsbach-Reinerzau
Tel.: 07444/6130

㉑

INSELHALLE LINDAU — IHR HAUS FÜR ALLE FÄLLE

Unser neues Schmuckstück, direkt am See
In Stuhlreihen 1100 oder an Tischen 800 Sitzplätze
Halle in 3 Sälen teilbar, mit Bühne, Foyer, Nebenräumen, Restaurant-Café, Seeterrasse (Pächter: Hubert Hübler)
Tiefgarage, großer Omnibus-Parkplatz.

LINDAU – Ferieninsel und internationale Tagungsstadt
3400 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Ferienwohnungen und Privatzimmern

Auskunft:
Verkehrsverein, 8990 Lindau (B), Tel. 0 83 82 / 40 35 + 50 22

LINDAU BODENSEE

㉒ KUR-UND SPORTHOTEL HÖRI

D-7766 Hemmenhofen
Bodensee Tel. 0 75 35 / 81 10

bietet wirklich »Alles unter einem Dach« und damit den Rahmen für eine erfolgreiche Tagung in ruhigster Lage direkt am See. Unsere Häuser sind bestens geeignet auch für Meetings auf Direktionsebene. Alle technischen Einrichtungen sind vorhanden.
In rustikaler Landhausatmosphäre verwöhnen wir Sie mit feiner, leichter Küche und Spezialitäten der Bodenseelandschaft. Zimmer mit Bad, Du., WC, TV und Telefon.
Freizeitangebote: Reithalle, Tennis, Wassersportschule, Hallenbad, Sauna, Schönheitsfarm, Naturheilpraxis u. a.

Unsere Tagungsmappe informiert Sie über alles.

Die Tagungsorganisation sollten Sie nicht irgend jemandem überlassen:

⑪



- * Wir sind Tagungs- und Seminarprofis
- * mit optimal ausgestatteten Konferenzräumen
- * mit komplettem Tagungsequipment
- * mit ruhiger Lage, mitten in Deutschland
- * mit seminargerechter Ernährung
- * mit Tennishalle, Schwimmbad, Sauna
- * mit Kegelbahnen, Solarium, Massage

Lassen Sie uns Ihr Partner sein!

Best Western – SPORTHOTEL VOGELSBERG
Kneippstraße 1, 6320 Alsfeld/Romrod, Telefon (0 66 36) 8 90

Eine sehr gute ADRESSE …

… für erfolgreiche Arbeitsessen, anspruchsvolle Konferenzen, Seminare, Tagungen, Festivitäten und als Standquartier im Rhein-Main-Gebiet.

Im ehemaligen Rothschild-Palais, mitten in einer idyllischen Parklandschaft (100 000 m², Südlage) bieten wir Ihnen eine Oase der Ruhe, um gute Gespräche zu führen, konzentriert arbeiten, kreativ schaffen – aber auch „atmosphärisch" im niveauvollen Rahmen feiern zu können. Bei Ihren Geschäftsreisen finden Sie hier ein Refugium abseits vom Alltag und doch „nur einen Katzensprung" (verkehrsgünstig gelegen!) vom Raum Frankfurt–Mainz–Wiesbaden entfernt. Und unsere Küche, die Konditorei, der Weinkeller – vielgerühmt im Rhein-Main-Gebiet – stellen auch den Feinschmecker zufrieden. Wir erwarten Sie gern mit vorbildlicher Gastlichkeit …

⑫ … im zauberhaften Hotel im Park

SONNENHOF

Falkensteiner Straße 7–9 · 6240 Königstein/Ts.
Heilklimatischer Kurort
Telefon (0 61 74) 30 51 · Telex 04-10 636
Fordern Sie – bitte – unseren Hausprospekt an!

⑬



Reisen
Rasten
Rothenburg

HOTEL GOLDENER HIRSCH
Rothenburg ob der Tauber
Komfort und Ruhe über dem Taubertal
Restaurant: Die Blaue Terrasse
145 B Tagungsräume · Garagen u. P
Telefon 0 98 61/20 51 Telex 06-1 372

⑰



»… man soll die Tagung nicht vor dem Abend loben.«

Dann tagen Sie doch in Heilbronn.

Denn einerseits:
- Verfügen wir in Heilbronn über ausgezeichnete Räumlichkeiten für Tagungen, Symposien, Schulungen und Konferenzen, Ausstellungen usw.,
- passend für 18 bis 1800 Personen
- Unterstützen wir Sie bei der Organisation
- und halten adäquate Hotelzimmer bereit

Andererseits:
- Sorgen unsere Gastronomien bestens für Ihr leibliches Wohl. Von schwäbisch-rustikal bis international-exquisit.
- laden gemütliche Gast- und Weinstuben zum Entspannen und Kennenlernen nach »Feierabend« ein.
- lernen Sie uns in unseren »Besenwirtschaften« von der besten Seite kennen.
- Ist Heilbronn und seine herrliche Umgebung für Damen- und Beiprogramme geradezu prädestiniert.

Unser Raumangebot:
FESTHALLE HARMONIE
Räume für 30 bis 1800 Teilnehmer. Mit großer Tiefgarage. Nur 5 Minuten vom Hauptbahnhof.

BÜRGERHAUS BÖCKINGEN:
Der ideale Treffpunkt für Veranstaltungen mit 25 bis 500 Gästen. Tiefgarage.

DAS SCHIESSHAUS:
renoviertes Kleinod aus dem Rokoko. Der stilvolle Rahmen für festliche Empfänge und Veranstaltungen bis 140 Personen. Parken ist kein Problem.

Außerdem:
Steht eine große Anzahl von Räumlichkeiten in allen Größen und Variationen in den hervorragend geführten Hotels unserer Stadt für Sie bereit. Bitte fragen Sie an!

Heilbronn

Verkehrsamt der Stadt Heilbronn · Rathaus · 7100 Heilbronn
Telefon (0 71 31) 56 22 65 – 66 · Telex 7-28 630

㉓



Kasparows Wandlung vom Künstler zum Pragmatiker

Der jüngste Weltmeister der Schach-Geschichte, Garri Kasparow, behält nach dem Revanche-Wettkampf gegen Anatolij Karpow seinen Titel. Die Erwartung der Schach-Öffentlichkeit, daß der Titelträger auch eine neue Ära des Weltschachs einleiten könnte, scheint sich allerdings nicht zu erfüllen.

Kasparow spielte in diesem dritten Wettkampf weniger überzeugend als in der letzten Phase des ersten Titelkampfes und im ganzen zweiten Wettkampf gegen Karpow. Nachdem er eine klare Drei-Punkte-Führung in der 17. bis 19. Runde verspielt hatte, wurde der Zweikampf in seiner letzten Phase dramatisch. Die Entscheidung fiel in der 22. Partie, die Karpow deutlich unter seiner Stärke spielte. Kasparows Sieg war vor allem deshalb nicht sehr überzeugend, weil er in einigen Partien nur durch grobe Fehler seines Gegners Punkte machte. Eine Niederlage wäre nach dem Verlauf einzelner Partien keine Überraschung gewesen.

Kasparows Stil hat sich in der letzten Zeit verändert. Es ist nicht mehr das phantasievolle Spiel eines hochbegabten Taktikers, der kein Risiko scheute und in der Partie überraschende, neue Ideen suchte, wie noch vor zwei Jahren. Er hat sich in seinem Spiel von einem Künstler zu einem Pragmatiker gewandelt.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Stil im Schach mit der Persönlichkeit des Spielers eng zusammenhängt. Kasparow kann den Schachpsychologen als überzeugendes Beispiel dienen. Denn er ist auch nicht mehr der junge Mann, der während und noch kurz nach dem ersten Wettkampf völlig unkonventionelle Ansichten äußerte, der als selbständig denkender Geist galt. Er ist neuerdings der Partei beigetreten, verschaffte sich seine Protektoren in der politischen Führung der Sowjetunion und seine treue Gefolgschaft in der sowjetischen Schach-Föderation. Der Wettkampf war für ihn – so wie es im sowjetischen Schach schon immer gewesen ist – nicht nur ein Kampf um sportlichen Erfolg, sondern auch um den Einfluß im Verband, der verschiedene Vorteile sichert.

Und damit ist auch der ungewöhnliche Verlauf der zweiten Hälfte des Wettkampfes zu erklären, die in Leningrad stattfand. Kasparow reichte der Drei-Punkte-Vorsprung nicht. Um seinen Gegner endgültig zu entmachten, wollte er hoch gewinnen, überschätzte dabei aber sichtbar seine Kräfte und stellte zeitweise seinen Sieg in Frage. Und mit den Verhältnissen im sowjetischen Schach läßt sich auch

STAND ● PUNKT

erklären, warum Karpow in der 23. Partie nicht alles riskierte, um mindestens eine kleine Siegeschance bis zum Schluß zu behalten: Aus „schachpolitischen Gründen" konnte er sich eine hohe Niederlage nicht erlauben, eine knappe dagegen wohl, denn die bedroht nicht ernsthaft seine Machtposition.

Es ist kein Zufall, daß gerade während dieses Wettkampfes wieder einmal Berichte über eine angeblich geplante Rückkehr von Bobby Fisher in die Schach-Arena aufgetaucht sind. Da wird von einem Helden geträumt, der eine neue Ära einleiten, der auch die Langeweile ständiger Titelkämpfe zwischen Vertretern des gleichen Landes beenden könnte.

Nur wird es leider Fisher kaum sein – seine Zeit ist abgelaufen. Überhaupt ist im Westen noch kein Bewerber um den höchsten Titel zu erkennen. Alle, die in den letzten Jahren im Gespräch waren, haben schließlich enttäuscht. Vielleicht muß man mit der Suche unter den jetzt 16jährigen beginnen, um eine künftige neue Ära des Weltschachs vorzubereiten. Warum eigentlich nicht in unserem Lande?

LUDEK PACHMANN

Remis in der entscheidenden Partie

L. P. Bonn

Die 23. Partie der Schach-Weltmeisterschaft in Leningrad endete remis. Beim 12:11 für Weltmeister Garri Kasparow behielt dieser seinen Titel, da ihm ein Unentschieden reicht. Dennoch wird heute die 24. und letzte Partie gegen Anatoli Karpow ausgetragen. Denn im Falle eines Gleichstandes müßte der Weltmeister die Siegprämie teilen. Karpow verlor seine Chancen auf die Rückeroberung des Titels praktisch durch die Niederlage in der 22. Runde – offenbar auch ein Grund dafür, daß die 23. Partie zur Enttäuschung des Publikums sehr ruhig verlief.

Die Notation (Weiß Karpow – Damen-Indisch): **1.Sf3 Sf6, 2.c4 b6, 3.g3 ...**

Offenbar möchte Karpow nach Lb7 4.Lg2 e6, 5.d4 die Hauptvariante der Damen-Indischen Verteidigung erreichen und die bei der Zugfolge 1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 b6, 4.g3 häufige Entwicklung La6 vermeiden. Aber Kasparow verhindert dies:

3. ... c5, 4.Lg2 Lb7, 5.0-0 g6, 6.d4 ...

Noch weniger verspricht die symmetrische Entwicklung 6.b3 Lg7, 7.Lg2 0-0, 8.Sc3 d5, 9.Sxd5 Sxd5, 10.Lxg7 Kxg7, 11.cxd5 Dxd5, 12.d4 Sa6! usw.

6. ... cxd, 7.Dxd4 Lg7, 8.Sc3 d6, 9.Td1 Sbd7,

Um den Lb7 aktiv zu halten, verzichtet Schwarz auf die natürliche Entwicklung 9. ... Sc6 – Weiß hätte mit 10.Df4 0-0, 11.e4 Raumvorteil.

10.b3 Tc8, 11.Lb2 0-0, 12.De3 Te8, 13.Tac1 a6, 14.La1 Tc5, 15.a4 Da8, 16.Se1 Tf5!?,

Verbunden mit der Drohung Sg4. Der schwarze Turm muß aber bald zurückkehren – ein Manöver ohne viel Sinn.

17.LxLb7 Dxb7, 18.f3 h5, 19.Sg2 Tc5, 20.Lb2 Tec8, 21.La3 Se5, 22.Tb1 Se6, 23.Dd3 Sc7!,

Weiß hat Raumüberlegenheit, aber mit diesem Zug bereitet Schwarz den befreienden Vorstoß b7 b5 vor.

24.Sf4 b5, 25.cxb axb, 26.Sxb5 Sxb5, 27.Dxb5 Dxb5, 28.axb5 Tb8, 29.Lb2 Tb7,

Jedoch nicht 29. ... Txb5?, wegen 30.Lxf6 Lxf6, 31.Sd5 mit den zwei für Schwarz unangenehmen Drohungen 32.Sxf6+ und 32.Sc7.

30.b6 Teb8, 31.b4 Sd7, 32.Lxg7 –

Hier wurde Remis gegeben. Nach Kxg7 erobert Schwarz den Bauern zurück, und Weiß muß aufpassen, um nicht auch b4 zu verlieren.

FUSSBALL / Der rasche Abstieg des Torwarts Walter Junghans: Vom Kapitän zum Ersatzspieler

„Für mich ist das Kapitel Schalke abgeschlossen. Ich wäre blöd, wenn ich hier noch eine Basis sähe"

ULLA HOLTHOFF, Bonn

Er galt einmal als größtes Torwart-Talent der Fußball-Bundesliga. Walter Junghans (27) war Jugendnationalspieler und 1980 Teilnehmer an der Europameisterschaft in Italien. Die hohen Erwartungen aber hat er nie ganz erfüllt. 1982 kam er vom FC Bayern München zum FC Schalke 04. Dort wurde er trotz anfänglicher Schwächen Stammspieler und in dieser Saison sogar Mannschaftskapitän. Nach nur neun Spieltagen wurde Junghans jetzt von Trainer Rolf Schafstall auf die Ersatzbank verbannt, der Klub sucht einen neuen Torwart, und Präsident Hans-Joachim Fenne sagte nach der 2:4-Heim-Niederlage gegen den 1. FC Köln: „Es muß etwas geschehen. Unseren Kunden können wir das nicht länger zumuten." Beim Meisterschaftsspiel am Samstag in Nürnberg wird erstmals der langjährige Ersatzmann Pavel Macak im Tor stehen. Die WELT sprach mit Walter Junghans.

WELT: Herr Junghans, Sie kommen gerade vom Training. Was hat Trainer Schafstall Ihnen gesagt?

Junghans: Nicht viel. Meine Situation ist ja allgemein bekannt.

WELT: Heißt das, daß der Trainer Ihnen seine Entscheidung nicht persönlich erläutert hat?

Junghans: Nein. Er hat mir nur gesagt, daß er mit uns, also mit Pavel Macak und mit mir, weiterhin planen wird und daß er von selbst bezüglich eines neuen Torwarts nichts unternehmen wird.

WELT: Und damit geben Sie sich zufrieden?

Junghans: Was soll ich denn tun? Für mich ist das Kapitel Schalke abgeschlossen. Wenn Präsident Fenne schon in der Zeitung erklärt, ich sei unzumutbar, dann müßte ich ja ganz blöd sein, wenn ich hier noch eine Basis sähe. Und der Trainer gibt mir auch keine Rückendeckung.

WELT: Sie sehen sich schon konkret nach einem neuen Verein um?

Junghans: So konkret habe ich mir noch keine Gedanken gemacht. Das kam alles so überstürzt. Meine Situation hat sich ja erst vor zwei Tagen geändert. Die Saison hatte für mich gut angefangen. Bis zu diesen beiden Fehlern in Stuttgart und jetzt gegen Köln. Selbst wenn es spielentscheidende Fehler waren, bin ich nicht damit einverstanden, daß ich jetzt der alleinige Sündenbock sein soll.

WELT: Wie wollen Sie sich denn dagegen wehren?

Junghans: Das ist fast unmöglich hier. In Schalke ist das alles sehr extrem. Der öffentliche Druck ist enorm hoch und die Enttäuschung nach der Niederlage war doppelt groß, weil wir im Falle eines Sieges jetzt vielleicht Tabellendritter sein könnten. Bei dem Gedanken daran sind die hier alle schon wieder ausgeflippt. Und da ich schon in den letzten Jahren immer der Sündenbock war, wenn etwas schief lief, war es das naheliegendste, mir auch jetzt wieder die Schuld zu geben. Die Stimmungsmache gegen mich ist ja bekannt.

WELT: Wer macht Stimmung gegen Sie?

Junghans: Das weiß ich nicht genau. Zum Teil kommt das sicher vom Publikum. Wenn man sogar im eigenen Stadion mit „Junghans raus"-Rufen im negativen Sinn angefeuert wird, dann läßt das keinen kalt.

WELT: Ist die nervliche Belastung so groß, daß Sie deshalb immer wieder Fehler machen?

Junghans: Die anderen Torwarte machen auch oft Fehler, auch der Toni Schumacher im Spiel gegen uns. Aber mir wird dann immer sofort Nervenschwäche nachgesagt.

WELT: Was werden Sie jetzt tun?

Junghans: Jetzt setze ich mich erst mal auf die Bank und erfülle meinen Vertrag. Das heißt, ich trainiere voll mit und warte in Ruhe ab. Natürlich mache ich mir meine Gedanken.

WELT: Und was denken Sie?

Junghans: Im Moment denke ich: Alles Scheiße. Wenn eine Minute früher abgepfiffen worden wäre vor der Halbzeit und wir nicht noch das Tor kassiert hätten, dann hätten wir vielleicht doch gewonnen und wären jetzt Dritter und alles würde im Freudentaumel versinken. Statt dessen werde ich es jetzt sogar schwer haben, einen neuen Verein zu finden. Es gibt in der Bundesliga wahrscheinlich keinen Verein mehr, der mich unter Vertrag nehmen will. Und ich kann ja nicht hingehen und sagen: Von jetzt an mache ich keine Fehler mehr. Aber ich warte erst mal ab.

FUSSBALL

Frankfurt und der DFB streiten um Andreas Möller

sid, Frankfurt

Er ist erst 19 Jahre alt und hat gerade neun Fußball-Bundesliga-Einsätze absolviert. Aber Andreas Möller, Nachwuchsspieler von Eintracht Frankfurt, beschäftigt schon zahlreiche Juristen, Verbands- und Vereinsfunktionäre. Heute tritt sogar das Bundesgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) zusammen.

Die Jugendabteilung des DFB und Trainer Berti Vogts fordern den Einsatz von Möller in der „U 19"-Nationalmannschaft bei der Europameisterschafts-Endrunde in Jugoslawien, wo am Samstag in Kula das Viertelfinalspiel gegen Rumänien ansteht. Praktisch zur gleichen Stunde wird aber das Bundesliga-Spitzenspiel zwischen Eintracht Frankfurt und Bayern München angepfiffen.

„Die 60 000 Zuschauer haben einen Anspruch darauf, die beste Eintracht-Mannschaft zu sehen, und dazu gehört sicher Andy Möller", sagt Eintracht-Präsident Klaus Gramlich. So fordert der Verein per Einstweiliger Verfügung vom DFB, den torgefährlichen Mittelfeldspieler von der Reise freizustellen. Nach dem Lizenzspielerstatut kann der DFB auf der Freistellung bestehen. Bernd Pfaff, Leiter der DFB-Jugendabteilung, erklärte, Möller werde gesperrt, wenn ihn der Verein nicht für die DFB-Auswahl abstellen sollte.

Pikant wird das Problem dadurch, daß Dietrich Weise als Eintracht-Trainer und langjähriger DFB-Jugendcoach in den Fall verwickelt ist. „Es ist ein Armutszeugnis für einen Bundesligaklub, wenn er auf einen 18jährigen nicht verzichten kann." Diesen Satz prägte Weise, als er selbst noch mit den Vereinen um die Freistellung ringen mußte.

HOCKEY-WM / Zweite Niederlage für Pakistan

Ein Team von Ästheten wirkt ratlos und konfus

dpa, London

Nicht nur die Pakistani trauerten. Kaum ein Zuschauer im Londoner Willesden-Stadion konnte sich über den 2:1-Erfolg von Europameister Niederlande im Vorrundenspiel der Hockey-Weltmeisterschaft über den dreimaligen Weltmeister und Olympiasieger Pakistan freuen. Beide Mannschaften hatten das bislang mit Abstand beste Spiel des Turniers geboten. Doch für die Hockey-Künstler aus Pakistan bedeutete es nach der 1:3-Niederlage gegen Argentinien, daß sie bei der sechsten WM wahrscheinlich erstmals nicht das Halbfinale erreichen.

Noch mag niemand so recht daran glauben, doch geahnt hatten es viele. Nach dem Olympiasieg 1984 hatte die Überlegenheit der Hockey-Ästheten ständig abgenommen. Die vergangenen 14 Tage gerieten für sie zum Alptraum: Bei den Asienspielen unterlagen sie erstmals gegen Malaysia und Südkorea. Jetzt in London verloren sie nach sieben Siegen und 41:3 Toren auch gegen Argentinien. Zweimal erst hatten die wendigen Asiaten bei Weltmeisterschaften nicht gewonnen, beide Male war der Titelträger immerhin Indien und kein namenloser Außenseiter.

Jahrzehntelang haben die Inder und die Pakistani mit ihrer Technik die Hockey-Welt beherrscht. Heute, begünstigt durch den Kunstrasen, kann auch die technisch schlechteste Mannschaft mithalten. Ausdauer und Kampfkraft entscheiden das Spiel, und das waren noch nie die Stärken der Asiaten. „Wir sind die Besten und wir gewinnen" – mit dieser Einstellung wurden die Spieler jahrelang auf den Platz geschickt. Die Mannschaftsbesprechungen dauerten nur eine Minute. Taktische Varianten gab es nicht, und ihr Spielsystem (zwei Verteidiger, drei Mittelläufer, fünf Stürmer) ist veraltet. Dazu kommen die mangelhafte Betreuung und das nicht ausreichende Training, auch wenn die Spieler täglich auf dem Platz stehen müssen.

„Seit Januar haben wir zehn Tage frei gehabt. Wir wachen mit dem Gedanken ans Hockey auf und wir schlafen damit ein", sagte in Aktiver, „wir können den Hockeyschläger nicht mehr sehen." Der wertvollste Lohn der Plackerei ist eine gesicherte Zukunft – wenn sie den Hockey-Schläger an den Nagel hängen dürfen.

Die Verantwortlichen reagieren auf die schlechten Ergebnisse konfus. Ihre erste Reaktion ist noch mehr Training. Und damit geht die Spielfreude, von der das Spiel der Pakistani lebt, ganz verloren. Vor den Asienspielen ließen sie ihren besten Stürmer Hassan Sardar, Torschützenkönig in Los Angeles, aus disziplinarischen Gründen zu Hause. Nach London ließen sie ihn einfliegen, setzten ihn gegen Argentinien 35 Minuten lang ein, und als er nicht die erwartete Leistung brachte, fand er sich auf der Bank wieder. In sechs Monaten hatte das Team fünf verschiedene Trainer.

Die Probleme beginnen beim Nachwuchs: 1979 wurden die pakistanischen Junioren noch Weltmeister, 1982 und 1985 nur noch Dritter. Beide Male siegte das deutsche Nachwuchsteam. Die Entwicklung ist an den Pakistani vorbeigegangen, doch sie wollten es nicht wahrhaben. Vielleicht brauchten sie die Schmerzen der Niederlagen, um zu erkennen, daß Schön-Spielen allein nicht mehr reicht.

EISHOCKEY

Bundesligaklubs hoffen auf neuen Fernseh-Vertrag

dpa, München

Die lange Winterpause der Fußball-Bundesliga von Mitte Dezember bis Ende Februar macht's möglich. Schon vom 5. Dezember an werden voraussichtlich Spiele der Eishokkey-Bundesliga häufiger im Fernsehen übertragen. Die Verhandlungen mit den beiden TV-Anstalten ARD und ZDF über einen neuen, bis zur Saison 1990/91 laufenden Vertrag sind abgeschlossen.

Wichtigster Punkt: Statt bisher am Freitag und Sonntag wird die Bundesliga am Mittwoch und Samstag spielen. Dabei soll am Mittwochabend von 22 Uhr an ein Punktspiel in voller Länge als Aufzeichnung gesendet werden. „Ich gehe davon aus, daß in den nächsten vier Wochen der Vertrag unterzeichnet werden wird", sagte gestern Bundesliga-Sprecher Sepp Pflügl.

Die Klubs der Zehnerliga erwarten größere Popularität und hoffen durch die stärkere TV-Präsenz auch in den regelmäßigen Sportsendungen auf zahlungskräftige Sponsoren und höhere Werbegelder. Angenommen wurde der Vorschlag der Bundesliga, wonach die Spieler sowohl auf dem Trikot als auch auf dem Helm Werbeaufschriften tragen dürfen. Akzeptiert werden dürfte auch die Forderung nach höherem TV-Honorar. Statt bisher 460 000 Mark für die Liga werden 660 000 Mark verlangt, die auf die Vereine zu gleichen Teilen verteilt werden.

Derzeit laufen noch Verhandlungen mit den Privatsendern SAT 1 und RTL plus: „ARD und ZDF haben das Auswahlrecht aus zwei Spielen", sagte Pflügl, „die restlichen drei können wir den privaten Fernsehstationen anbieten."

NACHRICHTEN

Becker bleibt Dritter

New York (sid) – Wimbledonsieger Boris Becker wird in der aktuellen Tennis-Weltrangliste weiter auf Rang drei hinter Ivan Lendl (CSSR) und Mats Wilander (Schweden) geführt. Der Amerikaner John McEnroe ist Zehnter. Eric Jelen (Neuss) fiel um einen Rang auf Platz 34 zurück.

Bronze für Rauch

Sidney (dpa) – Der Münchner Waldemar Rauch belegte bei den Karate-Weltmeisterschaften in Sidney Rang drei im Kumite-Schwergewicht. Der Europameisterschafts-Zweite Toni Dietl wurde disqualifiziert.

Audi kehrt zurück

Ingolstadt (dpa) – Der Automobil-Hersteller Audi wird sich 1987 wieder an der Rallye-Weltmeisterschaft beteiligen. Das Werk hatte sich im Mai dieses Jahres nach schweren Unfällen bei WM-Läufen in Portugal und Korsika zurückgezogen.

Handball: Leichte Gegner

Basel (sid) – Bei der Auslosung des Achtelfinales (10. und 17. Oktober) in den Handball-Europapokal-Wettbewerben erhielten die Bundesliga-Klubs leichte Gegner: Pokal der Meister: TuSEM Essen – USM Gagny. Pokalsieger: MTSV Schwabing – DFS Sofia, IHF-Pokal: ATSE Graz – VfL Gummersbach.

Luton Town verzichtet

London (sid) – Fußball-Erstligaklub Luton Town hat es abgelehnt, an der der zweiten Runde des englischen Liga-Cups teilzunehmen. Der Verein war vom Wettbewerb ausgeschlossen worden, weil er sich in der ersten Runde geweigert hatte, Fans der Gastmannschaft Einlaß zu gewähren, um Ausschreitungen zu vermeiden. Die Konferenz der Liga-Klubs hatte Luton jetzt eine Rückkehr unter der Auflage ermöglichen wollen, auf neutralem Platz zu spielen.

ZAHLEN

HOCKEY

Weltmeisterschaft der Herren in London, dritter Spieltag, Gruppe A: England – Argentinien 2:1, UdSSR – Neuseeland 1:0, Pakistan – Holland 1:2.

TENNIS

Daviscup, Finale der Asienzone: Südkorea – Japan 3:0. – **Grand-Prix-Turnier** der Herren in Toulouse (175 000 Dollar), erste Runde: J. Brown (USA) – Schwaier (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 6:4, di Laura (Peru) – Rittersbacher (Bundesrepublik Deutschland) 4:6, 6:3, 7:5, Schapers (Niederlande) – Tim Wilkinson (USA) 6:3, 7:6, Pimek (CSSR) – Champion (Frankreich) 6:3, 6:4, Hlasek (Schweiz) – Bardot (Frankreich) 6:3,6:3. – **Grand-Prix-Turnier** der Damen in Zürich (150 000 Dollar), erste Runde: Graf (Bundesrepublik Deutschland) – Tauziat (Frankreich) 6:1, 6:2, Huber (Österreich) – Budarova (CSSR) 6:3, 6:4, Maleeva (Bulgarien) – Goles (Jugoslawien) 6:3, 3:6, 6:4. – **Turnier** der Damen in Taipeh (50 000 Dollar), erste Runde: Probst (Bundesrepublik Deutschland) – A. M. Fernandez (USA) 6:3, 6:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 756 589,60 Mark, 2: 97 588,20, 3: 6311,00, 4: 104,30, 5: 8,40. – **Toto:** Klasse 1: 30 335,50 Mark, 2: 1151,20, 3: 96,20. – **Auswahlwette „6 aus 45"** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 1 537 684,55 Mark, 2: unbesetzt, Jackpot: 85 740,85, 3: 6539,50, 4: 122,90, 5: 9,70. – **Rennquintett, Rennen A:** Klasse 1: 1371,40 Mark, 2: 279,80. – **Rennen B:** Klasse 1: 1142,80 Mark, 2: 298,10, Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot: 91 887,40 Mark. (Ohne Gewähr)

SPD nimmt US-Kongreß zum Vorbild

p. p. **Bonn**

Die SPD hat sich die vom US-Kongreß gegen das Veto von Präsident Reagan beschlossenen Sanktionen gegen Südafrika inhaltlich zu eigen gemacht. Mit einem Antrag im Bundestag fordert sie die Bundesregierung auf, das gleiche Sanktionspaket zu verhängen wie der Kongreß. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke: „Dann werden wir sehen, ob der Bundeskanzler das auch für Anti-Amerikanismus hält."

Ehmke sprach auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf der Kanzlerkandidat Johannes Rau sich zuvor als „beschämt und betroffen" darüber bezeichnet hatte, daß der US-Kongreß „uns lehren muß, was eigentlich fällig ist". Die Zeit für Reformen in Südafrika sei endgültig abgelaufen. Jetzt bleibe nur noch die Abschaffung der Apartheid.

Rau hatte seine Erklärung zu Südafrika eingebunden in einen Grundsatzvortrag über Entwicklungshilfe-Politik. Dabei beklagte er das „Scheuklappen"-Denken, das immer noch weithin das Verhältnis der Industrie- zu den Dritte-Welt-Ländern präge: *Alles werde auch hier in* das Schema des Ost-West-Konfliktes gepreßt, Entwicklungshilfe kurzsichtig vom politischen Wohlverhalten der Empfänger abhängig gemacht.

Peres will das „Klima des Dialogs" bewahren

Empfehlung an Shamir / Der Abschied von der Knesset

hav./AP, **Jerusalem**

Eine Woche vor dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ämtertausch mit Außenminister Yitzhak Shamir hat sich gestern Premier Shimon Peres von der Knesset verabschiedet. Er zählte dabei „erfüllte Versprechungen" seiner Regierung in ihren 25 Amtsmonaten auf. „Wir versprachen, die Wirtschaft zu stabilisieren, und die Inflation ist gefallen. Die Devisenreserven sind um 30 Prozent, der Export ist um 1,5 Milliarden Dollar gestiegen."

Mit Genugtuung betonte Peres die enge Freundschaft mit den Vereinigten Staaten: „Strategische Zusammenarbeit ist von der Theorie in die Praxis übertragen worden, die Freihandelszone mit den USA besteht."

Peres sagte, Israel habe eine Sonderhilfe von 1,5 Milliarden Dollar erhalten. *Der Bau einer großen Relais-*Station für die „Stimme Amerikas" sei vereinbart worden. „Außerdem hat sich unser Land SDI angeschlossen." Ganz besonders hob Peres den Dank hervor, den Israel Präsident Reagan, Vizepräsident Bush und Außenminister Shultz schulde.

Er wies darauf hin, daß auch die Beziehungen mit Ägypten deutlich verbessert worden seien. Die Ernennung eines ägyptischen Botschafters in Tel Aviv beweise die Wiederaufnahme des Dialogs. Eine neue Epoche habe jetzt begonnen.

Peres ersuchte seinen Nachfolger Shamir, das „Klima des Dialogs" mit gemäßigten arabischen Staaten zu bewahren. Zur Aufnahme von Nahost-Friedensgesprächen hält Peres nur noch ein internationales Forum und eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation für erforderlich. Bei einem Treffen mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak hatte der israelische Regierungschef im September der Bildung eines Ausschusses zugestimmt, der eine internationale Nahost-Konferenz vorbereiten soll.

Eine solche Konferenz wird von Shamir aber abgelehnt. An die Koalitionspartner vom Likudblock gewandt, die israelische Zugeständnisse vor Friedensgesprächen verweigern, sagte Peres: „Einen einseitigen Frieden gibt es nicht. Es ist keine Schande, dies zu bedenken." Anders als bei vielen seiner politischen Knesset-Reden wurde Peres diesmal von keinem einzigen Zwischenruf unter*brochen. Die Knesset war erwar*tungsvoll still. Es schien, daß Peres die Abgeordneten beeindruckte. Er hatte seine letzte Rede sachlich und ohne Pathos vorgetragen.

Die SPD dämpft Spekulationen auf Große Koalition

p. p. **Bonn**

SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement hat sich gestern am Rande des CDU-Parteitages bemüht, alle Spekulationen um die Neuauflage einer Großen Koalition in Bonn zu beenden: „Für eine Große Koalition im Januar 1987 gibt es weder die notwendigen politischen Voraussetzungen *noch sachlichen Grund. Sie wird* nicht stattfinden." Davon unberührt bleibe allerdings das Angebot der Sozialdemokraten, „in wichtigen Fragen" mit der anderen großen Partei sachlich zusammenzuarbeiten.

SPD-Chef Willy Brandt und Kanzlerkandidat Johannes Rau selbst hatten für das Wiederaufflammen der Diskussion um eine Große Koalition gesorgt. Im Anschluß an die Präsi*diumssitzung ihrer Partei in Mün*chen hatte Rau am späten Montagabend erklärt: Er strebe zwar eine „eigene Mehrheit" an, sage aber nicht, daß keine Situation denkbar sei, in der SPD und Union nicht miteinander reden müßten. Und Brandt hatte angefügt: Wenn nach der Wahl im Januar 1987 weder die Koalition noch die SPD über eine Mehrheit im Parlament verfügen sollten, „dann *gibt es eine Reihe wichtiger Gesprä*che, zunächst beim Bundespräsidenten". Dabei schloß Brandt ebenfalls eine Große Koalition nicht ausdrücklich aus.

Die britischen Konservativen fühlen sich stark für eine dritte Amtszeit

Auf dem Parteitag Kritik am Verteidigungskonzept von Labour / Aufregung um Waffenfund

R. GATERMANN, **Bournemouth**

„Jeden Tag etwas Neues", diese Parole hatte der Vorsitzende der Konservativen Partei, Norman Tebbit, zu Beginn des Jahreskongresses in Bournemouth an die Minister der Thatcher-Regierung ausgegeben. Damit soll den Wählern klargemacht werden, daß die Partei trotz siebenjähriger Regierungszeit nicht müde geworden ist, sondern über genügend Ideen, Elan und Energie verfügt, um auch noch eine dritte Legislaturperiode erfolgreich durchzustehen. In seiner Eröffnungsrede schaute Tebbit *jedoch meistens zurück und rechnete* in der ihm eigenen Art rücksichtslos mit dem Sozialismus, dem „überholten unglaubwürdigen Credo" ab.

Am Vorabend des Kongresses hatte eine Entdeckung der Polizei für Aufregung gesorgt. Bei einer Routinekontrolle der Besucher des Highcliff-Hotels, in dem die meisten Kabinettsmitglieder einschließlich der Premierministerin abgestiegen sind, fand sie bei einem 22jährigen Mann eine Startpistole und 35 Schuß Munition. Wenig später nahmen sie einen gleichaltrigen Hotelkoch fest. Beide wurden gestern allerdings auf freien Fuß gesetzt. Offiziell heißt es, es beständen keine Verbindungen zu Terror-Organisationen.

Norman Tebbit erinnerte die Delegierten an das Jahr 1979, als Frau Thatcher das Regierungsruder übernahm. „Großbritannien war der kranke Mann Europas", man habe im Ausland sogar von der „englischen Krankheit" gesprochen. Die Konser-



Norman Tebbit

vativen hätten die Aufgabe übernommen, *die Volkswirtschaft* wieder auf gesunde Füße zu stellen. Damals hätte man in der EG am Ende der Wachstumsstatistik gelegen, „letztes Jahr waren wir an der Spitze". Die Opposition habe damals gesagt, britische Arbeiter könnten mit dem Produktivitätszuwachs der *ausländischen Mit*bewerber nicht konkurrieren. „In jedem der vergangenen fünf Jahre stieg die Produktivität in unserer verarbeitenden Industrie genauso schnell wie die in der japanischen".

Der Parteivorsitzende verteidigte die Privatisierungsstrategie und meinte zu dem Vorwurf der Labour Party, die Tories verschleuderten das Familiensilber, falls es zu teuer sei, das Silber zu behalten, sei er froh, „nie selbst etwas davon besessen zu haben". In seiner Beschreibung des „Kreuzzuges zur Rettung Großbritanniens vor den schlimmen Mißgriffen des Sozialismus" betonte Tebbit, „wir sind dort am erfolgreichsten gewesen, wo wir mehr Radikalismus und Tapferkeit gezeigt haben".

Anhand mehrerer Beispiele wandfte er sich auch gegen den neuen Moralanspruch der Labour Party. „*Der Sozialismus mag* behaupten eine moralische Theorie zu sein, aber aus Erfahrung wissen wir, daß er in der Praxis korrupt ist". Dem Labour-Führer Neil Kinnock warf er vor, eine Verteidigungspolitik zu vertreten, die den Bruch mit der NATO im Kalkül habe. Er scheine eher bereit zu sein, den Invasoren Afghanistans zu vertrauen, anstatt „unseren Alliierten in der Verteidigung eines freien *Europa*".

Reagan tritt Kritikern im eigenen Land entgegen

Vor dem Gipfel: Vorwurf der Nachgiebigkeit zurückgewiesen

FRITZ WIRTH, **Washington**

In seiner letzten öffentlichen Rede vor dem Aufbruch nach Island versuchte Ronald Reagan gestern, sich Rückendeckung an der heimischen Front zu sichern. Der US-Präsident, der sich bisher dem Vorwurf ausgesetzt sah, in seinem Umgang mit den Sowjets zu hart, aggressiv und militant zu sein, fühlt sich jetzt offenbar gezwungen, dem Eindruck entgegen*zutreten, daß er gegenüber dem Kom*munismus zu nachgiebig geworden sei. Diese Kritik kommt vor allem aus der eigenen Partei.

Reagan gab diesen Kritikern zu verstehen, daß die USA aus einer ganz anderen Position in diese Begeg*nung gehen als in vorhergegangenen* Jahrzehnten: aus einer Position wirtschaftlicher und militärischer Stärke. Zugleich versicherte er, daß er diesen Gesprächen ohne Illusionen entgegensehe.

Reagan beriet gestern mit Außenminister Shultz, Stabschef Regan und Sicherheitsberater Poindexter Strategie und Marschroute für das Treffen in Island und warnte anschließend vor zu großen Hoffnungen auf einen Erfolg in Reykjavik. „Wir hoffen", sagte Reagan, „daß unsere Gespräche nützlich und erfolgreich sein werden, dennoch werden sie nur vorbreitenden Charakter haben". Reagan nannte das Treffen in Island „das letzte *Lager vor dem Gipfel*".

Sein Stabschef Donald Regan rechnet damit, daß es in Island wie vor einem Jahr in Genf zwischen den beiden Regierungschefs Gespräche unter vier Augen für eine Dauer von etwa fünf Stunden geben werde. „Wir möchten, daß es ein geschäftsmäßiges Treffen wird. Gorbatschow hat darum gebeten; er soll es haben." Das sei im übrigen auch der Grund, warum Präsident Reagan nicht von der First Lady nach Island begleitet wird. *Gorbatschow reist bekanntlich mit* seiner Frau an.

Stabschef Donald Regan ließ im übrigen offen, ob in Island bereits ein Termin für den nächsten Gipfel in Washington festgelegt wird. „Wichtig ist nicht dieser Termin, wichtig ist, *daß wir Fortschritte auf dem Weg zu* wirklichen Reduzierungen nuklearer Waffen machen. Der Zeitpunkt des nächsten Gipfels hängt davon ab, wie schnell *die Abrüstungs-Unterhändler* in Genf mit den Instruktionen fertig werden, die sie aus Reykjavik erhalten werden", sagte Regan. Das läßt den Schluß zu, daß die USA auf dem nächsten Gipfel in Washington die Unterzeichnung eines Abrüstungsabkommens oder doch zumindest eine Zwischenlösung anstreben.

Regan betonte jedoch, daß man sich in Island von den Sowjets nicht ausschließlich auf das Abrüstungsthema festlegen lassen will. Die Tagesordnung soll auf die Bereiche der *Menschenrechte und regionaler Kri*sen ausgeweitet werden.

Papst erinnert an Pluralismus

DW. **Annecy**

Papst Johannes Paul II. hat gestern zum Abschluß seiner Frankreich-Reise Annecy besucht, um den Heiligen Franz von Sales zu würdigen, der als Schutzpatron der Journalisten gilt. Zuvor hatte der Papst vor einer Abkapselung der Katholiken gewarnt. Er erinnerte an den Pluralismus in der Kirche, wo zahlreiche Bewegungen für ihre Ziele arbeiteten. Dies beweise die Lebendigkeit der Kirche: „In einem Land, in dem viele den Glauben als eine ganz persönliche, geheime Angelegenheit betrachten, muß die Kirche auch ein sichtbares Zeichen setzen."

Private: Werbung auch am Sonntag

epd, **Düsseldorf**

Auch am Sonntag soll es im privaten Hörfunk und Fernsehen Werbesendungen geben. Dies sieht der neue Entwurf für ein nordrhein-westfälisches Landesrundfunkgesetz vor, das die *Düsseldorfer Landesregierung* derzeit vorbereitet. Danach darf Werbung an Sonn- und Feiertagen allerdings erst von 18 Uhr an gesendet werden. Um die „Vielfalt der Meinungen zu garantieren", soll zwischen Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften differenziert werden. Die Lizenzen für alle Betreiber vergibt laut Entwurf eine neue „Landesanstalt für Rundfunk".

EG geht Drogenproblem an

Mehrheit für entschiedenere Schritte zeichnet sich ab

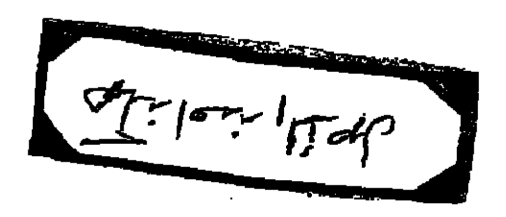
FRANZ KADELL, **Straßburg**

Nach den USA haben auch die Länder der Europäischen Gemeinschaft den Kampf gegen die Drogenkriminalität aufgenommen. Bei der Debatte zum Bericht des „Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments zum Drogenproblem" zeichnete sich gestern in Straßburg eine Mehrheit für entschiedene und koordinierte Schritte zur Bekämpfung des Drogenhandels und Drogenmißbrauchs ab. Mit der Abstimmung wird allerdings nicht vor heute abend gerechnet.

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen der Europäischen Volkspartei, der Europäischen Demokraten, der Liberalen und Demokratischen Frak*tion sowie* der Erneuerungs- und Sammlungsbewegung, der von dem britischen Konservativen Jack Stewart Clark eingebracht wurde, sieht unter anderem vor: Strengere Kontrollen bei Ein- und Ausfuhren von Chemikalien und Zwischenstoffen, die zur Drogenherstellung *benötigt* werden, Schaffung einheitlicher Leitlinien für die Verurteilung von Händlern und deren Auslieferung, Änderung der Zollbestimmungen über die Beschlagnahme von Waren sowie die Einrichtung einer nachrichtendienstlichen Zentralstelle für die Bekämpfung des Drogenmißbrauchs.

Grüne, Kommunisten und Mitglieder der Sozialistischen Fraktion einschließlich Labour- *und* SPD-Abgeordneter hatten in einem Minderheitenvotum gefordert, die EG-einheitlichen Richtlinien dürften „nicht hinter das zurückfallen, was in einzelnen Mitgliedsstaaten bereits an Liberalisierung erkämpft worden ist". Dies wäre darauf hinausgelaufen, so der EVP-Abgeordnete Brok, „Amsterdamer Zustände für die Bundesrepublik rechtsverbindlich" zu machen.

In dem Antrag der Grünen, der nun Bestandteil des auch von der SPD unterzeichneten Minderheitenvotums ist, heißt es: „Es ist nicht einzusehen, warum Besitz, Gebrauch, Herstellung, Anbau und Vertrieb der einen Droge (gemeint sind Heroin, Kokain, Cannabis etc.) verfolgt werden und der einer anderen (gemeint sind Alkohol, Tabak etc.) nicht."

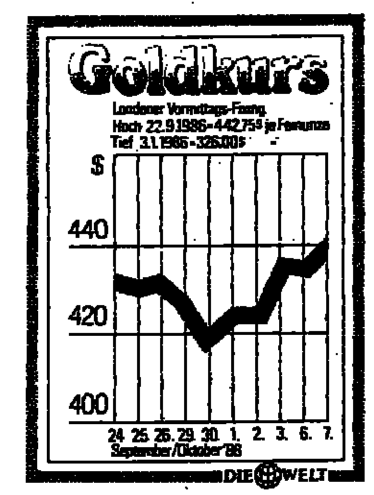


Privates Geldvermögen
der Bundesbürger
in Milliarden DM (gerundet)

2.186 – 166 – 2.000 – sonstige Forderungen – 464 – in Aktien und Wertpapieren – 1.481 – insgesamt – 546 – 1.500 – bei Bausparkassen und Versicherungen – 940 – 1.000 – 1.011 – 517 – 33 – 93 – 116 – 274 – 500 – bei Banken und Sparkassen – 0
1970 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 – jeweils am Jahresende – Quelle: DIW

Immer noch legen die Deutschen über die Hälfte ihres Geldvermögens bei Banken und Sparkassen zumeist in Form von Sparanlagen an. Doch zunehmend sind Aktien und Wertpapiere gefragt.
QUELLE: IMU

FÜR DEN ANLEGER



Bundesbank: Auf den neuen Mengentender wurden den Kreditinstituten acht Mrd. DM zugeteilt.

EWS-Beitritt: Als sehr unwahrscheinlich werden am Devisenmarkt Spekulationen über einen britischen Beitritt zum Europäischen Währungssystem bezeichnet.

Effekten Tokio: Die Kurse haben sich gestern deutlich erholt. Der Nikkei-Index stieg um 169,03 Punkte auf 17604,36.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 276,06 (275,50); Chemie: 162,85 (162,52); Elektro: 345,91 (341,30); Auto: 723,33(725,38); Maschinenbau: 150,03 (149,53); Versorgung: 159,10 (159,27); Banken: 403,07 (403,34); Warenhäuser: 177,54 (176,57); Bauwirtschaft: 548,42 (550,12); Konsumgüter: 181,28 (181,15); Versicherung: 1420,49 (1415,58); Stahl: 154,08 (156,16).

Kursgewinner:	DM	+ %
BTR Plc	9,70	8,99
Warner Comm.	46,00	6,98
Main-Kraftwerke	555,00	6,73
Hitachi	1385,0	6,54
Magd. Feuer	530,00	6,00

Kursverlierer:	DM	– %
Verseidag	216,00	7,69
Norsk Hydro	37,50	7,41
Nisshin Steel	2,15	6,52
Pakhoed Hldg.	465,00	5,10
DLW	465,00	5,10

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Freundlich

MÄRKTE & POLITIK

Opec: Die Minister haben sich gestern nach eineinhalbstündigen Beratungen auf Mittwoch vertagt. Die Vereinigten Arabischen Emirate boten eine Drosselung der Förderung um etwa ein Viertel an.

EG: Die Kommission betrachtet das wirtschaftliche Wachstum und die erzielten Fortschritte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mitgliedsländern als unzureichend. (S. 14)

Verbraucherpreise: Die Preise lagen angesichts der Verbilligung von Heizöl und Kraftstoffen auch im September um 0,4 Prozent unter denen des entsprechenden Vorjahresmonats.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	6. 10. 86	3. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	161,50	161,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	70,00	71,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	116,50	119,50	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Gesundheitswesen: Die Aufwendungen der privaten Krankenversicherer werden sich 1986 voraussichtlich günstiger entwickeln als in der gesetzlichen Krankenversicherung (S. 15).

AEG: Bei dem Frankfurter Elektrokonzern ist die Entwicklung nachhaltig durch das Anziehen des Inlandsgeschäfts geprägt. (S. 15)

Übernahmeangebot: Der größte US-Stahlproduzent, die USX Corp., Pittsburgh, hat von dem Financier Carl C. Jahn eine Offerte über acht Mrd. Dollar erhalten.

NAMEN

Barmer Ersatzkasse: Viktor Fisch (Foto) steht auch in den nächsten sechs Jahren an der Spitze des BEK-Mitgliederparlaments. Der 56jährige wurde von der aus den Sozialwahlen 1986 hervorgegangenen Vertreterversammlung erneut zum Vorsitzenden gewählt. Vorstandsvorsitzender der größten deutschen Ersatzkasse ist Hans Neusigl.

WER SAGT'S DENN?

Wie erwirbt man in Deutschland eine kleines Vermögen? – Indem man einmal ein großes hatte.

Der „Steuertip"

Massive gemeinsame Intervention zur Stabilisierung des Dollars

Notenbanken fürchten Spannungen im EWS – Bundesbank sorgt geldpolitisch vor

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Gestern gab es an den Devisenmärkten die ersten massiven konzertierten Interventionen zur Stabilisierung des Dollars, an denen sich neben der Bundesbank auch die Zentralbanken der Schweiz, Belgiens und Dänemarks beteiligt haben. Sie bewirkten, daß sich der Dollar zeitweilig um drei Pfennig auf einen Tageshöchststand von 2,0160 DM befestigte, auf dem er sich allerdings nicht behauptete. Der amtliche Kurs wurde mit 2,0108 (1,9942) DM notiert.

Nach Schätzungen von Devisenhändlern haben sich die Stützungskäufe der Bundesbank allein auf eine Größenordnung von annähernd eine halben Milliarde Dollar summiert. Über die Interventionen der anderen Notenbanken gab es keine zuverlässigen Schätzungen. Außerdem hat die Bank von England gestern die eigene Währung durch den Verkauf von D-Mark gestützt, nachdem dies während der letzten Tage durch die Bundesbank für Rechnung der britischen Notenbank geschehen war.

Ziel der konzertierten Interventionen war, wie man im Devisenhandel vermutete, nicht eigentlich eine Stützung der amerikanischen Währung; es ging vielmehr vor allem darum zu verhindern, daß eine Befestigung der D-Mark als Folge der Dollarabschwächung Spannungen im Europäischen Währungssystem (EWS) verursacht, die schließlich das EWS vor eine Zerreißprobe stellen. Die D-Mark droht als stärkste Währung nach oben, die Dänenkrone als schwächste Währung nach unten aus dem festen Kursband des EWS auszubrechen.

Die Bundesbank hat sich gestern ein vorsorgliches Polster geschaffen, um die monetären Wirkungen der Deviseninterventionen aufzufangen, nachdem allein der gestrige Dollarkauf einen Liquiditätsstoß von rund einer Milliarde Mark gebracht hat. Auf die vorgestern zu Zinssätzen von 4,35 und 4,40 Prozent angebotenen Wertpapierpensionsgeschäft hat die Bundesbank nur acht Milliarden Mark zugeteilt, obwohl gleichzeitig 14,8 Milliarden fällig werden. Auch während der letzten Tage war mit den Interventionen zugunsten des Dollars und des Pfundes, auch denen der Bank von England, schon Zentralbankgeld geschaffen worden. Mit dem Einsatz des flexiblen Instruments der Wertpapierpensionsgeschäfte ist die Bundesbank wesentlich besser in der Lage, eine unerwünschte Liquidisierung des Bankenapparates als Folge von Devisenmarktinterventionen zu verhindern.

Zu beherzten Interventionen entschloß sich die Bundesbank gestern morgen, als der Dollar 1,9850 DM zu streifen drohte, nach Ansicht der Chartisten eine wichtige „Widerstandsmarke", deren Unterschreiten der Weg für einen weiteren Rückgang auf 1,9450 DM freigemacht hätte. Die Befestigung des Dollars beflügelte die Stimmung an der deutschen Aktienbörse. Man wollte japanische Käufer beobachtet haben.

Mit Vernunft

Py. – Wenn die privaten Krankenversicherer in diesem Jahr tatsächlich ihre Leistungsausgaben nur um fünf Prozent steigern müssen, ist das ein großer Erfolg. Nicht, weil sie damit ein Quentchen „besser" sind als ihre Wettbewerber, die Kassen der Gesetzlichen Krankenversicherung. Nein, sie können darauf verweisen, daß sie nicht etwa gegen, sondern mit ihren Versicherten der weiteren Kostenexplosion im Gesundheitswesen Paroli bieten. Sicher, fünf Prozent sind auch in Zeiten allenthalben stabiler Preise noch eine beunruhigende Steigerungsrate, doch ist es undenkbar, auch diesen Satz ohne die Mithilfe der Versicherten zu halten.

Die privaten Krankenversicherer haben in den letzten Jahren mit zunehmender Konsequenz das Instrument der Selbstbeteiligung der Versicherten an den entstandenen Kosten und die Beitragsrückerstattung an die Versicherten eingesetzt. Dazu mußte von Seiten der Unternehmen viel Überzeugungskraft eingesetzt werden. Gesundheitsbewußtsein gestärkt, kostenbewußtes Denken nachgerade „implantiert" werden. Der Erfolg hat nicht lange auf sich warten lassen, obwohl anfangs zahlreiche kritische Stimmen zu vernehmen waren.

Aber kühle Rechner haben schnell erkannt, daß sie zum eigenen Vorteil handeln, wenn sie Klein- und Kleinstrechnungen bei Ärzten und für Arzneien selbst bezahlen. Rund 1,33 Mrd. DM an Beitragsrückerstattung, teils bar ausgezahlt, teils intern verrechnet, flossen an die Versicherten zurück. Gerade dies nutzte vor allem den älteren Versicherten, weil diese Rückerstattungen auch immer wieder notwendige Prämienerhöhungen mildern. Für jüngere Versicherte gab es sogar Beitragssenkungen. Auch dies ist ein Argument, das die „Privaten" immer attraktiver macht.

Verbraucher kritisieren Weinvernichtung

HH, **Bonn**

Mit über einer Milliarde Mark Steuergeldern wird die EG 1,8 Milliarden Liter Tafelwein in Industriealkohol umwandeln. Die Arbeitsgesmeinschaft der Verbraucher (AgV) veranschaulicht die Größenordnung dieses Beschlusses der EG-Kommission: Die zu vernichtende Weinmenge liege 50 Prozent über einer deutschen Normalernte und entspreche sieben Liter Wein je Kopf der EG-Bevölkerung.

Brüssel erwäge, Agrarsprit künftig nicht nur verbilligt an die Kosmetik- und Pharmaindustrie abzugeben, sondern stärker subventioniert in Autotanks zu leiten. Die Stützungskosten würden verschleiert. In den nationalen Etats würden sie nicht ausgewiesen, geschweige denn mit Brüsseler Ausgaben zusammengerechnet.

Nach AgV-Angaben ist das Weindestillat mindestens zehnmal so teuer wie normaler Industriesprit. Der Weinverbrauch in der EG gehe zurück, doch werde die Produktion mit Subventionen gesteigert, so daß sich die Marktordnungskosten seit 1980 verzehnfacht hätten. Durften die Erzeuger früher selbst über die Verwendung entscheiden, so haben die Agrarminister inzwischen die zwangsweise Weindestillation angeordnet. Winzern drohen empfindliche Geldstrafen, wenn sie „diese Perversität nicht mitmachen".

Das Argument, es gelte die Einkommen der Winzer zu sichern, sei „schief und unhaltbar". Die Hilfen seien umsatzgebunden, so daß Großbetriebe den Löwenanteil kassierten und für einkommensschwache Kleinwinzer wenig übrig bleibe.

AUF EIN WORT

„Wir sind keine Kernkraftfetischisten. Das Bessere war immer der Feind des Guten. Wir können allerdings erst umsteigen, wenn wir wissen wohin. Von der Verheißung oder Hoffnung allein kann unsere Volkswirtschaft nicht leben."

Dr. Jochen Holzer, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bayernwerke AG, München. FOTO: DIE WELT

Bildung der Gaspreise ist kein Mißbrauch

sas. **Bonn**

Aus der zeitverzögerten Anpassung der Erdgas- an die Heizölpreise können keine Schlüsse auf eine mißbräuchliche Ausnutzung der Marktstellung der Ortsgasunternehmen zu Lasten der Verbraucher gezogen werden. Diese Auffassung der Bundesregierung hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner, auf eine Frage des CSU-Bundestagsabgeordneten Eduard Lintner schriftlich dargelegt.

Die Unterschiede bei der Preisentwicklung für leichtes Heizöl und Erdgas beruhten vielmehr darauf, daß leichtes Heizöl zu Tagesnotierungen verkauft werde, während die Gasbezugspreise bisher halbjährlich – und in Zukunft in der Regel vierteljährlich – an die Heizölpreisentwicklung angepaßt würden. Die entscheidende Preissenkung beim Erdgas in der Größenordnung von rund 30 Prozent sei zum 1. Oktober, also vor Beginn der Heizungsperiode, erfolgt.

Die Bundesregierung zieht nach Grüners Ausführungen auch nicht die Wiedereinführung der staatlichen Preisaufsicht in Erwägung. Der Preisgestaltung der Gasversorgungsunternehmen seien Grenzen gesetzt, da sie bei der Gewinnung von Neukunden im Wettbewerb mit dem Heizölhandel stünden. Allerdings stellten die hohen Kosten, mit denen die Umstellung von einer Heizenergie auf die andere nach Einrichtung der Heizungsanlage verbunden seien, eine gewisse Hemmschwelle für die Substitution untereinander dar, räumte Grüner ein.

Nichts ohne die Länder

Von HEINZ HECK

Seit Monaten werden in Bonn die „Hausnummern" für die Große Steuerreform gehandelt. Sie reichen – je nach Ehrgeiz des betreffenden Politikers – bis zu 50 Milliarden Mark Brutto- und 25 Milliarden Nettoentlastung. Abgesehen von Bayern beteiligen sich dagegen zumindest die unionsregierten Länder nicht an dem Spiel „Wer bietet mehr?", während die SPD-regierten, wie schon bei der Steuersenkung 1986/88, jeden Einnahmeverzicht ablehnen.

Die Bundesregierung, deren prominente Mitglieder sich in dieser zentralen Frage der nächsten Legislatur schon sehr weit festgelegt haben, braucht aber zur Durchsetzung die Ländermehrheit. Wird die jetzige Regierung im Januar bestätigt, so soll in den folgenden Koalitionsverhandlungen das Steuerreformkonzept sehr detailliert ausgearbeitet werden.

Zur Großen Steuerreform der nächsten Legislaturperiode hört man bisher von den Ländern wenig. Dabei haben sie das letzte Wort.

Bonn tut gut daran, sich auch beizeiten der unionsregierten Länder zu versichern. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat wird jede Stimme gebraucht. Das macht jede Stimme mächtig.

Bei jedem Steuergesetz, das – wie die geplante Lohn- und Einkommensteuerreform – Bund und Länder betrifft, werden wie im Brennglas alle Forderungen und Argumentationslinien der Gebietskörperschaften gebündelt. Jede Seite trägt ihre Klagen vor, um die Einnahmeverluste in Grenzen zu halten.

Der Bund verweist – und das tut Finanzminister Stoltenberg vorsorglich schon jetzt – auf die wachsenden EG-Belastungen und auf die dauerhaft niedrigere Zunahme der Steuereinnahmen des Bundes im Vergleich zu der der Länder und Gemeinden.

Dazu zwei Zahlen: Der Bund erwartet 1986 eine Zunahme um 2,5 Prozent; dagegen rechnen die Steuerschätzer für die Länder mit 6,1 und die Gemeinden mit 4,6 Prozent. Dies ist kein Einzelfall, wie der Umstand zeigt, daß der Anteil des Bundes am Steuerkuchen langfristig zurückgeht: Von 1982 mit 48,4 Prozent auf schätzungsweise gut 45 Prozent 1990 (darin ist der künftige Aderlaß an die EG nicht einmal berücksichtigt). Drei Prozentpunkte entsprechen 1990 mehr als 16 Milliarden Mark.

Doch auch die Länder sammeln ihre Munition: An der Spitze steht immer der Hinweis, daß Länder und Gemeinden bei jeder Lohn- und Einkommensteuersenkung mit 42,5 und 15, also 57,5 Prozent dabei sind, während der Bund mit 42,5 Prozent weniger hart getroffen werde. Dies ist zwar nur natürlich, da sie in diesem Verhältnis an den Einnahmen partizipieren.

Doch ist dieser Hinweis offenbar vorzüglich geeignet, eine 50:50-Regelung ins Spiel zu bringen, wie bei der letzten Steuersenkung mit Erfolg praktiziert: Die Ländermehrheit akzeptierte von der geplanten Nettoentlastung von rund 20 nur die angemessene Beteiligung an 17 Milliarden und überließ die restlichen 3 Milliarden allein dem Bund, der sich bereits weit aus dem Fenster gelehnt hatte. Das führte im Ergebnis dazu, daß jetzt wie zufällig jeweils rund 10 Milliarden an jeder Seite hängenbleiben.

Schwerer wiegt das Argument der Länder, der Bund hole Steuerausfälle über die Erhöhung nur ihm zufließender Verbrauchssteuern herein – eine Möglichkeit, die den Ländern verwehrt sei. Bonner Äußerungen bestätigen solche Absichten. Hinzu kommt immer wieder der Hinweis auf die fabelhaften Bundesbankgewinne, die allein der Bund kassiert.

So viel zum Vorgeplänkel, das den Verhandlungen vorausgeht, an deren Ende eine deutliche Steuerentlastung stehen muß. Zur Ausgestaltung wollen die Länder natürlich auch noch ein Wort mitreden. Entscheidend aber ist: Diese Bundesregierung ist mit ihrer Steuerreform im Wort, wenn sie im Januar bestätigt wird. Das stärkt ihre Position keineswegs.

Die Verhandlungen werden auch nicht leichter dadurch, daß gleich zu Beginn noch der Brocken des Karlsruher Urteils über den Finanzausgleich von Bund und Ländern aus dem Weg zu räumen ist. Dies um so mehr, als die Meinungsverschiedenheiten zwischen den unionsregierten Ländern im Vordergrund stehen.

Es liegt auf der Hand, daß zum Beispiel ein von der Neuregelung finanziell getroffenes Niedersachsen auch bei einer Steuerreform nicht spendierfreudig ist. Andererseits wird der bisherige Hauptzahler im Länderfinanzausgleich, Baden-Württemberg, kaum entlastet, wenn überhaupt. Und Bayern wird künftig dreistelliger Millionenbeträge aus den Bundesergänzungszuweisungen entraten müssen.

Alles in allem: Bis die Steuerreform im Gesetzblatt steht, wird Stoltenberg sein ganzes Verhandlungsgeschick aufbieten müssen. Denn die Auseinandersetzung mit den Ländern ist keineswegs die einzige, die ihm bevorsteht.

Bonn hilft bei der Werftenkrise

Länder erhalten mehr Mittel aus der Bundeskasse – Minister treffen sich heute

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die vier norddeutschen Küstenländer werden mehr als die bisher vom Bund zugesagten 300 Millionen Mark an Finanzhilfe in den nächsten Jahren erhalten. Davon wird nicht nur in den begünstigten Ländern nach den Kontakten der Ministerpräsidenten und der Bürgermeister mit Bundeskanzler Helmut Kohl ausgegangen, sondern auch in Bonn. Noch wird an der Ausgestaltung gearbeitet. Daher wurde dieses Thema auch von der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bundeskabinetts am Donnerstag abgesetzt. Die Entscheidung soll jetzt in der nächsten Woche fallen.

Trotzdem werden sich die Wirtschafts- und Verkehrsminister und Senatoren der Küstenländer und Berlins auf ihrer heutigen Konferenz in Bremerhaven noch einmal unzufrieden geben. Sie hatten ursprünglich 850 Millionen Mark gefordert. Das „Angebot" des Bundes waren 300 Millionen Mark, verteilt auf zwei Jahre. Die Länderminister werden heute für eine Ausdehnung der Hilfe auf drei Jahre (wie auch bei der Sonderhilfe für Bremen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe) und damit für eine Aufstockung auf insgesamt 450 Millionen Mark plädieren. Dort dürfte auch die Kompromißlinie liegen. Allerdings wird noch in Bonn überlegt, ob die Finanzierung auch auf eine andere Weise erfolgen könnte.

Die Finanzhilfen nach Artikel 104 a Grundgesetz sind im Kern eine Umwegfinanzierung. Da der Bund keine sektoralen Strukturhilfen, also auch keine Werftenhilfe – und um die geht es hier – gewähren will, übernimmt er zu 65 Prozent die Kosten für Infrastrukturmaßnahmen der Länder, die bereits weitgehend durchfinanziert sind. Die freiwerdenden Mittel können dann die Länder für die Abminderung der Strukturkrise im Schiffsbau einsetzen. Die Länder haben sich auf einen Verteilungsschlüssel für die zufließenden Mittel geeinigt.

Vorbehaltlich der Zustimmung durch die EG-Kommission sieht die Richtlinie der Länder eine Beteiligung an den Sozialplänen bei jenen Unternehmen vor, die Entlassungen vornehmen müssen. Überdies sind Sonderabschreibungen möglich und es können Umstrukturierungshilfen gewährt werden. Diese Vorstellungen orientieren sich an dem, womit in den vergangenen Jahren der deutschen Stahlindustrie geholfen wurde.

Vorrangiges Ziel ist die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Denn es ist auch in den Küstenländern unstrittig, daß die Kapazitäten in der deutschen Werftindustrie noch erheblich reduziert werden müssen. Welche Maßnahmen ergriffen werden, entscheidet jede Regierung allein.

Verbessert werden soll vom nächsten Jahr an auch die Reederhilfe des Bundes. Die Werftenhilfe von rund einer halben Milliarde Mark in den nächsten drei Jahren gilt angesichts der Auftragslage als ausreichend.

Scheich fühlt sich hereingelegt

Beim Esch-Prozeß muß Richter Unkrich die Wogen glätten

INGE ADHAM, **Koblenz**

Scheich Saleh A. Kamel, der zur Zeit im Koblenzer Prozeß gegen den IBH-Gründer Horst Dieter Esch als Zeuge vernommen wird, zeigte neben viel Geduld auch Empfindlichkeit. *Die Äußerung von Ferdinand Graf* Galen, der bereits vorher als Zeuge gehört worden war, der Scheich habe wohl seine Hausaufgaben nicht immer gemacht, veranlaßte ihn zu dem Einwurf, „ich säße jetzt nicht hier, wenn Galen seine Hausaufgaben so wie ich gemacht hätte". Bevor die Wogen zwischen allen Beteiligten hochgingen, glättete Richter Unkrich.

Der vorsitzende Richter in der 10. Koblenzer Strafkammer braucht Geduld. Zwar zeigt der Scheich, der sich um rund 200 Mill. DM betrogen fühlt und in Begleitung seines deutschen Anwaltes als Zeuge bis Ende dieser Woche zur Verfügung steht, viel guten Willen. Doch immer wieder erschwert die Übersetzung, teils aus dem Arabischen, teils aus dem Englischen, das Verständnis. Die ungeheuren Aktenberge, die dem Gericht vorliegen, tun ein Übriges, wenn es darum geht, bestimmte Briefwechsel zu zitieren.

Klar herausgestellt hat sich aus der Befragung des Scheichs durch den Richter bisher jedenfalls, daß er damals Esch blind vertraute und darüber hinaus durch die renommierten sonstigen Adressen im Aktionärskreis der IBH sich sicher fühlte. Ihm war, als er das Engagement einging, völlig klar, daß er sich an einem Unternehmen mit Verlusten beteiligte. „Ich investierte in die Zukunft", betonte der Scheich, der übrigens auch gegen die Wirtschaftsprüfer Coopers und Lybrand klagt, von denen er sich vor Beginn seines Engagements bei der IBH schlecht beraten fühlt.

Der Scheich fühlt sich offensichtlich rundherum hereingelegt. Das wird aus seinen Aussagen deutlich und veranlaßt den Richter, darauf hinzuweisen, daß es in dem Koblenzer Prozeß um das individuelle Versa*gen von Horst Dieter Esch gehe.* Der Scheich: „Aber es hat alles mit Herrn Esch angefangen." Im übrigen besteht er darauf, daß mit ihm bereits 1982 in Riad über eine Börsenzulassung der IBH *in etwa zwei bis drei* Jahren gesprochen worden sei.

Über die Verwendung des Geldes, das Saleh bei den Kapitalerhöhungen einschoß, habe er aber mit Esch nicht gesprochen. Er sei jedoch sicher gewesen, daß es zum Abbau von Bankverbindlichkeit genutzt würde und nicht, um Schulden an General Motors und andere zurückzuzahlen. Ohnehin sei er davon ausgegangen, daß auch die anderen Beteiligten ihre Gelder für die Kapitalerhöhungen bar einzahlten. In einem einschlägigen Briefwechsel ist das Wort „cash" zwar nicht erwähnt, aber so der Scheich, das Wort „Bank": „Und wie wollen sie bitte ihre Sacheinlage zur Bank bringen?", fragt der Scheich an den Richtertisch gewandt.

„Plan Austral" vor der Bewährungsprobe

Neue Kraftprobe: Arbeiterverband mit siebtem Generalstreik gegen Alfonsin-Regierung

WERNER THOMAS, **Buenos Aires**

Eine neue Kraftprobe steht bevor. Der „Allgemeine Arbeiterverband" (CGT) veranstaltet morgen seinen siebten Generalstreik gegen die Alfonsin-Regierung. Der CGT-Führer Raul Ubaldini und seine Spitzenfunktionäre brauchen dringend ein Erfolgserlebnis: Sie können sonst in die Devensive geraten, ausgespielt von einem zielstrebigen Präsidenten.

Im Mittelpunkt des Konfliktes steht der „Plan Austral", das im Juni vergangenen Jahres verkündete Stabilisierungskonzept, mit dem Raul Alfonsin das Schicksal seiner Regierung verbindet. Er will den eingeschlagenen Weg der strikten Lohn- und Preiskontrollen fortsetzen und vertraut seinem Mitarbeiterteam, allen voran Wirtschaftsminister Jean Vital Sourrouille (45) trotz einiger Rückschläge. Der CGT erklärt dagegen die Wirtschaftspolitik für gescheitert und fordert radikale Kurskorrekturen. Zurück zu populistischen Maßnahmen, ein einseitiges Schuldenmoratorium, ein Bruch mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

Der „Plan Austral" dominiert die Diskussionen in Buenos Aires. Die Leute streiten sich darüber, ob das Programm tot ist, in den letzten Zügen liegt oder nach einer kurzen Krise zu neuem Leben erweckt werden konnte. Persönliche Erfahrungen bestimmen den Standpunkt.

Viele Argentinier klagen Teufelskreis Inflation

Die Löhne und Gehälter seien zu niedrig im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten. Argentinien gehört heute zu den teuersten Ländern Lateinamerikas. Ein Arbeiter verdient etwa 250 Autrales im Monat, ungefähr 500 Mark. Viele Arbeiter haben zwei Jobs.

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten treibt der Staat aber nicht mehr im Teufelskreis der Inflation. Als der Harvard-Absolvent Sourrouille und seine Equipe vor 16 Monaten die „Schocktherapie" verordneten, näherte sich die jährliche Inflationrate der 2000-Prozent-Marke. In diesem Jahr werden zwischen 70 und 100 Prozent erwartet, die Schätzungen gehen auseinander.

Einigkeit herrscht darüber, daß der „Plan Austral" zwischen April und Juni ins Schlingern kam, weil die Regierung allzu großzügige Lohn- und Preiserhöhungen tolerierte. Zudem verstieß sie gegen das heilige Versprechen, die Inflation nicht mehr durch ungedeckte Geldschöpfung anzukurbeln.

Die Hauptschuld trug der ehemalige Zentralbank-Präsident Alfredo *Concepcion, ein Sourrouille-Rivale,* der im September nach einem zähen Machtkampf zum Rücktritt gezwungen wurde. Mit José Luis Machinea als Concepcion-Nachfolger herrscht Einigkeit unter den Wirtschaftsstrategen. Sourrouille verfolgt die Devise: Erst Stabilität, dann Wachstum.

Dennoch konnte die argentinische Wirtschaft schneller als erwartet die Rezessionsphase überwinden. Aufgrund offizieller Statistiken wuchs das Bruttosozialprodukt zwischen Oktober 1985 und Juni 1986 um 8,3 Prozent. Die Wachstumsrate in dem zweiten Quartal dieses Jahres betrug 5,7 Prozent. Der ehemalige Wirtschaftsminister Roberto Alemann glaubt, daß dieses Jahr mit sechs Prozent abschließt. „Fast schon zuviel", sagte er der WELT. Wichtig sei nun jedoch, daß Sourrouille die monatlichen Inflationsraten von sechs bis sieben Prozent auf zwei bis drei Prozent zurückschrauben könne. Die Zeitung „La Nacion" urteilt ähnlich: „Der Oktober ist ein entscheidender *Monat.*" Eine Inflationsrate von weniger als vier Prozent wäre als Erfolg zu werten.

Staatsbetriebe mit Verlust Weiterhin Subventionen

Die meisten staatlichen Betriebe erwirtschaften nach wie vor immense Verluste. Die Eisenbahngesellschaft „Ferrocariles Argentinos" belastet den Haushalt mit einem Defizit von einer Milliarde Dollar pro Jahr. Der Ölkonzern „Yacimientos Petroliferos Fiscales" (YPF) kostet 600 Millionen Dollar jährlich. Man hat zwar bisher *30 000 von drei Millionen* Staatsbeamten entlassen, ein halbes Dutzend der 360 staatlichen Betriebe reprivatisiert und das Budgetdefizit von 15 Prozent (1984) auf 3,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes reduziert. Andere Mühlen mahlen jedoch langsam. Die Regierung schützt die ineffiziente Privatindustrie weiter mit Sub*ventionen und hohen Zöllen gegen* die ausländische Konkurrenz. Argentinien ist nach Brasilien und Mexiko das größte Schuldnerland Lateinamerikas (52 Mrd. Dollar, 4,6 Mrd. Dollar Zinsen pro Jahr).

Raul Alfonsin kann jedoch dem siebten Generalstreik des „Allgemeinen Arbeiterverbandes" gelassen entgegensehen: Noch sind die meisten Argentinier nicht bereit, alle Hoffnungen aufzugeben und den Konfrontationskurs Ubaldinis und seiner CGT zu unterstützen. Allerdings, das haben jüngste Meinungsumfragen ergeben, vertrauen nur noch 48 Prozent dem umstrittenen Stabilisierungsprogramm. Vor einem Jahr wußte der Präsident 74 Prozent der Bevölkerung auf seiner Seite.

Die EG-Kommission ist nicht zufrieden

DW. **Bonn**

Mit einem Wirtschaftswachstum von rund 2,5 Prozent und einem nur geringfügigen Rückgang der Arbeitslosenquote auf knapp unter zwölf Prozent rechnet die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in einem Vorabgespräch zum Jahreswirtschaftsbericht 1986/87, den sie in der nächsten Woche verabschieden soll.

Vor einem Jahr hatte die Komission für 1986 noch ein Wachstum von mehr als drei Prozent prognostiziert. Pessimistisch zu beurteilen sei auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Das Ziel, die Arbeitlosenquote *bis 1990 auf sieben Prozent zu* senken, könne bei gleicher Entwicklung wie in diesem Jahr nicht erreicht werden. Bekräftigt wurde die Forderung nach einer „Gemeinschaftsstrategie", die sowohl auf einer maßvollen Reallohnkürzung wie auf durch verstärkte Inlandsnachfrage zu erzielende Wachstumsimpulse beruhe.

Außenhandelsschere wird immer größer

AFP, **Washington**

Auf die zunehmenden Ungleichgewichte im Außenhandel der wichtigsten Industriestaaten, wies der Internationale Währungsfonds in der jüngsten Ausgabe seiner „Internationalen Finanzstatistik" hin. Das US-Handelsbilanzdefizit wächst weiter. Es stieg in diesem Halbjahr auf inzwischen 83,9 Mrd. Dollar im Vergleich zu 69,3 Mrd Dollar im Vorjahr.

Entgegengesetzt verlief die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan. Der Überschuß in der Handelsbilanz betrug für Japan 34,4 Mrd. Dollar gegenüber 17,8 Mrd. im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In der Bundesrepublik errechnete sich ein Plus von 22 Mrd. Dollar (10,2 Mrd. im ersten Halbjahr 1985). Frankreich verzeichnet ein Handelsbilanzdefizit von 3,6 Mrd. Dollar, konnte dieses aber um 300 Mill. Dollar auf 3,3 Mrd. Dollar im ersten Halbjahr 1986 verringern.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Frankfurter Geldmarkt

Frankfurt (VWD) – Auf einem ergiebigen Frankfurter Geldmarkt lagen auch gestern die Tagesgeldzinsen wieder bei 4,1 bis 4,2 Prozent. Auch die Terminsätze werden mit unverändert 4,5 bis 4,6 Prozent für ein, zwei, drei Monate, 4,5 bis 4,65 Prozent für *sechs Monate und 4,55 bis 4,7 Prozent* für ein Jahr genannt.

Avis-Europe ausgegliedert

***London** (VWD) – Sir John Brem*bridge, früherer Finanzminister Hongkongs und ehemaliger Chairman von Cathay Pacific Airways, ist zum neuen Chairman von Avis Europe ernannt worden, die noch in diesem Monat von der amerikanischen Mutter Avis Inc. abgesplittet wird. Zu diesem Zweck werden 65 Prozent von Avis Europe zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Es wird mit einem Erlös von knapp 200 Mill. Pfund gerechnet. Die Mietwagenfirma Avis war in diesem Jahr von Wesray Capital Corp. für 250 Mill. Dollar von Beatrice Cos erworben worden.

Gebot für BankAmerica

San Francisco (VWD) – BankAmerica Corp. hat von der First Interstate Bancorp einen Fusionsvorschlag (in Form eines Aktientauschs) unterbreitet bekommen, dessen Wert auf etwa 2,78 Mrd. Dollar oder 18 Dollar je Aktie geschätzt wird.

Neuer Entwicklungschef

Detroit (VWD) – Der Board of Directors von General Motors Corp. hat Charles M. Jordan zum Vizepräsidenten und neuen Entwicklungschef, verantwortlich für das Karosseriedesign, des Unternehmens ernannt. Jordan wird *Nachfolger* von Irvin Rybicki, der in den Ruhestand gegangen ist.

Degussa-Joint-venture

Frankfurt (VWD) – Für Herstellung und Vertrieb von Spezial-Industrieöfen hat die Degussa Japan Co. (Tokio) mit der auf dem Gebiet der Induktionshärtetechnik tätigen Denki Kogyo Co. Ltd. (Tokio) ein weiteres Joint-venture gegründet. Das Gemeinschaftsunternehmen, das als Degussa Denko Metallurgical Technologies Co. (Demtec) mit Sitz in Aiko-Gun/Kanagawa firmiert, ist mit einem Kapital von 150 Mill. Yen (rund 2 Mill. DM) ausgestattet, von dem die Degussa 51 Prozent hält.

Schutz der Fischbestände

Luxemburg/Brüssel (dpa/VWD) – Die Niederländer haben sich gestern der Mehrheit gebeugt und den von den EG-Partnern beschlossenen Maßnahmen zur Schonung der Fischbestände in den Meeren rund um die EG-Länder zugestimmt. Sie treten ab 1987 in Kraft und betreffen vor allem die Küstengewässer, *das heißt* die Gebiete innerhalb der 12-Seemeilen-Zone. Ab dem kommenden Jahr sollen dort vor allem die Fischfangmöglichkeiten mit Baumkurren-Schiffen eingeschränkt und ein Fangverbot für Schiffe mit mehr als 300 PS Motorstärke verhängt werden. Engere Maschengrößen *sind in diesem* Küstenbereich hingegen *nach wie* vor zulässig. Außerhalb der 12-Seemeilenzone sind ab 1. Januar Maschengrößen von 85 anstatt bisher 80 Millimeter vorgeschrieben. Ab 1. Januar 1989 müssen sie um weitere fünf auf 90 Millimeter erweitert werden.

Internationale Finanzen

Tokio: Das japanische Finanzministerium stellte gestern zweijährige Regierungsanleihen um Volumen von 200 Mrd. Yen zum Verkauf. Der Kupon beträgt 4,3 Prozent. Fälligkeit: 20. Oktober 1988.
Mit Optionsschein: Nippon Paint legt eine Anleihe über 50 Mill. Dollar *mit Warrants* auf. Die Emission wird am 30. Oktober 1991 fällig.
Dollar-Emission: Die 150-Mill.-Dollar-Schuldverschreibung der Exxon Shipping mit Fälligkeit 15. Oktober 1993 kommen mit einem Kupon von 7,5 Prozent und einem Ausgabekurs von 99,7 Prozent auf den Markt.
Commodity futures: Der US-Senat hat ein Gesetz, das die Handlungsvollmacht der CFTC um weitere fünf Jahre verlängert, gebilligt.
Eine Bill. Yen: Über diesen Betrag will die japanische Regierung zur Deckung der zu erwartenden Steuerausfälle eine Anleihe begeben.
Termin-Markt: An der International Petroleum Exchange wurde gestern der Handel in neuen Benzin- und Schweröl-Terminkontrakten aufgenommen.
Australien: Die Broken Hill Proprietary hat das Volumen ihrer Floating-rate-note-Emission am australischen Kapitalmarkt von zunächst 100 auf 200 Mill. Dollar aufgestockt.
Zulassung: Die kanadische Royal Trustco hat die Notierung ihrer Stammaktien der Kategorie „A" an der Tokioter Börse beantragt. Nikko Securities wird die Abwicklung übernehmen.
Auktion: Bei US-Schatzwechseln ergab sich für die drei- und sechsmonatigen Titel Renditen von 5,08 und 5,13 Prozent.
Ebara Corp: Der japanische Pumpenhersteller hat für die fünfjährigen Eurobonds einen Kupon von 3,75 Prozent indiziert.

IBM wehrt sich gegen Clones

Der Computerriese sichert sich das „Intel"-Know-how

lok. **Bonn**

IBM, der Welt größter Computerhersteller, und der Chip-Hersteller Intel haben einen Vertrag über den Austausch von Computertechnologie unterzeichnet. Die Kooperation ist, britischen und amerikanischen Zeitungen zufolge, im Zusammenhang mit zunehmenden „Klonen" (Kopien) auf dem Personal-Computer-*Markt* zu sehen.

Da der Halbleiterhersteller Intel als einer der wichtigsten Zulieferer von IBM auch andere Firmen beliefert, hat IBM Schwierigkeiten, gegen die Firmen anzukämpfen, die das IBM-Originalgerät anhand der auf dem freien Markt erhältlichen Teile nachbauen, *auf dem PC-Markt feilbieten* und IBM dadurch Marktanteile streitig machen.

Gegenüber der WELT erklärte ein IBM-Sprecher, der Vertrag sei nicht gegen diese Firmen gerichtet. Vielmehr sei IBM lediglich an der Halbleitertechnologie von Intel interessiert. Durch den Kooperationsvertrag erhoffe sich das Unternehmen große Vorteile, da es sich den Zugang zum gesamten Intel-Know-how gesichert habe.

Wie der Sprecher weiter ausführte, sei der Vertrag nicht exklusiv, und die beiden Firmen hätten das Recht, die Derivate, die der Partner anhand des Know-hows des anderen herstellt, selbst zu vermarkten.

Doch stärkt der Vertrag die schon exponierte Stellung von IBM bei Intel. Der Branchenriese erhält 20 Prozent aller Intel-Lieferungen und ist mit rund einem Fünftel bei Intel beteiligt.

Der in Silicon Valley beheimateten *Intel wird durch den Vertrag die Mög*lichkeit eingeräumt, über das IBM-Wissen mittelfristig in den wachstumsstarken „semi-custom"-Markt einzusteigen. Die „semi-custom"-Chips sollen in den neunziger Jahren etwa ein Viertel des gesamten Chip-Marktes, circa 15 Mrd. DM jährlich, ausmachen.

Auslandsbaumarkt in leichtem Aufwind

Ölexporteure investieren deutlich weniger – China wird zum Magnet für Baufirmen

BRUNO HAKE, **Wiesbaden**

Um 1,4 Prozent auf 82 Mrd. Dollar gestiegen ist das Auftragsvolumen der 250 führenden Auslandsbaufirmen im letzten Jahr. Seinen Gipfel hatte es 1981 mit 130 Mrd. Dollar erreicht, danach hatte eine Talfahrt eingesetzt. Allerdings bedeutet der bescheidene Aufwärtstrend nicht, daß sich alle dunklen Wolken über dem Auslandsbaumarkt verzogen haben. Bei den Ölexportländern führt der Ölpreisverfall seit diesem Jahr zu spürbaren Kürzungen bei den eigenen Investitionen und bei den Finanzhilfen für Entwicklungsländer.

Der Markt befindet sich, wie aus einer Befragung der „International *Construction Week", des führenden* Objektinformationsdienstes der Branche, hervorgeht, überdies in einer geografischen Umstrukturierung: In Afrika und Lateinamerika stieg der Auftragseingang um jeweils 22 Prozent, im Mittleren Osten ging er um 19 Prozent zurück. Zum Magnet für auftragshungrige Auslandsbaufirmen entwickelte sich auch China. Dennoch hält der Mittlere Osten mit 26 Prozent des gesamten Auftragsvolumens weiterhin seine Spitzenstellung, es folgen Asien (22 Prozent), Afrika (19 Prozent), Nordamerika und Europa (je zwölf Prozent) und Lateinamerika (acht Prozent).

Der internationale Markt für Verwaltungsbauten, Krankenhäuser, Flughäfen, Straßen, Dämme, Brükken, Kraftwerke und Industrieanlagen zeichnet sich durch eine auffallende Konzentration aus: Zehn Firmen vereinigen 36 Prozent aller Aufträge auf sich, den Rest teilen sich *rund 240 andere führende „International Contractors".* Unter den zehn größten sind fünf amerikanische Firmen. Auch Philip Holzmann, Frankfurt, wird dieser Gruppe zugerechnet. Bei der Gesamtgruppe sind die Deutschen mit 14 Unternehmen (sieben Prozent des Auftragseinganges) relativ schwach vertreten, verglichen mit 43 amerikanischen (35 Prozent), 39 japanischen (14 Prozent), 28 italienischen (neun Prozent), 18 französischen (acht Prozent), 17 koreanischen (sechs Prozent), 16 englischen (sieben Prozent) und neun holländischen Generalunternehmern. Seit 1981 haben sich hier die Japaner von Platz 6 auf Platz 2 vorarbeiten können. Zugute kam ihnen dabei die Unterstützung der japanischen Banken. Eine günstige Finanzierung spielt heute bei der Auftragsvergabe die größte Rolle.

Regional scheinen die einzelnen Nationalitäten Präferenzen zu haben: Die Amerikaner engagieren sich *hauptsächlich im Mittleren Osten* und Asien, Japaner sind in Asien und Nordamerika vertreten, die Italiener im Mittleren Osten und Lateinamerika, die Franzosen in Afrika und Nordamerika. Die deutschen Unternehmen erzielten neue Aufträge hauptsächlich in den USA (37 Prozent) und im Mittleren Osten, in Asien, Afrika und Europa *einschließ*lich Ostblock (je 15 Prozent).

Vom größten Auslandsbaumarkt, Saudi-Arabien, haben sich viele Firmen zurückziehen müssen: 1983 arbeiteten dort noch 142, 1985 waren es nur noch 119.

Der harte Wettbewerb hinterläßt Spuren: Die Gewinnmarge ging bei den befragten Firmen von 7,4 Prozent im Jahre 1984 auf 5,4 Prozent nur ein Jahr später zurück.

„Atempause beim Umsatz"

Noch keine lebhaftere Nachfrage in Schleswig-Holstein

geo. Kiel

Der designierte Präsident des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, hat an die Unternehmen in der Bundesrepublik appelliert, mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen. Unter Hinweis auf eine Studie der Unternehmensberatungsgesellschaft McKinsey (WELT vom 7. 10.) meinte Murmann, daß in diesem Bereich ein großes Potential zur Senkung der Arbeitslosigkeit liege. Optimistisch äußerte er sich zur Zahl der Arbeitslosen im nächsten Jahr. Sie werde eindeutig unter zwei Millionen liegen.

Kritisch setzte sich Murmann mit dem Verhältnis der D-Mark zu den anderen EG-Währungen auseinander. Da die D-Mark immer stärker zu werden drohe, sei ein Revirement Ende des nächsten Jahres nicht auszuschließen. Murmann, der ein politisches Interesse in der EG an einer Änderung der Währungsrelation derzeit verneinte, meinte: „Die Kräfte des Marktes könnten dazu führen, daß der Druck auf die D-Mark immer stärker wird."

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vereinigung schleswig-holsteinischer Unternehmensverbände nahm Murmann auch zur wirtschaftlichen Situation des nördlichsten Bundeslandes Stellung. Gestützt auf Ergebnisse einer Umfrage bei 110 Unternehmen mit etwa 50 000 Beschäftigten sprach Murmann von einer „Atempause beim Umsatz". Gegenüber dem Vorjahr sei der Umsatz aufgrund eines „Abkippens des Auslandsgeschäftes" nur um 0,5 Prozent auf 11 Mrd. DM gewachsen. Ein weiterer Grund für die geringe Umsatzsteigerung ist die Binnennachfrage, die in Schleswig-Holstein noch nicht Platz gegriffen hat. Einen erheblichen Schub erlebte das Investitionsvolumen, das 1986 mit 555 Mill. DM um 23 Prozent über dem Vorjahr liegt.

Die AEG fühlt sich für die Zukunft gut gerüstet

Vorstandschef Dürr rechnet mit fünf Prozent Umsatzplus – Ausschüttung einer Dividende vor 1988 kein Thema

DOMINIK SCHMIDT, Belecke

Mit einem Anstieg des Konzernumsatzes um vier bis fünf Prozent und einem gegenüber dem Vorjahr verbesserten Ergebnis (1985 rund 100 Mill. DM) rechnet Heinz Dürr, Vorstandsvorsitzender der AEG, Berlin/Frankfurt, im Geschäftsjahr 1986. Die alles in allem zufriedenstellende Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf wird allerdings nicht zu einem Umdenken in Sachen Gewinnverwendung führen.

Für Dürr hat die innere Stärkung absolute Priorität: „Über die Ausschüttung einer Dividende werden wir frühestens 1988 nachdenken." Immerhin befinde sich die AEG „auf einem guten Weg", resümierte Dürr. Die Zukunftsaussichten seien positiv, wenngleich einige noch bestehende Schwachstellen beseitigt werden müßten.

In den ersten acht Monaten lag der Konzernumsatz mit 6,6 Mrd. DM nur leicht über dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit. Die Ursache dafür sieht Dürr vor allem in den veränderten Währungsparitäten. Bei AEG Kabel schlug sich ferner der Rückgang der Kupferpreise in Form von Bestandsabwertungen nieder. Deutliche Zuwachsraten verzeichneten die Unternehmensbereiche Komponenten (11 Prozent), Serienprodukte (6 Prozent) und Hausgeräte (7 Prozent). Die Abrechnung von Aufträgen im Anlagengeschäft erfolge jeweils erst zum Jahresende, lasse sich also noch nicht spezifizieren.

Die Entwicklung auch bei AEG wird nachhaltig vom Anziehen des Inlandsgeschäfts geprägt. Besonders deutlich wird dies beim Auftragseingang, der bis August um 13 Prozent auf 8 Mrd. DM gestiegen ist. Der Zuwachs resultiert ausschließlich aus Aufträgen für den Inlandskonzern (plus 20 Prozent). Daran dürfte sich auch bis zum Jahresende nicht viel ändern, meinte Dürr.

Kräftig steigen (um gut 30 Prozent auf rund 500 Mill. DM) werden 1986 die Investitionen in Sachanlagen. Schwerpunkte sind dabei die Bereiche Hochfrequenztechnik, Serienprodukte, AEG Kabel und Komponenten. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung werden gleichfalls erhöht und etwa acht Prozent vom Umsatz betragen.

Der Anstieg der Mitarbeiter um 3960 auf weltweit 77 700 Beschäftigte ist vor allem auf die Einbeziehung der AEG Elektrowerkzeuge GmbH, der Feinmechanischen Werke Mainz und der US-Firma Modcomp zurückzuführen. Aber auch in den eigenen Werken wurden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Ein Beispiel dafür ist das AEG-Werk in Belecke (Sauerland), das unter anderem auf dem Gebiet der Elektrofotografie tätig ist und weltweit Kopiergerätehersteller mit Kopiertrommeln beliefert. Weitere Fertigungsschwerpunkte in Belecke sind Stromversorgungsgeräte und -systeme sowie Leistungshalbleiter. Das Werk beschäftigt inzwischen 1400 Mitarbeiter und erzielte 1985 einen Umsatz von 230 Mill. DM. Konzerninterne Lieferungen haben daran einen Anteil von 15 Prozent.

Vor allem in den Wachstumsbereichen Elektrofotografie und Leistungshalbleiter sind die F + E-Aufwendungen überdurchschnittlich hoch. Innerhalb des Konzerns wird der Forschung nach den Worten Dürrs größte Aufmerksamkeit beigemessen. Die drei AEG-Forschungsinstitute in Frankfurt, Berlin und Ulm mit 550 Mitarbeitern arbeiten eng mit Universitäten und anderen Instituten zusammen.

Investitionen im Ausland sind zurückgegangen

Py. Düsseldorf

Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland sind im 1. Halbjahr 1986 von (brutto) 11,3 auf 10,5 Mrd. DM zurückgegangen, wobei die Rückflüsse mit 4,9 Mrd. DM unverändert blieben. Nach einer Übersicht der Westdeutschen Landesbank konzentrierten sich die Investitionen, die (netto) 5,6 (6,4) Mrd. DM ausmachten, zunehmend auf Europa (52 nach 37 Prozent), während das Interesse an Investitionen in den USA abnahm.

Für die USA ist der Rückgang von 49 auf 31 Prozent der Investitionen zum größten Teil als Reaktion der Investoren auf die Dollaraufwertung in der ersten Hälfte der 80er Jahre zu interpretieren, durch die Exporte in die USA wieder rentabler geworden waren als die Produktion vor Ort. Das bevorzugte Zielgebiet Lateinamerika (31 Prozent) leidet seit Ende 1984 unter zunehmenden wirtschaftlichen Problemen.

Roßkur im Feinkostprogramm

Appel & Frenzel stehen wieder auf festen Füßen

J. G. Düsseldorf

Das Stammpersonal habe man mit 4.6 Mill. DM Sozialplanaufwand auf 500 Leute halbiert, die Artikelzahl um ein Drittel auf 428 reduziert, darin bereits 40 neue Produkte, die erstmals 1985 vorgestellt wurden. Nicht nur so illustriert der beim traditionsreichen Feinkosthersteller Appel & Frenzel GmbH, Düsseldorf, im November 1984 als Nothelfer zum Geschäftsführer berufene Unternehmensberater Peter Bühring-Uhle den Wiederaufstieg des auf schwierigem Markt in (verschwiegen) hohe Verlüste geratenen Familienunternehmens. Mit dem 1985 um ein Zehntel auf 170 Mill. DM gesunkenen Umsatz habe man bereits wieder Gewinn gemacht. Das setzte sich 1986 bei einem bis August um acht Prozent erhöhten Umsatz noch deutlicher fort.

Das Unternehmen, 1975 aus der Fusion der Familienfirmen Appel (1879 gegründet) und Frenzel (1903 gegründet) für einen schon damals schwierig gewordenen Markt entstanden, gehört mit 30 Mill. DM Stammkapital je zur Hälfte der Dortmunder Rehme-Familienstiftung und der Familie Wiegmann. Die 1985er Umsatzaufteilung unterstreicht die nach aller Straffung immer noch breite Sortimentspalette: je 30 Mill. DM mit Fischkonserven und dem in „Marktführerschaft" angebotenen „Düsseldorfer Löwensenf" (auch der beste Exportschlager), 70 Mill. DM mit Sauerkonserven, 20 Mill. DM mit „Feinkostartikeln" und die restlichen 20 Mill. DM mit importierten „Weltmarken" des gleichen Genres für den Deutschland-Vertrieb.

Die Roßkur „Gesundschrumpfen und Rationalisieren" hatte ihren Schwerpunkt im Betrieb Cuxhaven, wo die Marinadenproduktion aufgegeben und zugleich die „wohl modernste" Fabrik für Fischvollkonserven aufgebaut wurde – was der Geschäftsführer als klare Unternehmensentscheidung gegen gekühlte Fischkonserven hervorhebt. Mit gleichem Modernitätsanspruch sollen die übrigen Betriebe der Firma bis 1988 aufgemöbelt werden, was insgesamt einen zweistelligen Millionenbetrag erfordern werde.

Olympia wird „bei Null rumkommen"

dos. Belecke

Die Olympia AG, Wilhelmshaven, wird 1986 nach vielen Verlustjahren mit einem ausgeglichenen Ergebnis abschließen. Eine noch günstigere Entwicklung ist nach den Worten von Heinz Dürr, Vorstandsvorsitzender der Mutter AEG, durch den schwachen Dollarkurs verhindert worden. Dürr ließ aber keinen Zweifel daran, daß der Cash-flow der Büromaschinen-Tochter positiv sein wird. Im vergangenen Jahr hatte Olympia bei einem Umsatz von 1,2 Mrd. DM noch einen Verlust von rund 50 Mill. DM ausgewiesen. In den ersten acht Monaten 1986 hat das Unternehmen im Inland den Umsatz um 3 Prozent steigern können. Das Auslandsgeschäft, das gut 70 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht, litt unter der Dollarschwäche, sagte Dürr. Positiv schlage sich der deutlich gestiegene Anteil der Eigenfertigung bei Olympia nieder. Gerade Mexiko erweise sich jetzt als „hochinteressanter Produktionsstandort". Die Mitarbeiterzahl von derzeit rund 3500 Beschäftigten soll stabil gehalten werden.

Informationstechnik wächst langsamer

dpa/VWD, Frankfurt

Die Zeiten außergewöhnlicher Zuwachsraten sind in der Informations- und Kommunikationstechnik vorerst vorbei. Die Branche, die ihren Umsatz im 1. Halbjahr 1986 noch um real zwölf Prozent auf 16,9 Mrd. DM steigerte, kann für das Gesamtjahr ein Plus von etwas über zehn Prozent erwarten. Im Vorjahr wuchs das Geschäft noch um 19 Prozent auf mehr als 36 Mrd. DM. Diese Zahlen nannte gestern Gerd Wigand vom Frankfurter Zentralverband Elektrotechnik und Elektroindustrie (ZVEI). Der Auftragseingang werde in diesem Jahr um etwa fünf Prozent abnehmen, doch könne man von einer Stabilisierung auf hohem Niveau reden. Die Produktion dürfte in der Datenverarbeitung noch um 10 bis 12 (1985: 25,2) Prozent und in der Kommunikationstechnik um 6 bis 8 (20) Prozent zunehmen. Weiter gestiegen ist die Zahl der Beschäftigten. Im Durchschnitt wurden im 1. Halbjahr knapp 207 000 Mitarbeiter beschäftigt, 5,5 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Weinerzeuger für Selbsthilfe

Württembergs Winzer wollen nicht zwangsdestillieren

nl. Weinsberg

Die württembergischen Weinerzeuger wollen nach wie vor ihre etwaige Überproduktion an Wein „in eigener Verantwortung" bewältigen. Wie Präsident Reinhold Kißling vom Württembergischen Genossenschaftsverband in Weinsberg auf einer Informationsveranstaltung erklärte, setze man in der Region Württemberg – hier wird fast 90 Prozent der Weinerzeugung genossenschaftlich vermarktet – auf die Devise „soviel Markt und Selbsthilfe der Erzeuger wie möglich".

Dies bedeute, daß man in Württemberg unverändert auf einem Ausstieg aus der Tafelweinordnung der EG, die eine obligatorische Destillation von Tafelwein vorsehe, beharre. In Württemberg sei man sich sicher, beispielsweise mit dem am Markt gut ankommenden eigenen „Landwein" mögliche Überschußmengen leicht unterbringen zu können.

Im Zeitraum der Jahre 1980 bis 1984 wurden im Weinbaugebiet Württemberg auf 9089 Hektar Rebfläche im Jahresdurchschnitt 100 Millionen Liter Wein produziert. Dies entspricht ziemlich genau dem Absatzpotential in der Region, das mit 100 bis 110 Millionen Liter pro Jahr veranschlagt wird.

Auch für den Weinjahrgang 1986 erwartet Kißling eine Erntemenge von rund 100 Millionen Liter Wein gegenüber nur 26,8 Millionen Liter im „frostgeschädigten" Jahrgang 1985.

Der Qualität des Jahrgangs 1986 komme zugute, daß er deutlich mehr Sonnentage gesehen habe als beispielsweise der als „sonnenverwöhnt" eingestufte Jahrgang 1983. Verkauft haben die württembergischen Weingärtnergenossenschaften im Weinwirtschaftsjahr 1985/86 (31. 8.) über 83 (Vorjahr: 90,9) Millionen Liter, das sind rund acht Prozent weniger.

Kißling begründet dies damit, daß verschiedene Rotweinlagen „ausverkauft" gewesen seien. Wertmäßig habe der Umsatz etwas über dem Vorjahr gelegen. Die Weinpreise werden nach Meinung Kißlings stabil bleiben.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Versicherungsberatung

Bonn (VWD) – Ein computergestütztes Beratungssystem für Versicherungen, das die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV), Bonn, entwickelt hat, geht jetzt mit den Teilbereichen Private Haftpflichtversicherung und Hausratversicherung in die praktische Erprobung. Bis zum Sommer nächsten Jahres werden weitere verbraucherrelevante Versicherungsparten als Computerprogramme in der Beratung eingesetzt. Die Arbeitsgemeinschaft will damit angesichts eines kaum noch überschaubaren Versicherungsmarktes und des damit wachsenden Nachfragedrucks auf die Verbraucherverbände ein rationell zu handhabendes Beratungsinstrument anbieten.

Neue Technologien

Göttingen (dpa/VWD) – Die rund 500 000 Handwerksbetriebe in der Bundesrepublik mit ihren 4 Millionen Beschäftigten sind nach Angaben ihres Verbandes bereit, sich den neuen Technologien zu stellen. Etwa 45 Prozent aller Handwerksbetriebe nutzten bereits die elektronische Datenverarbeitung. Die Zahl der computergestützten Fertigungsmaschinen nehme vor allem im holz- und metallverarbeitenden Gewerbe mit steil steigender Tendenz zu.

Im Aufwärtstrend

Würzburg (dpa/VWD) – Bei Weinen mit dem Deutschen Weinsiegel der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) zeichnet sich ein Trend zu einer herben Geschmacksrichtung ab. Der Anteil mit grün für halbtrokken und gelb für trocken gesiegelten Weine lag 1985 mit 48,4 Mill. bei 54 Prozent aller Weinsiegel-Flaschen. Im 1. Halbjahr erhöhte sich der Anteil halbtrockener Weine um 30 Prozent auf 6,6 Mill. Flaschen, der Anteil trokkener Weine um 16 Prozent.

Stahlproduktion geringer

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die deutsche Stahlproduktion ist bis Oktober mit 28,6 Mill. Tonnen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,8 Prozent gesunken. Die Roheisenerzeugung sank nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mit 22,4 Mill. Tonnen um 6,4 Prozent. Dennoch wuchs die Stahlerzeugung im September im Vergleich zum August um 4,5 Prozent auf 3,1 Mill. Tonnen und die Roheisenproduktion um 2,8 Prozent auf 2,4 Mill. Tonnen.

Weniger Arbeitsunfälle

St. Augustin (AP) – Die Zahl der Arbeitsunfälle in der gewerblichen Wirtschaft ist im ersten Halbjahr um 19,9 Prozent zurückgegangen. Wie der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften gestern in St. Augustin mitteilte, sind in den ersten sechs Monaten des Jahres 451 Menschen bei der Arbeit und 293 auf dem Weg zur Arbeit ums Leben gekommen. Vor einem Jahr waren es noch 580 und 349 gewesen.

PERSONALIEN

Erich Reichhuber wurde zum Direktionsmitglied Beschaffung und Logistik der Papierfabrik Albbruck, Albbruck, und zum Geschäftsführer der Papierfabrik Mochenwangen berufen.

Gerd Steffen (45), übernahm am 1. Oktober 1986 als Direktor die Leitung der neugegründeten Central Europe Region (Bundesrepublik, Österreich, Schweiz) und Eastern Europe Region (Ostblockländer) der MAI Basic Four, Inc. und wurde zum Geschäftsführer der deutschen MAI Gesellschaft ernannt.

Wolf Rosocha (43), zuletzt Produkt-Marketingleiter bei MDS, übernimmt ab sofort die Vertriebsleitung der MDS-Deutschland GmbH, Köln. Er ist Nachfolger von **Wolfgang Schröder** (42), der zum General Manager der REI – MDS Deutschland GmbH & Co. OHG, Menden, St. Augustin, ernannt wurde.

Gerhard Meckler übernahm am 1. Oktober den Vorsitz in der Geschäftsführung der Haeger & Schmidt GmbH, Duisburg. Er löst **Helmuth Simon** ab, der in den Ruhestand trat.

Eugenie Burgholte-Kellermann, Beiratsvorsitzende und Teilhaberin der Kamax-Werke Rudolf Kellermann GmbH & Co. KG, Osterode, wurde in den Vorstand der Vereinigung von Unternehmerinnen gewählt.

Reinold M. Fries, früherer Vorstandsvorsitzender der Peter Eckes, Nieder Olm, wurde zum Geschäftsführer der Gedelfi Großeinkauf GmbH + Co. KG, Köln, berufen.

Beiträge sollen stabil gehalten werden

Private Krankenversicherer: Ausgabenentwicklung 1986 günstiger als in der GKV

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die gesamten Aufwendungen der 40 privaten Krankenversicherer in der Bundesrepublik werden sich 1986 voraussichtlich günstiger entwickeln als in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Während die GKV schon im 1. Halbjahr einen Anstieg der gesamten Leistungsausgaben von mehr als fünf Prozent verzeichnete, geht der Verband der privaten Krankenversicherer (PKV-Verband) für seine Mitglieder von „fast fünf Prozent" aus. Das Beitragsaufkommen wird dagegen mit einer Steigerung von nur zwei Prozent auf rund 13,8 Mrd. DM unter dem Leistungsanstieg bleiben.

Bei der Betrachtung der Kostensteigerungen im laufenden Jahr berücksichtigt die PKV jedoch die Tatsache, daß sie 1986 ohne die bisher für sie günstigen Anlaufeffekte verschiedener gesetzgeberischer Maßnahmen auskommen muß. Die PKV vertraue jedoch „auf die kostendämpfenden Wirkungen ihres klassischen Instrumentariums, der prämiensparenden Selbstbeteiligung an den Leistungen und der Beitragsrückerstattung, um die Entwicklung der Gesundheitskosten in vertretbaren Grenzen zu halten und damit ihre sozialpolitische Position zu behaupten". Im letzten Jahr wurden den Versicherten rund 1,33 (1,03) Mrd. DM an Beitragsrückerstattung gezahlt.

Gelinge es den privaten Krankenversicherern weiterhin, die Beiträge stabil zu halten, werde sich dies positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der GKV auswirken. Die Bestandsentwicklung der PKV wird im Zahlenbericht 1985/86 als „erneut erfreulich" charakterisiert. Im letzten Jahr erhöhte sich vor allem wieder die Zahl der vollversicherten Personen, also derjenigen, die erstmals zur PKV stießen oder aus der GKV zur PKV wechselten, um 100 000.

Auch für 1986 wird nach vorliegenden Ergebnissen mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung in dieser Hauptversicherungsart (Ende 1985: 5,24 Millionen) gerechnet. Der Gesamtbestand der Versicherten in allen Versicherungsarten erhöhte sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um fast 600 000 auf 23,16 Millionen Tarifversicherte. Bis zum Jahresende soll die Zahl wesentlich darüber liegen. Derzeit sind rund 16 Prozent aller Bundesbürger privatversichert.

1985 stiegen die Beitragseinnahmen der PKV-Unternehmen um 3,5 (vier) Prozent auf rund 13,6 Mrd. DM. In dieser Entwicklung kam der für die PKV günstige Kostenverlauf in den Jahren 1983 bis 1985 zum Ausdruck, der Beitragsanpassungen weitgehend überflüssig werden ließ. Vereinzelt kamen die Privatversicherten sogar in den Genuß von Beitragssenkungen. Die Zunahme der Beitragseinnahmen erklärt sich aber auch aus dem Anstieg des Bestands in allen Versicherungsarten.

Den Beitragseinnahmen standen 1985 Gesamtaufwendungen von 13,1 Mrd. DM (plus 3,1 Prozent) gegenüber. Die reinen Versicherungsleistungen (ohne die aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung bar ausgezahlten und verrechneten Beiträge) erhöhten sich um 5,5 (6,3) Prozent. Damit lag diese Steigerungsrate auf dem Niveau der GKV. Der größte Teil der Versicherungsleistungen entfiel wieder auf die Krankenhäuser mit 3,75 (3,58) Mrd. DM oder 35 Prozent der Ausgaben. Für ambulante ärztliche Behandlungen wurden 1,73 (1,66) Mrd. DM aufgewendet, für zahnärztliche Leistungen und Zahnersatz 1,16 (1,08) Mrd. DM.

Öffentliche Anleihen gedrückt

Nach den Interventionen, die auch von der Bundesbank zugunsten des Dollar vorgenommen wurden, schrumpften die spärlichen Hoffnungen auf eine Leitzinssenkung in dieser Woche. Bei geringen Umsätzen wurden öffentliche Langläufer bis zu 0,35 Prozentpunkte zurückgenommen. Bei den Pfandbriefen veränderten sich die Renditen kaum, bei ebenfalls kleinen Umsätzen gingen 10jährige Titel im Handel unter Banken zu Renditen von 6,77 Prozent um, fünfjährige zu 5,78 Prozent.

F PWA 86/94	105,5	104,1
F Ranaw Look 86/91	700	650
F 5¾ Rhythm W. 83/88	1375G	1350G
F dgl. W. 84/89	629	630
F 3½ RWE 86/96	86,5	88
F Ryobi 83	1250T	1200G
F Salamander 86/96	160	162
F 6¾ Schering 83/90	315	315
F 3 Schw. Bankgesell.	3050	3051
F 5½ Sch. Bankver. I	267	266
F 2½ dgl. II	163	162
F Schw. Kreditanst.	–	1650
F Sanko 86/91	625	600
F 7¼ Siemens 83/90	470	457,5

F 3¾ dgl. o. O. 84	80,75G	80,75
F 2¾ dgl. m. O. 86	105,6	105,6
F 2¾ dgl. o. O. 86	78,5	78
F 4 SKA Fin. m. O. 85	127,5	127,5G
F 4 dgl. 85 o. O.	95,25	95,35
F 3 Teijin S. m. O. 85	210G	210G
F 3 dgl. o. O. 85	91,25T	91,1G
F 3¾ Trio Kenw 85 m. G	117G	114
F 3¾ dgl. o. O. 85	94,6	95
F 3¾ Tsumura Jun.84 m.O	113T	113T
F 3¾ dgl. 84 o. O.	95,5bG	95,6G
F 4 Veba 83 m. O.	198G	198G
F 4 dgl. 83 o. O.	89,2	89,15
F 3 VW 86 m. O.	154T	157T
F 3 dgl. 86 o.O.	75,5	75,25T

9¾ dgl. 81/91	112,25	112,5G
9¾ dgl. 82/91	111,5	111,5G
7¾ dgl. 82/92	107,25	107,25
6¾ dgl. 83/93	105,25	105,4
7¾ dgl. 84/96	104,1	104,15
6¼ dgl. 86/96	98,6	98,6
6¾ Austral IDC 72/87	100,25G	100,25G
6¾ Autop. C.E. 72/87	105bB	106
7½ Avon 85/95	104	105,75G
10¾ Banreal 82/90	106,1	107
8 Banco Obras 71/86	99,75G	99,75G
8½ BNDE 77/87	102G	102G
9¼ dgl. 80/88	103,5	105T
5¾ Bk. America 78/90	94,65	94,4
7 Bank China 85/92	102,35	103,2

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	100,7	100,7
F 6 dgl. 77	9/87	101,35	101,35
F 6 dgl. 78 II	7/88	102	102
F 6½ dgl. 77	5/89	103,45	103,4
F 8 dgl. 79 I	7/89	107,45	107,45
F 6 dgl. 78 I	2/90	102,9	102,8
F 8 dgl. 80 II	7/90	108,8	109,9

D 8 dgl. Pf 164	105,75G	105,75G
D 7 dgl. RS 162	104G	104G
D 9½ dgl. RS 172	100G	100G
D 9 dgl. RS 186	111,75G	111,75G
D 10 dgl. RS 195	100G	100G
F 7¾ Krd.Wied.aufb.79	101	101
F 8 dgl. 84	109,8G	109,8
F 10 dgl. 81	117	117
F 8½ dgl. 82	112,5	112,5
F 7½ dgl. 83	107,3G	107,3G
F 8¼ dgl. 83	110,7	110,7
F 7¾ dgl. 84	104,3	104,5
F 7½ dgl. 84 I	103,9G	103,9G

F Mitsui 82 S	321	320
F Mövenpick 86/98	233	221
F 5½ Nipp. Flour 84/89	4800	3850G
F 3¼ Nipp. Shin. 85/89	5100	5000
F Nisho Iwai S 86/89	–	–
F Nomura S 86/88	–	–
F Norsk Data	–	23,5
F Optec 86/91	1206	1206
F 3½ Philips'Gl 84/89	300	306,5
F Pirelli 86/93	190	190
F 8 Preussag 84/91	68,5	70,5

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Kaffee zog in den vorderen Sichten deutlich an. Kakao ging schwächer aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	6.10.	3.10.
Dez.	264,00-263,75	268,00-268,25
März	259,00	262,00-261,50
Mai	256,00	248,50

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

6.10.	3.10.
26,00	26,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	6.10.
Okt.	45,60-46,00
Dez.	46,43-46,45
März	47,20
Mai	47,62
Juli	48,00
Okt.	49,50

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1 46,62

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	7.10.
Okt.	582-585
Dez.	558-560
Jan.	550-555

Wieder Sonderbewegungen

Verunsicherung durch schwankenden Dollar

Am Aktienmarkt wurden am Dienstag die selektiven Käufe fortgesetzt. Es kam wieder zu Sonderbewegungen. Der Handel blieb schleppend. Wegen des stark schwankenden Dollar hielten sich die meisten Anleger zurück. Wegen geringer Abgaben blieb die Tendenz dennoch stabil.

Das Kaufinteresse richtete sich auf Aktien des elektronischen Bereiches. Viel beachtet wurde der Anstieg der Siemens-Aktien, für die auch aus London Kaufaufträge vorlagen. Erneut fest tendierten Springer-Aktien, deren Kurs die 600-DM-Marke übersprang. Zugenommen hat das Interesse für Konsumtitel, besonders für Hussel. Der Fahrzeugbereich wird durch die Plazierung der vom Bund und Land Niedersachsen nicht bezogenen VW-Aktien belastet. Die VW-Vorzüge werden von den Banken zum Preis von 450 DM netto offeriert. VW-Aktien fielen weiter zurück, so daß die Differenz zwischen beiden Kategorien auf rund 34 DM geschrumpft ist. VW-Stämme leiden unter Tausch-operationen, die von Großanlegern zugunsten der Vorzüge vorgenommen werden. Die Deutsche Bank erreichte zeitweise 800 DM. Auch hier will man Auslandskäufe beobachtet haben. Versicherungswerte wurden nach den vorangegangenen Kurssteigerungen auf Vortagsniveau umgesetzt. Stabil weiterhin Titel der Großchemie.

Nachbörse: freundlich

DW-Ak.Ind.: 276,06 (275,50)
DW-Ums.Ind.: 3792 (4173)
Adv.-decline-Zahl: 187 (109)
38-Tg-Linie: 279,49 (279,56)
200-Tg-Linie: 279,61 (279,51)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf 7.10.	6.10.	Frankfurt 7.10.	6.10.	Hamburg 7.10.	6.10.	München 7.10.	6.10.
AEG	[illegible]							
BASF	[illegible]							
Bayer	[illegible]							
[illegible]								
DM-Total. in 1000 DM	[illegible]							

Aktien-Umsätze

[illegible]			

Inland

		7.10.	6.10.
H	Aach M Beit. 12,5	2510	2540
H	Aach. M. Vers. 7	2100	2145
D	Aach. Rück. 9	2700	2830
D	Aeeg *4	390G	390G
M	Ack-Gögg. 8	165	165
H	Adca 3	180,5	180
D	Adler 12+16	300	302T
F	AEG 0	526,8	521
D	AEG KABEL 9	450	415bG
S	Aesculap 9	415G	413
F	AGAB 5	161	162,5
[illegible]			
D	Colonia Vers. 6	675	680
D	Commerzb. 8	319	570
D	Cobk.Reste*0 RM	14,4bG	15G
F	Cobk.Genußsch.	122	122
D	Conc. Chem. 4,5	283G	285
B	Conc. Spinne *0	590T	590T
D	Contigas 8	347	341
D	Conti Gummi 5	327,5	321
D	Dahlb. St. 7,75	265	258
D	dgl. Vz. 14,75	394	398
S	Daimler 12+2,5	1253	1255
M	Deckel AG 6	279	227,5bG
F	DG Bank Gen. 8,5%	114,5G	114,5G
D	Dt. Atl. Tel 10	780T	765T
[illegible]			

Freiverkehr

[illegible]			

Ungeregelt. Freiverkehr

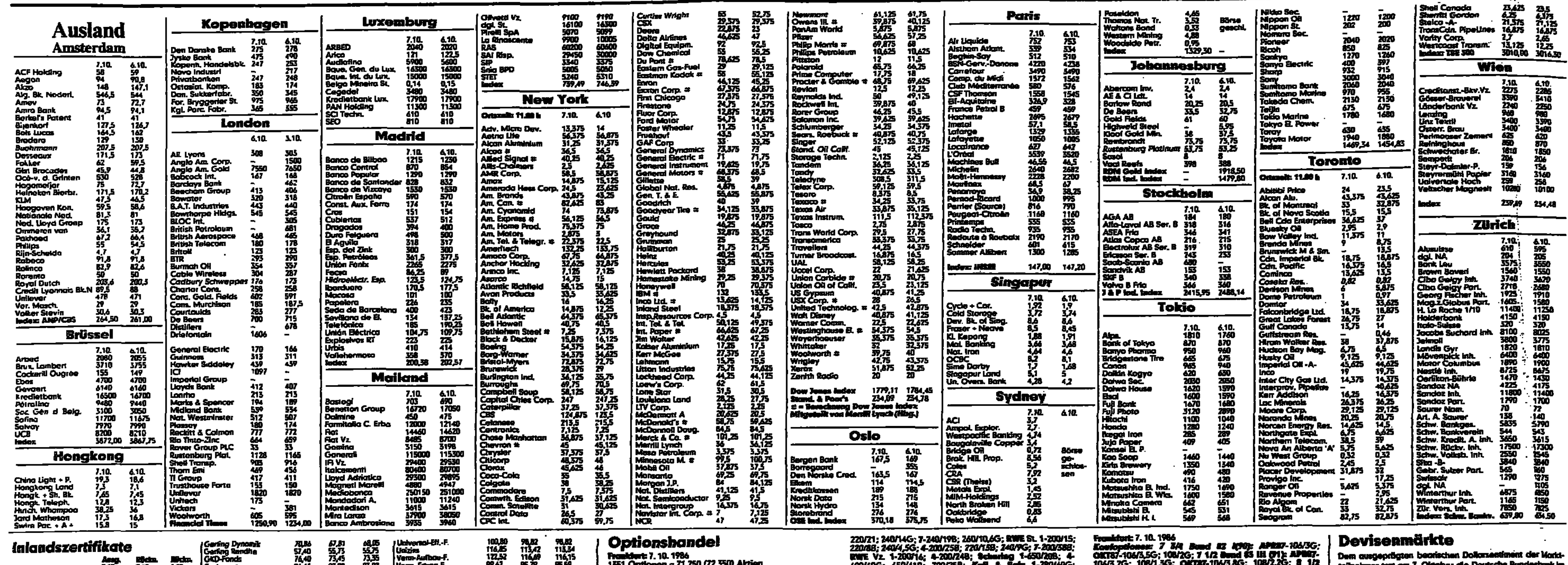
[illegible]			

Unnotierte Werte

[illegible]			

Ausland in DM

[illegible]			



Optionshandel

Frankfurt: 7. 10. 1986
1351 Optionen = 71 250 (72 350) Aktien,
davon 151 Verkaufsoptionen = 7750 Aktien.

Devisenmärkte

Dem ausgeprägten bearischen Dollarsentiment der Marktteilnehmer trat am 7. Oktober die Deutsche Bundesbank im Rahmen einer konzertierten Intervention mit anderen europäischen Nationalbanken entgegen. Der Dollar-Kurs zog daraufhin bei lebhafter Umsatztätigkeit in der Spitze bis 2,015 an. Die Nationalbankaktivitäten setzten auf einem Kursniveau um 1,985 ein, als es den Anschein hatte, daß sich die Abwärtsbewegung des US-Dollar zu verselbständigen drohte. Nach der amtlichen Notiz von 2,0108 bildete sich der Kurs in einem nervösem Handelsgeschehen wieder leicht zurück. Entgegen der allgemeinen Tendenz verzeichnete das Irische Pfund mit 2,725 ein neues absolutes Tief. Der Schweizer Franken verlor 47 Pfennige auf 122,66, da sich die Dollarschwächung gegenüber dem Franken stärker ausgeprägt hatte. US-Dollar in: Amsterdam 2,2705; Brüssel 41,68; Paris 6,58; Mailand 1390,60; Wien 14,172; Zürich 1,6395; Ir. Pfund/DM 2,725; Pfund/Dollar 1,4367; Pfund/DM 2,889.

Devisen und Sorten

7.10.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Wechs. Ank.-Kurs⁴	Sorten³ Ankauf	Verkauf
New York¹	5,50	2,0068	2,0148	1,9927	1,95	2,05
London²	10,0	2,882	2,896	2,829	2,81	2,96
Dublin²	16,5	2,718	2,732	2,671	2,65	2,80
Montreal¹	8,58	1,447	1,455	1,4264	1,39	1,49
Amsterd.	5,00	88,35	88,57	88,295	87,50	89,25
Zürich	4,00	122,56	122,76	122,65	121,25	124,00
Brüssel	8,00	4,811	4,831	4,784	4,68	4,86
Paris	9,50	30,45	30,61	30,17	29,65	31,30
Kopenh.	7,00	26,48	26,60	26,245	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,27	27,39	26,565	26,25	28,00
Stockh.	8,00	29,13	29,29	28,845	28,25	30,00
Mailand³**	12,0	1,44	1,45	1,422	1,41	1,49
Wien	4,00	14,196	14,236	14,17	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,506	1,516	1,482	1,46	1,58
Lissabon**	14,5	1,364	1,384	1,331	1,18	1,65
Tokio	3,50	1,300	1,308	1,297	1,255	1,315
Helsinki	8,50	40,97	41,17	40,32	40,00	42,00
Belgrad* **	–	–	–	–	0,22	0,62
Budap.* **	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen* **	20,5	1,465	1,517	–	1,00	1,75
Ankara* **	–	–	–	–	0,19	0,38
Sydney*	–	1,2665	1,2855	–	1,21	1,33
Johannbg.*	10,5	0,888	0,922	–	0,75	1,08
Hongkong*	–	25,64	25,92	–	23,00	30,00

Alles in Hundert; ¹1 Dollar; ²1 Pfund; ³1000 Lire; ⁴Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810G, VAB 2950T. Düsseldorf: BMW 591, Goldschm. 248, IKB 266, Lehnkering 220TG, O & K 132,5. Frankfurt: BMW 591, Frankona Vz. 685bG, Fuchs St. 172,1bG, Fuchs Vz. 162, Goldschm. 243bG, IKB 268, Magdeburger Feuer NA 530G, Magdeburger Feuer 1150T, Motorkraft 535, Mercedes 1092, Ymos Vz. 183. Hamburg: –. München: Mercedes 1110bB, Stumpf 125G, VAB 2880G.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Colonia 5,9, Magd. Feuer 190, Zanders entf. Frankfurt: Colonia 5,9, Magd. Feuer 190. München: –. Hannover: Magd. Feuer 190.

Bremser am Markt

KHS. – Seit es sich weltweit herumgesprochen hat, daß Factoring dort erst anfängt, wo das klassische Instrumentarium der Geldbeschaffung über die Banken versagt hat, kommt die Branche auf den internationalen Märkten stetig – in einzelnen Ländern sogar stürmisch – voran.

Auch in Europa, namentlich in Italien, gedeiht dieses Geschäft. Erstmalig in der Geschichte des *Factoring gelang es den Europäern* im vergangenem Jahr, mit einem Umsatzvolumen von etwa 39 Milliarden US-Dollar ihre einstigen Lehrmeister aus den USA zu überrunden.

Nach wie vor ist die Entwicklung der Nachfrage nach Factoring-Leistungen von Land zu Land verschieden. Sie ist abhängig von der jeweiligen historischen und sozialen Entwicklung, vom spezifischen nationalen Recht, von der Struktur des Kreditwesens sowie von den jeweils geltenden Handelsusancen der einzelnen Staaten.

So erreichten die Factoring-Umsätze zum Beispiel in den skandinavischen Staaten bereits vier Prozent des Bruttosozialprodukts. Davon können die Anbieter am Markt der Bundesrepublik Deutschland, wo die Vergleichszahl derzeit kaum mehr als 0,5 Prozent ausmacht, nur träumen.

Gewiß, auch hierzulande gelingt es, die Aktivitäten im Factoringgeschäft zu mehren. Immerhin können die Factoringinstitute am deutschen Markt ihr Umsatzvolumen seit Jahren um jeweils zweistellige Zuwachsquoten heben. Doch bewegen sie sich hiermit nach wie vor auf der unteren Stufe ihrer tatsächlichen Möglichkeiten.

Daß nicht mehr erreicht wurde, hat viele Gründe. Dazu gehört unter anderem die Unbeweglichkeit verantwortlicher Politiker, die zwar nicht müde werden, die Vorteile des Leistungswettbewerbs in einer freien Marktwirtschaft zu loben, die es aber – wie die unheilvollen Praktiken beim Abtretungsverbot zeigen –, unterlassen, die zu Lasten der Mittelbetriebe (Hauptzielgruppe der Factoringinstitute) verlorengegangene Chancengleichheit wiederherzustellen.

Solange dieser in Europa einmalige Zustand fortbesteht, wird man am deutschen Factoringmarkt wohl schwerlich mehr erwarten können.



Factoring ergänzt die traditionelle Funktion der Banken – das Geldbeschaffen – wie hier in Frankfurt, der Metropole des Kapitals.
FOTO: JUPP DARCHINGER

Vorteile durch eine zentrale Regulierung

Von KARL BRASE

Die Zentralregulierung ist eine besondere Dienstleistung der Einkaufsverbände gegenüber deren Mitgliedern einerseits und ihren Lieferanten andererseits. Es handelt sich hierbei um ein Abrechnungssystem, bei dem die Rechnungen der Vertragslieferanten an die Mitglieder von dem Verband zentral bearbeitet und in der Regel unter Übernahme des Delkredere reguliert werden. Damit übernehmen die Einkaufsverbände zum Teil nicht unbeträchtliche Obligen.

Die Risiken hieraus dürften vor dem Hintergrund des tiefgreifenden Strukturwandels im Einzel- und Großhandel künftig eher noch zunehmen. Ein wesentliches Kennzeichen dieser Entwicklung ist der Verdrängungswettbewerb, den die Großkonzerne und Filialisten betreiben. Durch aggressive Kalkulations- und Sortimentspolitik versuchen sie, ihren Marktanteil ständig zu Lasten der mittelständischen Unternehmen zu erhöhen.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, werden die Einkaufsverbände in immer stärkerem Maße gezwungen, unternehmerische Lösungen in Frage zu stellen und nach neuen Alternativen zu suchen. Ziel muß es sein, durch Konzentration der Kräfte auf verkaufsfördernde Maßnahmen die Mitglieder im Verband so zu stärken, daß sie sich durch ein vorteilhaftes Preis-Leistungs-Verhältnis im Markt profilieren.

Eine dieser Maßnahmen kann die Ausgliederung der Zentralregulierung als hochspezialisierte Teilaufgabe auf einen Verbundpartner sein.

Umfassendes Angebot

So führt die DG Diskontbank, ein Spezialinstitut der DG Bank-Gruppe, seit vielen Jahren für namhafte Verbände die Zentralregulierung mit großem Erfolg durch. Die Verbindung von Datenverarbeitungs-Service, hundertprozentigem Delkredereschutz und Finanzierungsmöglichkeiten stellt für die Einkaufsverbände ein umfassendes, interessantes Leistungsangebot dar.

Durch die Übertragung dieser Dienstleistung auf einen Spezialisten mit Bankstatus wird unter anderem auch dem Sicherheitenbedürfnis der Lieferanten Rechnung getragen, die zunehmend sensibler auf das Zahlungsverhalten der Einkaufsverbände beziehungsweise ihrer Mitglieder reagieren.

Die Vorteile der Ausgliederung der Zentralregulierung, insbesondere der Freistellung von den Risiken aus der Delkredereübernahme, liegen für den Verband vor allem darin, daß hohes und zudem teures Eigenkapital für die Abdeckung von Debitorenausfällen nicht erforderlich ist und sich somit ein Zielkonflikt zwischen Kapitalbildung aus erwirtschafteten Erträgen und hoher Ausschüttung zwecks Förderung der Mitglieder nicht stellt.

Marketing für Mitglieder

Zudem werden durch Insolvenzen von Mitgliedern die Stabilität und Kontinuität der Ertragskraft des Verbandes nicht beeinflußt. Damit ist eine gleichbleibende Ertragsausschüttung gewährleistet, die wiederum den Bemühungen, neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen, entgegenkommt.

Der Erfolg eines Einkaufsverbandes liegt letztlich im Nutzen, den er für seine Mitglieder nicht nur unter Kosten-/Ertragsgesichtspunkten, sondern auch unter Marketingaspekten erbringt. Insofern hält die Zentralregulierung durch einen Spezialisten den Rücken frei für die schwierige Bewältigung künftiger Aufgaben. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, die Existenz seiner Mitglieder zu fördern und zu sichern.

Der Autor ist Mitglied des Vorstandes der DG Diskontbank, Frankfurt.

Der Computer verhilft zum schnellen Überblick

Beim Kauf von Forderungen bleibt so das Risiko gering

Von WALTER HOFFMANN

Factoring als Antwort auf Fragen in den Bereichen Debitorenbuchhaltung, Risikoüberwachung und Finanzierung ist als Rechtsgeschäft das geblieben, was es immer war, der Kauf von Forderungen. Die Formen, in denen diese Finanz- und Dienstleistungen angeboten werden, haben sich im Laufe der Jahre geändert, so wie sich die Bedürfnisse des Marktes wandelten.

In den Anfangszeiten des Factoring in Deutschland, in den sechziger Jahren, war für sehr viele Firmen die Debitorenbuchhaltung noch eine lästige Angelegenheit. EDV-Anlagen waren damals noch sehr teuer und für kleine und mittlere Firmen nicht wirtschaftlich einzusetzen. Die Factoring-Institute hingegen waren auf leistungsfähige DV-Anlagen angewiesen, wollten sie die Vielzahl der Buchungsvorgänge rationell abwickeln. Dadurch konnten sie ihren Kunden einen Überblick über ihre Abnehmer und die gegen sie gerichteten Forderungen bieten, wie sie die Firmen sich selbst nur mit großen Kosten verschaffen konnten.



Auch heute noch ist dieser Aspekt für viele Factoring-Kunden wichtig. Die vom Factor kommenden Unterlagen geben auf einen Blick Auskunft über die Struktur der Forderungen und die darin enthaltenen Risiken. In der Regel erhalten die Kunden wöchentlich eine Liste der offenen Posten, aus der sie die Altersgliederung der Forderungen je Abnehmer und insgesamt ersehen. Ferner läßt sich erkennen, welche Forderungen die eingeräumten Limite überschreiten oder welche Forderungen mit Einreden behaftet sind.

Neue Angebote für Kunden

Der Factor ist Spezialist auf dem Gebiet der Forderungsverwaltung und der Beurteilung von Forderungsrisiken. Er hat sich ein umfangreiches Know-how erworben, das seinen Ausdruck darin findet, wie er die gekauften Forderungen im Interesse seines Kunden verwaltet und welche Informationen er hierüber seinem Kunden wann zur Verfügung stellt.

In dem Maße, in dem die Computerhersteller immer leistungsfähigere Anlagen zu relativ immer niedrigeren Preisen auf den Markt brachten, kamen auch mittlere und kleine Firmen zu gut organisierten Systemen für die Debitorenbuchhaltung. Potentielle Factoring-Kunden aus diesem Kreise legen keinen Wert darauf, diese Arbeiten auf einen anderen zu übertragen.

Die Heller Factoring Bank bietet daher seit Mitte der siebziger Jahre Bulk-Factoring an. Dabei führt der Kunde die Debitorenbuchhaltung in eigener Regie weiter und informiert nun seinerseits die Factoring-Bank anhand von OP-Listen und sonstigen Unterlagen über Stand und Entwicklung der von ihr gekauften Forderungen. Er führt auch das Mahnwesen weiter und schaltet den Factor erst ein, wenn die letzte Mahnung erfolglos war.

Tägliche Informationen

Können die Unterlagen nicht in der von der Factoring-Bank gewünschten Form präsentiert werden, weil sich zum Beispiel die verwendete Software nur mit erheblichem Aufwand modifizieren läßt, kann der Kunde ihr Datenträger zur Verfügung stellen oder übermittelt ihr die Daten mittels Datenfernübertragung (DFÜ).

Nicht die Qualität von Hard- und Software allein sind entscheidend für die Güte der Forderungsverwaltung. Die Menschen, die damit arbeiten, sind der ausschlaggebende Faktor, ihre Ausbildung und ihr Arbeitsstil.

In einer solchen Situation bietet sich an, daß der Kunde dem Factor nur die Daten über die geschriebene Rechnung entweder mit Datenträger oder DFÜ übermittelt, der Factor die übrige Forderungsverwaltung durchführt und dem Kunden die Ergebnisse wieder mittels Datenträger oder DFÜ zusendet, die dieser in seiner EDV nach seinem gewohnten Schema wieder lesbar macht.

Für viele Firmen, die die Verwaltung der Forderungen auf die Factoring-Bank übertragen haben, ist es wünschenswert, nicht nur einmal wöchentlich über den Stand einzelner Abnehmer informiert zu sein, sondern täglich oder sogar mehrmals täglich.

Es ist abzusehen, daß der Factoring-Kunde in nicht allzu ferner Zukunft den direkten Zugriff auf die Daten seines Abnehmerkreises bei seiner Factoring-Bank hat. Er wird so immer die aktuellsten Zahlen verfügbar haben, ohne daß er sich mit den Arbeiten der Debitorenbuchhaltung belasten muß.

Der Autor ist Prokurist der Heller Factoring Bank, Mainz.

Trotz zweistelliger Wachstumsraten sind die Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft

Falsche Beurteilung der Branche – Mit Factoring lassen sich die Marktchancen besser nutzen

Von DIETER KLINDWORTH

Bei einem Vergleich des deutschen Factoringmarktes mit den Märkten im europäischen Ausland darf die Feststellung erlaubt sein, daß das deutsche Factoringvolumen sich äußerst bescheiden ausnimmt.

Zwar gibt es seit Jahren zweistellige Wachstumsraten, jedoch gemessen an den Möglichkeiten dieses modernen Absatzinstruments ist der Ausnutzungsgrad weiterhin sehr gering.

Sicherlich war bis Ende der siebziger Jahre der verlängerte Eigentumsvorbehalt ein starkes Hindernis in der Entwicklung der Branche und bedeutet bis heute das Abtretungsverbot ein schwerwiegendes Hindernis, aber dies reicht als Erklärung für die zu zaghafte Anwendung des Factorings nicht aus.

Betriebswirtschaftliche Gründe beziehungsweise eventuell zu hohe Kosten können ebenfalls nicht herangezogen werden, da nach allen Erfahrungen die betriebswirtschaftlichen Vorteile überwiegen.

Das Kernproblem der mangelnden Inanspruchnahme dieses Absatzinstruments ist zumindest im deutschen Markt in der falschen Beurteilung des Factoring begründet.

Die leider noch allzuoft vertretene Meinung, es sei die Aufgabe eines Factors, notleidende Unternehmen zu neuen Erfolgen zu führen, beruht nur auf der Unkenntnis über das Factoring-Geschäft. Der Factor ist mehr als eine Bank darauf angewiesen, in seinem Anschlußkunden einen seriösen und gut fundierten Partner zu haben, weil er meist nicht die Möglichkeit besitzt, die sonst bei Kreditvergaben üblichen Sicherheiten zu verlangen.

Weit verbreitet ist denn auch die Ansicht, der Factor richte sich in seiner Beurteilung nur nach den Risiken der von ihm zu kaufenden Forderungen. Da er die Bonität der Schuldner vor Ankauf der Forderungen prüft und je nach Ergebnis dieser Bonitätsprüfung seine Entscheidung fällt, habe er seine Risiken abgesteckt.

Die Annahme, das eigentliche Risiko des Factors läge nur im Schuldnerkreis, stimmt nicht, denn hier vermag der Factor mit mathematischen Erfahrungssätzen ähnlich der Versicherungsgesellschaft aufgrund des „Gesetzes der großen Zahl" seine Ausfallquoten zu kalkulieren. Die Höhe der Ausfallquote findet im Preis, hier die Factor-Gebühr, ihren Niederschlag. Ein entscheidendes Risiko für den Factor – und mit dieser Ansicht stößt man bei Gesprächen mit den sich für Factoring interessierenden Unternehmen zunächst auf Unverständnis – ist im Bereich des Anschlußkunden zu finden.

„Die oft vertretene Meinung, es sei Aufgabe eines Factors, notleidende Unternehmen zu neuen Erfolgen zu führen, beruht auf der Unkenntnis dieses Geschäfts."

Dieter Klindworth

Die Erfahrung lehrt nämlich, daß eine Reihe von Tatbeständen existiert, für die der Forderungsverkäufer auch nach Verkauf der Forderung verantwortlich bleibt. Die volle Verantwortlichkeit für den Bestand einer Forderung verlangt vom Anschlußkunden die Fähigkeit, jederzeit und in Höhe der verkauften Forderung die erkennbar gewordenen Mängel jeglicher Art finanziell abdecken zu können.

Die in deutschen Führungsetagen noch oft verbreitete Ansicht, daß nur solche Unternehmen ihre Forderungen verkaufen, die es finanziell sehr nötig haben, ist also falsch. Allerdings ist hierin der entscheidende Grund zu sehen, weshalb Factoring bisher nicht den vollen Durchbruch geschafft hat.

Auf der Basis dieser Betrachtung stellt sich nunmehr die Frage: Was spricht gegen Factoring, wenn denn nicht die Kosten?

In einer Zeit hoher Insolvenzraten wächst das Bedürfnis nach Sicherheit. Demzufolge finden zinsbewußte Unternehmen den Weg zum Kreditversicherer oder zum Factor, der im Gegensatz zum Kreditversicherer das 100prozentige Delkredere übernimmt.

In einer Zeit hohen Kapitalbedarfs bei zu geringer Eigenkapitalquote ist es für ein erfolgsorientiertes Unternehmen von großer Bedeutung, über erhebliche Liquiditätsreserven zu verfügen. Die hieraus resultierende Einkaufsmacht ist in jeder Beziehung für die Rentabilität eines Unternehmens bedeutsam.

In einer Zeit starker Durchdringung fremdländischer Märkte ist es von Vorteil, einen kundigen Partner in Form eines Factors zu haben, der die Abwicklung und Realisierung der Forderungen übernimmt und dem mittelständischen Unternehmen insbesondere mit Rat und Tat zur Seite steht.

Die aufgezeigten Aspekte machen deutlich, daß durch einen betriebswirtschaftlich sinnvollen Einsatz des Factoring den Unternehmen eine neue Möglichkeit gegeben wird, die sich ihnen bietenden Marktchancen besser zu nutzen.

Die Möglichkeiten des Factoringmarktes sind zur Zeit noch unerschöpflich, seine Grenzen sind gegenwärtig eher psychologischer Natur.

Es gilt, diese Grenzen mit Hilfe vermehrter Öffentlichkeitsarbeit aufzuweichen, damit in der Wirtschaft das Instrument des Factoring als das beurteilt wird, was es ist, nämlich ein modernes Absatzinstrument, mit dem man unternehmerische Zukunft besser gestalten kann.

Auf diesem Hintergrund kann man mit einer weiteren Durchdringung des Marktes rechnen, deren Tempo sich vorrangig an der Abnahme psychologischer Vorbehalte ausrichten wird. Zweistellige Wachstumsraten sollten also auch künftig realistisch sein. Ein beschleunigtes Wachstum vor allem im Exportfactoring ist nicht auszuschließen.

Der Autor ist Geschäftsführer der Procedo Gesellschaft für Exportfactoring D. Klindworth mbH, Wiesbaden

Entwicklung der gekauften Forderungen

in Mio. DM

1000, 900, 800, 700, 600, 500, 400, 300, 200, 100

1982/83 – 1983/84 – 1984/85 – 1985/86

Verlags-factoring – Industrie-factoring – Summe

Die Dynamik des Factoring-Geschäfts am Beispiel der VVA Bertelsmann Distribution dokumentiert das Wachstum des Geschäftsvolumens.

Factoring sichert dem Mittelstand oft die notwendige Liquidität

Mangelnde Eigenkapitalausstattung deutscher Unternehmen durch hohe Steuerlast

Von HANS VOLKER MAYER

Das Finanzierungs- und Dienstleistungsinstrument Factoring gibt es nun seit über 25 Jahren. Um so erstaunlicher ist es, daß vielen wirtschaftlich interessierten Personen oder Gruppen der Begriff Factoring fremd ist oder sie nur unklare Vorstellungen haben. Gleichwohl hat Factoring in der mittelständischen Wirtschaft inzwischen eine hohe Akzeptanz gefunden und sich einen festen Platz erobert.

Dies liegt nicht zuletzt an den enormen Liquiditätsvorteilen, die Factoring mit sich bringt. Häufig ist es nämlich dem Unternehmer nur mit dem umsatzkongruenten Finanzierungsinstrument Factoring möglich, sein eigentliches Ziel, die Rentabilität, zu erreichen. An erster Stelle aber steht, und das zeigen viele Insolvenzfälle, die Liquidität.

Bei der Liquidität hat es die mittelständische Wirtschaft besonders schwer, mitzuhalten, weil ihr in aller Regel der Gang zum Kapitalmarkt nicht offensteht. Hinzu kommt noch gegenüber der Großindustrie und mittelständischen Unternehmen in anderen Ländern eine zu geringe Eigenkapitalausstattung, die häufig bei 18 Prozent und darunter (bezogen auf die Bilanzsumme) liegt. Diese mangelnde Eigenkapitalausstattung ist zu einem ganz erheblichen Teil auf die von den Unternehmen zu tragende Steuerlast zurückzuführen.

Nach einer vergleichenden Erhebung des Instituts der Deutschen Wirtschaft liegt die Steuerlast der deutschen Unternehmen bei nahezu 70 Prozent, während sie in Japan bei rund 69, in den USA bei etwa 54, und in der Schweiz bei nur 49 Prozent liegt. In Großbritannien sank in diesem Jahr sogar die Steuerlast um etwa zehn auf jetzt 35 Prozent des Gewinns. In den USA wird die Steuerbelastung – allerdings unter Wegfall verschiedener Abschreibungsmöglichkeiten – auf maximal 28 Prozent gesenkt.

Leider ist in der Bundesrepublik eine kurzfristig veränderte eigenkapitalstärkende Steuergesetzgebung nicht in Sicht, so daß die mittelständische Wirtschaft ihre Probleme weiterhin selbst zu lösen hat.

Mit dem Finanzierungs- und Dienstleistungsinstrument Factoring steht jedoch dem Mittelstand eine wesentliche Finanzierungsergänzung zu den herkömmlichen Bankfinanzierungen zur Verfügung. Deshalb wird Factoring heute oft zu Recht auch als die Mittelstandshilfe bezeichnet.

Dabei versteht sich von selbst, daß sich dieses Instrumentes nur solvente, in ihrer Gesamtstruktur gesunde, mittelständische Unternehmen bedienen können. *Für marode oder kurz* vor der Insolvenz stehende Unternehmen ist dieses Instrument mit Sicherheit nicht geeignet.

So wie Leasing eine hervorragende Finanzierungsergänzung im Anlagevermögen bietet, bringt Factoring die sofortige Liquidierung im Umlaufvermögen, nämlich bei den Forderungen. Damit werden die Außenstände zu Bargeld und also sofort verfügbar.

Hans Volker Mayer ist Geschäftsführer der Süd-Factoring GmbH, Stuttgart. FOTO: DIE WELT

Mit der dadurch gewonnenen Liquidität kann nun der Unternehmer sämtliche Lieferantenrechnungen voll skontieren. Das sind heute Skontobeträge von zwei und mehr Prozent. Der hieraus resultierende Zinseffekt liegt häufig über 30 Prozent im Jahr. Hinzu kommen noch die Vorteile eines Barzahlers, der meistens bessere Einkaufspreise erzielt und ansonsten von seinen Lieferanten bevorzugt bedienst wird. Wichtig wird dieser Aspekt bei Lieferengpässen.

Häufig ist der Lieferant gezwungen, nur Abnehmer zu beliefern, die auch skontieren. Um den Zahlungseingang zu beschleunigen, bietet der Lieferant seinen Abnehmern häufig auch noch Eilskonto an. Mit Factoring kann er aber auf diese teure, weil über den Kosten des Factoring liegende Finanzierungsmethode verzichten.

Ein weiterer Liquiditätsvorteil ist auch darin zu sehen, daß die aus Factoring gewonnene Liquidität den Lieferanten frei und unabhängig von der Einhaltung der Zahlungsziele seitens seiner Debitoren macht. Diese Unabhängigkeit ist insbesondere in Zeiten von Hochzinsphasen oder bei schlechtem Geschäftsverlauf bei den Abnehmern wichtig, weil dann die meisten Debitoren den Lieferantenkredit verstärkt in Anspruch nehmen.

Geradezu ideal und problemlos sind Umsatzexpansionen mit Factoring zu finanzieren, da sich der Mittelzufluß laufend an die jeweiligen Außenstände anpaßt. Die Liquiditätsvorteile drücken sich auch darin aus, daß durch den Verkauf der Forderungen diese vom Unternehmer nicht zu bilanzieren sind. Mit der sich dadurch verkürzenden Bilanzsumme erhöht sich gleichzeitig prozentual das Eigenkapital und spiegelt somit die deutlich verbesserte Liquiditätslage wider.

Die Factoring-Finanzierung ermöglicht auch eine wesentlich verbesserte Finanzplanung. Bisher war man bei Planungen des Zahlungsrückflusses von vielen Unwägbarkeiten abhängig, zum Beispiel vom Zahlungsverhalten der Neukunden oder von der Auswirkung des Konjunkturverlaufs auf die Zahlungsweise. Jetzt läßt sich mit dem Einsatz von Factoring der Forderungsrückfluß als exakt planbare Größe einstellen.

Mit der aus Factoring gewonnenen Liquidität war es Unternehmern auch schon möglich, Gesellschafter oder Erben auszubezahlen, ohne dadurch bespielsweise bisherige Skontovorteile aufgeben zu müssen. Neben den vielen Liquiditätsvorteilen bringt Factoring auch in den Bereichen Dienstleistung (Buchhaltung, Inkasso, Mahnwesen) und Delkredere (100prozentiger Versicherungsschutz) weitere erhebliche Vorteile.

„Geld-Logistik“ weiter auf dem Vormarsch

Von WOLFPETER HOCKE

Das zur Finanz-Dienstleistung zählende Factoring-Geschäft bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten, Unternehmen – insbesondere aus dem mittelständischen Wirtschaftsbereich – von Bankkrediten zu entlasten. Dies haben die Factoring-Spezialisten bei Bertelsmann Distribution in Gütersloh erkannt und diese Dienstleistung über die letzten Jahre sukzessiv ausgebaut.

Als Dienstleister für über 300 Industriekunden der Branchen Verlag, Audio und Video, Textil und Optik, Computer-Hard- und -Software, wird in Gütersloh zur Optimierung des Warenflusses eine hochautomatisierte und EDV-gesteuerte Distributionslogistik eingesetzt. Dabei gewinnt das Factoring als „Geld-Logistik“ immer mehr an Bedeutung.

Besonders die mittelständischen Unternehmen nutzen die drei Factoring-Funktionen, die erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringen.

Die erste ist die Dienstleistungsfunktion, innerhalb derer der Factor die gesamte Debitoren-Buchhaltung für den Auftraggeber effizient und rationell abwickelt. Entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen führt der Factor die Kundenkonten, überwacht die Bonität, mahnt, klärt Kontendifferenzen und pflegt die Kundenkontakte. Darüber hinaus rundet das gerichtliche Mahnverfahren bis hin zur Konkursabwicklung das Dienstleistungsangebot ab.

Die zweite Factoring-Funktion leitet sich aus dem Delkredere-Service ab. Der Factor legt das Kreditlimit fest, bereitet Lieferentscheidungen vor und übernimmt das Ausfallrisiko für die vom Auftraggeber gekauften Forderungen. So erhält der Auftraggeber vom Factor die Forderungen ausbezahlt, selbst wenn der Kunde insolvent geworden ist.

Dritter und wesentlicher Teil der Factoring-Dienstleistung ist die Finanzierung des Forderungsbestandes des Auftraggebers. Sofort nach Entstehen der Forderung kann nämlich der Auftraggeber über maximal 90 Prozent des Geldes verfügen. Die restlichen zehn Prozent werden unter Abzug der Factoring-Gebühren unmittelbar nach Fälligkeit ausgezahlt. So ist der Auftraggeber schneller liquide, als wenn er das Inkasso in eigener Regie durchführen würde.

Die Vorteile des Factoring-Nutzers liegen vornehmlich im Abbau des Personal- und Sachkosten-Bereichs der Debitoren-Buchhaltung, Kreditabteilung sowie Mahn- und Inkasso-Abteilung.

Factoring reduziert darüber hinaus die Warenbezugskosten, weil der Auftraggeber über die Vorfinanzierung eigene Lieferverbindlichkeiten mit Skonto bezahlen kann. Durch die „Geld-Logistik“ bieten sich dem Unternehmer neue Wachstums- und Investment-Chancen, neue Impulse für Umsatzentwicklung.

Das Risiko wird kalkulierbarer, denn insolvente Kunden, die den Auftraggeber in eine prekäre Situation bringen könnten, sind durch Factoring als „Unternehmensversicherung“ abgedeckt. Mehr Liquidität, höhere Rentabilität und geringere Kapitalbindung – Factoring bringt deutliche unternehmerische und damit betriebswirtschaftliche Vorteile.

Der Autor ist Abteilungsleiter bei der VVA Bertelsmann Distribution, Gütersloh

Das Abtretungsverbot verstärkt die Käufermacht

Zweifel an der Wirksamkeit dieser Bestimmung

Von KLAUS BETTE

Schon Bert Brecht hat in seiner pfiffigen Analyse der Geschäfte des Herrn Julius Cäsar gezeigt, wie sich die Machtverhältnisse in den Beziehungen zwischen Gläubiger und Schuldner umkehren können. Nach der landläufigen Meinung ist der Gläubiger gegenüber dem Schuldner in der stärkeren Position.

Daß diese, an sich richtige Meinung, sich in ihr Gegenteil verkehren kann, hat mancher Gläubiger schmerzlich erfahren müssen, der einem Schuldner zuviel Kredit, nämlich soviel Kredit gegeben hat, daß eine Insolvenz des Schuldners seine eigene Insolvenz nach sich zog.

Daß aber die Verhältnisse sich gewissermaßen grundsätzlich in ihr Gegenteil verkehren können, ist einer versteckten Vorschrift des BGB zu verdanken, die – ursprünglich als Ausnahmevorschrift gedacht –, heute weithin Verbreitung gefunden hat.

Im Paragraph 399 BGB heißt es: „Eine Forderung kann nicht abgetreten werden, ... wenn die Abtretung



Klaus Bette ist Geschäftsführer beim deutschen Factoring-Verband, Mainz FOTO: RIMBACH

durch Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner ausgeschlossen ist.“ Solche „Vereinbarungen“ stehen in den Einkaufsbedingungen von Großunternehmen. Die widerspruchslose Entgegennahme solcher Einkaufsbedingungen machen diese und auch die genannte Klausel zum Vertragsinhalt.

Damit kann die Forderung nicht mehr abgetreten werden. Eine Bank kann eine solche Forderung deshalb auch nicht finanzieren, ein Factor sie nicht kaufen. Der Lieferant kann also eine dadurch entstehende Liquiditätsenge, daß einer oder mehrere Schuldner, die ein Abtretungsverbot mit ihm vereinbart haben, zögerlich zahlen, nicht durch einen Bankkredit oder den Verkauf der Forderungen überbrücken.

Bei der zunehmenden Zahl vor allem großer Unternehmen, die ein Abtretungsverbot in ihre Einkaufsbedingungen aufnehmen, wird dies allmählich zum Problem.

Die Liste der Firmen mit Abtretungsverbot, die turnusmäßig vom Bundesverband deutscher Banken herausgegeben wird, umfaßt bereits etwa 2500 Firmen. In einigen Branchen, wie in der Automobilindustrie, der chemischen Industrie, der Mineralölindustrie, den großen Einzelhandelsketten oder Filialbetrieben, und nicht zuletzt bei der öffentlichen Hand gilt das Abtretungsverbot nahezu lückenlos. Dabei steht die rasche Ausbreitung des Abtretungsverbots im umgekehrten Verhältnis zu seinen Vorteilen.

Die Verwender dieses Abtretungsverbots erhoffen sich vor allem Verwaltungsvereinfachung, die Erhaltung von Aufrechnungsmöglichkeiten und die Gefahr einer Doppelinanspruchnahme. Während die Verwaltungsvereinfachungen sich in Grenzen halten, die Erhaltung von Aufrechnungsmöglichkeiten hauptsächlich akademischer Natur sein dürfte, beschwört das Abtretungsverbot die Gefahr, die man vermeiden möchte, geradezu herauf.

Computergesteuerte Kreditorenbearbeitung ist oft das Argument, mit dem auf der Verwendung des Abtretungsverbots beharrt wird. Sollte dabei eine Programmierung, die einen Gläubigerwechsel berücksichtigt, nicht möglich sein? Nimmt man eine Interessenabwägung zwischen Lieferant und Abnehmer unter dem Gesichtspunkt der Angemessenheit von Klauseln in allgemeinen Geschäftsbedingungen (Paragraph 9 AGB-Gesetz) vor, so drängen sich Zweifel an der Wirksamkeit dieser Bestimmung auf. Dem Interesse des Schuldners an der durch einen Gläubigerwechsel ungestörten Zahlungsbearbeitung steht das essentielle Interesse des Gläubigers an der Finanzierung seiner Außenstände gegenüber.

Die Absicht, sich eine Aufrechnungsmöglichkeit zu erhalten, hat nur dort Sinn, wo aufrechenbare Gegenforderungen bestehen oder überhaupt entstehen können und diese nicht ohnehin auch dem neuen Gläubiger entgegengehalten werden können. Dies dürfte im normalen Geschäftsverkehr die Ausnahme sein. Ein generelles Verbot, gegenüber dem Lieferanten Forderungen abzutreten, heißt deshalb, mit Kanonen nach Spatzen schießen.

Schließlich ist aber das Abtretungsverbot für den, der es aufstellt, nicht nur von geringem Nutzen und für den, der es sich entgegenhalten lassen muß, von großem Schaden, sondern auch für den Verwender selbst. Das Abtretungsverbot führt ja dazu, daß die Forderung gegen diesen Abnehmer nicht nur an Banken oder Factoring-Institute nicht abgetreten werden kann, sondern auch nicht im Wege des verlängerten Eigentumsvorbehalts an einen Vorlieferanten.

Dieser vertraut aber bei seiner Lieferung darauf, daß er die Forderung aus dem Weiterverkauf seiner unter Eigentumsvorbehalt an seinen Kunden gelieferte Ware bis zur Bezahlung seiner Lieferung als Sicherheit erhält. Dies ist wegen des Abtretungsverbots, das zwischen seinem Kunden und dessen Abnehmer besteht, nicht der Fall. Der Kunde darf deshalb über die Ware gar nicht verfügen.

In einem Fall, in dem der Abnehmer zwar an den Kunden gezahlt hatte, der Lieferant aber seinerseits nicht zu seinem Geld gekommen war, hat der BGH (Urteil vom 18. Juni 1980, abgedruckt in WH Nr. 32, 933, vom 9. August 1980) den Abnehmer zur Zahlung eines Schadensersatzes in Höhe der Kaufpreisschuld verurteilt, weil der Abnehmer dies alles gewußt hatte oder hätte wissen müssen. Gerade wegen des Abtretungsverbots hat der Abnehmer, der es gerade zum Schutze vor dieser Gefahr in seine Einkaufsbedingungen aufgenommen hatte, ein zweites Mal zahlen müssen.



Bulk-Factoring: Die Debitorenbuchhaltung wird vom Kunden in eigener Regie geführt, der dann die Factoring-Bank mit Informationen versorgt. FOTO: MANFRED VOLLMER

300 Anbieter am Weltmarkt

K.-H. STEFAN, Amsterdam

Folgt man den jährlichen Branchenübersichten der Factors Chain International (weltweit größte Gruppe von Factoring Instituten), so hat die Nachfrage nach Factoringdiensten in den letzten Jahren stetig bis stürmisch zugenommen, was sich an der Zahl der Neugründungen ablesen läßt.

So waren 1983 weltweit 250 Anbieter tätig, 1984 waren es 275 und Ende 1985 gab es bereits 300 Gesellschaften in 31 Staaten. Der weltweite Factoring-Gesamtumsatz stieg (1985) um 20 Prozent auf 210 Milliarden Mark. Davon wurden nahezu 95 Prozent im Inlandsgeschäft und fünf Prozent im internationalen Factoring erzielt.

Von den 300 Factoring-Gesellschaften, die heute weltweit tätig sind, gehören 70 der FCI an, die am weltweiten Gesamt-Factoring-Umsatz mit 33 Prozent, das sind 70 Millionen Mark, beteiligt sind. Am weltweiten Volumen des internationalen Factoring partizipiert die FCI-Gruppe mit 44 Prozent. Laut FCI-Konzept sollen in jedem Staat mehrere Gesellschaften Mitglieder dieser internationalen Factoring-Kette sein, was dem Leistungswettbewerb zugute kommt.

Im Ausland kräftig zugelegt

K.-H. S., Mainz

Das grenzüberschreitende Factoring mausert sich in der Bundesrepublik Deutschland, so berichtet der deutsche Factoring Verband, zum „zweiten Bein“ der führenden Anbieter. Während der Gesamtumsatz (Inland und Ausland) aller deutschen Factoring-Gesellschaften 1985 um 14 Prozent auf 8,8 Milliarden Mark stieg, wuchs das Auslandsgeschäft um ansehnliche 24 Prozent.

Hieran waren das Export-Factoring mit 1,23 Milliarden Mark und das Import-Factoring mit 51 Millionen Mark beteiligt. Somit stieg der Anteil des grenzüberschreitenden Factoring von 18 Prozent im Jahre 1984 auf 20 Prozent im vergangenen Jahr.

Die Bundesrepublik Deutschland ist mittlerweile nach den USA auf Platz zwei der Weltrangliste des internationalen Factoring-Umsatzes (Export- und Import-Factoring) aufgerückt.

Weltweit partizipiert das grenzüberschreitende Factoring am jeweiligen Gesamtumsatz nach wie vor mit kaum mehr als fünf Prozent. Ursache sind vor allem die hohen Inlands-Factoring-Umsätze in Ländern wie USA und Italien.

Von London aus laufen die Fäden in alle Welt

Die Credit Factoring International (CFI) Gruppe ist ursprünglich eine Gründung der britischen National Westminster Bank mit dem Ziel, Factoring weltweit nach einheitlichen Regeln abwickeln zu können. Zwischenzeitlich haben sich weitere Großbanken an den CFI-Gesellschaften in ihrem Land beteiligt und zu einer Stärkung und Straffung der Gruppe beigetragen.

Im Vergleich mit den anderen internationalen Factoring-Ketten zeigt die CFI-Gruppe folgende spezifische Akzente:

Alle CFI-Gesellschaften sind mehr oder weniger kapitalmäßig mit der britischen Credit Factoring International Limited, einer 100prozentigen Tochter der National Westminster Bank, verbunden. Die CFI Limited fungiert als Centre im internationalen Verband, indem es die Standards für die Abwicklung bestimmt, Computerleistungen bereitstellt und Export- und Importfactor zeitnah mit den erforderlichen Informationen über Forderungen, Zahlungen, Delkredere-Entscheidungen, Kontostände oder Fälligkeiten versorgt.

Derzeit bestehen zwei Kategorien von Einzelgesellschaften, nämlich solche, deren Kapital zu 100 Prozent beim Centre liegt und solche, an denen lokale Banken mehr oder weniger beteiligt sind. Zu der ersten Kategorie gehören Frankfurt, London, Brüssel und Kopenhagen. Beteiligungen bestehen in Mailand mit dem Credito Italiano, in Paris mit dem Credit Lyonnais und in New York mit der NatWest Holdings Inc.

Von den beteiligten Banken sind wichtige Impulse ausgegangen, die zu einer Stärkung der Gruppe geführt haben. Der Beteiligung weiterer Banken in den übrigen Ländern steht man daher im Centre positiv gegenüber.

Besonderheiten weist die CFI-Gruppe insbesondere in den folgenden Bereichen auf:

- Gruppenversicherung

Forderungsfälle sind in der eigenen Gruppe versichert. Die beteiligten Gesellschaften zahlen eine Prämie an das Centre und werden dafür von Forderungsausfällen freigestellt.

- Importfactor als Treuhänder für Exportfactor

Für die Forderungen des Exportfactors wird der Importfactor nur treuhänderisch tätig. Ihm obliegt zwar die Bonitätsprüfung und -überwachung sowie das Mahnwesen und das gerichtliche Inkasso, er haftet jedoch nicht für den Eingang der Forderung, sondern leitet die Zahlung nach Eingang lediglich an den Exportfactor weiter. Bei Forderungsausfällen oder verspätetem Eingang tritt das Centre ein.

- Delkredere-Zusagen

Die Zusage für eine Delkredere-Übernahme erfolgt entweder für einen spezifischen Auftrag oder als monatlich revolvierendes Orderlimit, bis zu dessen Höhe der Anschlußkunde monatlich ohne weiteren formellen Antrag ausliefern kann. Daher benötigt der Anschlußkunde auch keine Einzelinformation über Zahlungseingänge und Kontostände der einzelnen Abnehmer.

Durch die Zusammenarbeit zwischen den ausländischen Vertretern des Exportfactors mit dem Importfactor können Delkredere-Anträge beschleunigt und Reklamationen schneller geklärt werden.

Unabhängig von der Vereinbarung einer sogenannten Fälligkeitsperiode, nach deren Ablauf der Gegenwert der angekauften Forderungen zur Zahlung fällig ist, werden auf Wunsch des Kunden Akontozahlungen bis zu 90 Prozent des Forderungsgegenwertes schon bei Einreichung der Forderungen geleistet.

Mit der kürzlichen Installierung eines neuen Großcomputers hat die Entwicklung eines neuen Systems begonnen, das im Laufe der nächsten Monate zum Einsatz kommen wird. Die nationalen Gesellschaften werden über Terminals on line verbunden und haben somit direkten Zugriff auf alle erforderlichen Daten. H. G.

Oft fehlt das Kapital, um längere Durststrecken zu überstehen

Fremdfinanzierung häufig bei 90 Prozent – Verluste an Arbeitsplätzen und Vermögen

Von FRIEDRICH W. HÖCHE

Die deutsche Wirtschaft leidet bekanntlich unter einer unzureichenden Eigenkapitalausstattung. Dies gilt insbesondere für den Mittelstand, bei dem dieser Mangel besonders ausgeprägt ist. Viele Unternehmen erreichen noch nicht einmal eine Eigenkapitalquote von zehn Prozent, das heißt, mehr als 90 Prozent ihres Vermögens müssen mit fremden Mitteln finanziert werden.

Wirtschaftliche Schwächeperioden bedeuten ein bedrohliches Risiko, das häufig in einer Insolvenz mündet, da die notwendige Substanz fehlt, um längere Durststrecken überstehen zu können.

Die hohe Zahl der Insolvenzen in den letzten Jahren kennzeichnet dieses Problem in eindrucksvoller Weise. Die Folgen sind große Verluste an Vermögen und Arbeitsplätzen. Verwunderlich ist, daß sich erst jetzt die politischen Parteien dieses Themas annehmen.

Als Fundament unserer Volkswirtschaft hätte es der Mittelstand verdient, daß man früher auf seine Sorgen aufmerksam geworden wäre. Es bleibt zu hoffen, daß man zu Maßnahmen findet, die dem Übel nachhaltig abhelfen. Einen wirksamen Beitrag könnte dazu eine Aufhebung oder zumindest Einschränkung des Abtretungsverbotes leisten.

Das Abtretungsverbot hat sich in den letzten Jahren stark ausgebreitet. Ganze Branchen wenden es inzwischen an. Betroffen sind in erster Linie mittelständische Unternehmen, denen die Möglichkeit genommen wird, ihre Außenstände, in denen üblicherweise viel Liquidität gebunden ist, durch Abtretung oder Verkauf zu verflüssigen.

Das Abtretungsverbot schränkt aber nicht nur die Liquidität dieser Firmen ein, sondern belastet darüber hinaus deren Rentabilität, weil wertvolle Einkaufsvorteile, wie sie beispielsweise aus der Skontozahlung entstehen, nicht wahrgenommen werden können oder auf Möglichkeiten zur Geschäftsausweitung verzichtet werden muß.

Reelle Chancen zur Eigenkapitalbildung sind verbaut, vornehmlich durch finanzstarke Großunternehmen, denn sie sind es, die sich in erster Linie des Abtretungsverbotes im Rahmen ihrer Einkaufsbedingungen bedienen und dabei ihre starke Marktstellung ausnutzen.

Es ist schon mehr als kurios, wenn man sich einmal vorstellt, daß ein finanzstarker Konzern seinem mittelständischen Lieferanten verbieten kann, die gegen ihn gerichteten Forderungen durch Abtretung oder Verkauf zu verflüssigen, der Lieferant also über einen ihm gehörenden Vermögenswert nicht nach freiem Ermessen verfügen kann, weil ihm dies sein Schuldner verwehrt.

Eine so einseitige Anwendung des Paragraphen 399 BGB, der das Abtretungsverbot regelt, lag zweifellos nicht in der Absicht des Gesetzgebers. Das immer wieder zu hörende Argument, daß es einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursache, wenn man ständig Gläubigerwechsel beachten müsse, vermag in Anbetracht des inzwischen erreichten Standards in der Betriebsorganisation nicht zu überzeugen. Außerdem sind die Forderungsabtretung oder der Forderungsverkauf keine Verfügungen, die sich ständig wiederholen. Da Finanzverbindungen auf Dauer angelegt sind, bleibt ein Gläubigerwechsel eher die Ausnahme.

Aber selbst wenn diese Rechtfertigung des Abtretungsverbotes begründet wäre, gäbe es doch keinen Zweifel daran, daß die Interessen der durch das Abtretungsverbot betroffenen Firmen ungleich stärker berührt werden.

Das Abtretungsverbot verzerrt den Wettbewerb und begünstigt jene Unternehmen, die ohnehin die besseren Finanzierungsmöglichkeiten besitzen, durch unmittelbaren Zugang zum Kapitalmarkt.

Vielen mittelständischen Betrieben würde eine große Sorge genommen, wenn sie über ihre Forderungen frei verfügen könnten. Sie könnten sich nicht nur finanziell freier bewegen, sondern gleichzeitig Ertragschancen nutzen, um ihre dünne Eigenkapitalbasis zu stärken. Eine dahingehende Einschränkung des Abtretungsverbotes wäre eine hilfreiche Ergänzung aller eigenkapitalbildenden Maßnahmen, die außerdem den Vorzug hätten, kein Geld zu kosten.

Der Autor ist Mitglied der Geschäftsleitung der Deutschen Factoring Bank, Bremen.

Filmmusik von Pink Floyd, Stones, Greatful Dead

Ausklang der 60er Jahre

In Antonionis „Blow up" zerdepperte Jeff Beck als Gastgitarrist der Rockgruppe „Yardbirds" noch verbissen Instrumente und Verstärker und erinnerte so an Townshends und Hendrix' Lust am anarchischen Element jener Musik, die die sechziger Jahre hervorbrachten. Drei Jahre später – im Todesjahr Janis Joplins, Hendrix' und Brian Jones' – kam 1969 Michelangelo Antonionis zweiter Film für MGM heraus, „Zabriskie Point", und in dem ging es nun nicht mehr um London und seine Spleens,

Zabriskie Point – ZDF, 22.50 Uhr

sondern um ein Amerika, wie es auch ein anderer Kultfilm, „Easy Rider", gezeichnet hat: ein modernes „waste land", auch gespickt mit Aufrührer-Ambiente und jeder Menge angloamerikanischer Rockmusik – statt dem „Blow up"-Ästhetizismus Antonionis nun destruktives Bewußtsein, das die sechziger Jahre prägte: Draufhauen kann schön sein.

Die Film-Musik machte Geschichte mit vier Gruppen, deren Musik noch heute zur verehrtesten altgedienter Berufsjugendlicher gehört, Beatles hin und Beach Boys her. So blieb etwa „The Dark Side of the Moon" der Kultgruppe Pink Floyd mit dem hernach oft kopierten und nie erreichten Gitarrenklang David Gilmours bis heute eine Hymne derer, die damals Drogen nahmen; Lieder, die auch Jazz-Kritiker zu Bewunderern machten und am Anfang einer beständig wachsenden Techno-Gigantomanie dieser Gruppe standen. Immerhin hatten drei Mitglieder dieses Quartetts am Londoner Polytechnikum studiert und kannten sich wie damals kaum jemand aus in der abenteuerlichen Welt manipulierbarer elektrischer Schwingungen.

Das konnte man von den Rolling Stones nicht gerade sagen. Denn die, von den Beatles-getreuen „Mods" als „Rocker" abgetan, setzten von ihren Anfängen in den frühen Sechzigern an auf die sinistren Seiten der Rock-Welt, auf proletarisches Auftreten, Provokation, Zügellosigkeit und Anti-Intellektualismus. Sie waren die Sänger der Jugendrevolte, der Befreiung von Tabus. 1969 machten sie nach dem Tode Jones' ihre schwerste Identitätskrise durch.

Wer „The Greatful Dead" sagt, meint vor allem Jerry Garcia, Gitarrist, Mandolinist, Harmonikaspieler, Sänger und Guru der Leute, die nicht nur die musikalische Mischung der kalifornischen Gruppe aus Rock, Folk und Blues und später deren unelektrische Ausflüge schätzte, sondern ihren praktizierten antibürgerlichen Lebensstil mit Großfamilie und Verachtung ökonomischer Zwänge. Oft dauerten die Konzerte bis zu vier Stunden und entfalteten sich zwischen hochelektrifizierten Psychotrips und gediegenem sanften Folkrock. Schließlich spielt im Film eine Gruppe, die danach für sieben Jahre auseinanderging: „Kaleidoscope" aus Los Angeles, jene Band um die Multiinstrumentalisten und Sänger David Lindley und Chris Darrow, die fernöstliche Einflüsse und psychedelischem Rock'n'Roll verschmolzen. Vielleicht reflektieren der Gruppe Songs in „Zabriskie Point" am besten den synkretistischen Geist der sechziger Jahre. ALEXANDER SCHMITZ



Zwei junge Leute (Daria Halprin und Mark Frechette) treffen sich zufällig in der Wüste und lieben sich. Bis die Polizei einschreitet. FOTO: RÖHNERT

Friedrichs' Würfe aus dem Glashaus der öffentlich-rechtlichen Anstalten

Beim privaten Fernsehen müsse man „nicht gebildet sein. Sie müssen von nichts eine Ahnung haben. Sie können groteskes Deutsch sprechen, Sie können aussehen wie ein Bus von hinten – Sie müssen nur locker sein." Das meint Hanns Joachim Friedrichs, der Moderator der ARD-Tagesthemen, in der Zeitschrift „essen und trinken".

Wer in Hessen wohnt, dem verbietet der Landesvater, diese Kritik zu überprüfen. Kann man wenigstens im Umkehrschluß von den öffentlich-rechtlichen Anstalten Bildung und einwandfreies Deutsch erwarten? In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, was bei der Juli-Hochzeit in London Fernsehreporter an Wissenslücken offenbarten: Aus dem Prinzen von Wales machten sie einen Herzog von Windsor, aus Diana, Tochter eines Earls, eine Bürgerliche, den Vater der Königin nannten sie Georg V. (das war ihr Großvater), und das auch bei uns nicht unbekannte „Lobet den Herrn" tauften sie „Ehre sei Gott".

Zum Hörfunk: Das vorletzte Sonntagsmagazin des WDR 2 sprach von „Friedrich dem Großen, also dem Soldatenkönig". Nicht einmal im 200. Todesjahr des Preußenkönigs kann man Vater und Sohn auseinanderhalten? Da können die Schwierigkeiten nicht wundern, die die Sender anläßlich des israelisch-sowjetischen Gesprächs in Helsinki mit dem Datum des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen hatten. Der Deutschlandfunk legte ihn auf den Jom-Kippur-Krieg 1973, der WDR zwar richtig auf den Sechs-Tage-Krieg, ließ diesen aber vor 9 statt 19 Jahren stattfinden.

Darf man von dem öffentlich-rechtlichen Redakteur einer Literatursendung Kenntnisse in Literatur erwarten? Offenbar nicht, denn der Deutschlandfunk schrieb in einer Sendung den Roman „Schöne neue Welt" Orwell zu statt Huxley.

Und das gute Deutsch? Was meinte das WDR-Morgenmagazin, als es sich auf „hoch in der israelischen Regierung angesiedelte Münder" berief? Da kann man nur hoffen, daß der Zahn der Zeit, der schon so manche Träne getrocknet hat, auch über diese Wunde Gras wachsen läßt. Wie über Friedrichs' Aussehen wie ein Fahrrad von vorn. GITTA BAUER

KRITIK

Zerstörende Unsicherheit

Ehegeschichten streifen immer das Banale, Ehe-Unglück versinkt leicht darin. Insofern ist auch Simone de Beauvoirs Novelle „Eine gebrochene Frau" nicht frei von Banalitäten. Eine Frau um die vierzig hält sich für glücklich, bis sie erfährt, daß ihr Mann eine andere hat. Daran ist nichts Außergewöhnliches. Und wohl gerade die ganz alltägliche Ratlosigkeit interessierte Simone de Beauvoir. Die Fragen stellen sich wie von selbst: Ist Fürsorge nicht manchmal auch Unterdrückung? Ist nicht auch Egozentrik eine Wurzel für Mütterlichkeit? Ist die Ehe nicht auch eine Chance zur Selbstzerstörung? Simone de Beauvoir grenzt das ein auf die Perspektive der Frau.

Damit mochten sich die Drehbuchautorin Elke Loewe und der Regisseur Frank Guthke bei ihrem Fernsehfilm **Weils solche Liebe nicht tagtäglich gibt** (ZDF) offenbar nicht zufrieden geben. Zunächst unterlegten sie den Film mit zahlreichen Villon-Zitaten (auch der Filmtitel ist ein solches). Damit erreichten sie zweierlei: Die poetische Vision („Ich bin so wild nach deinen Erdbeermund!") bildet einen Maßstab für das Reale: und die extreme Männerphantasie Villons gibt einen aufschlußreichen Kontrast zu den Traumvorstellungen der Frau.

Die täglichen Niederlagen der Menschen in ihren Beziehungen zueinander erhalten auf diese Weise eine tragische Größe, die das Banale geistig auffängt. „Ich weiß nicht, wie ich bin und wie ich sein soll" – so formuliert die Frau ihre Lage und spricht damit jene zerstörerische Unsicherheit an, die ihre Ehe scheitern läßt.

Das hebt diesen Film aus der Menge verkniffener Streifen ähnlichen Genres heraus: Er weiß es nicht besser, er betreibt eine nachdenkliche Ursachenforschung, die jeden ernst nimmt. Ehe und Persönlichkeit als dauerndes Problem einer inneren Ambivalenz von Aktion und Passion. Und der Film hat zwei Gesichter, in die man gern schaut: Christine Ostermayer und Peter Striebeck.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber: Pakistanische Küche
10.00 heute
10.03 Rivalen
Lustspiel nach Sheridan
11.25 Rund um Big Ben
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

15.50 Tagesschau
16.00 Mode-Karussell
16.45 Wilde Tiere
Wie der Bär Honig klaute
In den Wäldern Nordamerikas gibt es in den Nationalparks Bären. Die heutige Sendung zeigt Interessantes und Lustiges über den Schwarzbären, beispielsweise wie er in die Nase gestochen wird, wie er einen geklauten Lachs fressen will und wie er schwimmt.
17.05 Links und rechts vom Äquator
Ulrich Wickert mit Beiträgen aus den Niederlanden, den USA und Frankreich
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Lenz oder die Freiheit
Nach dem gleichnamigen Roman von Stefan Heym
2. Auf Messers Schneide
Regie: Dieter Berner
Einige der geflohenen Offiziere des Großherzogs sammeln im Schwarzwald versprengte Truppen um sich. Sie warten auf die Chance, das alte Regime wiederherzustellen. Christoffel beobachtet und verhindert ihre Pläne. Die Bemühungen der Regierung Brentano, Hessen gewaltlos als Verbündeten zu gewinnen, scheitern.
22.00 Parteitag der CDU in Mainz
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Die Tücken des Gesetzes
Lionel Lessonbee war bei drei Morden, begangen von Burl Slote, Augenzeuge. Lessonbee ist auch bereit, als Kronzeuge auszusagen, doch er wird umgebracht.
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken

16.00 heute
16.04 Einen Hund will ich
Aus der Reihe „Anderland"
16.35 Der Waschbär Rascal
Die Fallensteller
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Urlaub auf italienisch
Regie: Sigi Rothemund
Auf dem Weg nach Rom verläßt die Familie Korn den Bus in einer kleinen Ortschaft, um zu übernachten. Ein älterer Herr malt die Hotels in den schwärzesten Farben. Schließlich bietet er eine Villa zu einem Spottpreis an. Roswitha ahnt Schreckliches.
18.20 Urlaub auf italienisch
18.55 Lotto am Mittwoch
19.00 heute
19.30 Ronny's Popshow
Tierisches Vergnügen mit internationalen Hits
Regie: Otto Waalkes
20.15 Kennzeichen D
Themen: Gipfeltreffen und die Deutschen – Gespräch Egon Bahr mit Jürgen Todenhöfer. Moringen – Geschichte hinter der Fassade einer deutschen Kleinstadt. Pferdefreunde und Züchter in der DDR
Moderation: Dirk Sager
21.00 Rette mich, wer kann
Die Weltmacht Weib
Mit H. Fischer, Gertraud Jesserer
Buch, Regie: Franz Geiger
21.45 heute-journal
22.05 Wie sicher ist der Frieden?
Gespräch zwischen dem Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Philosophen Carl-Friedrich von Weizsäcker über Tschernobyl
22.50 Zabriskie Point
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Regie: Michelangelo Antonioni
0.35 heute



„Lenz oder die Freiheit" – zweiter Teil der Heym-Verfilmung um 20.15 Uhr in der ARD, mit Annette Uhlen und Otto Mächtlinger FOTO: ARD

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Siegen
Kunst und Calvinismus – eine Glaubensfrage? Mit Chinas Hilfe die Stahlkrise meistern? Wenn der Fuchs wieder heimisch wird
21.45 eff-eff
Ökologisches Gleichgewicht im Gartenteich. Wanderschule. Ferientip Schwarzwald
22.30 Plünderer am Pikes Peak
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Regie: Abner Biberman (OmU)
23.55 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Das Erbe von Pfarrer Kneipp
19.15 Das internationale TV-Kochbuch
19.30 Fern vom Garten Eden (3)
20.00 Tagesschau
20.15 Hamburger Journal Spezial
20.15 Stadtgespräch
21.00 Offerte
21.15 Panagulis lebt (2)
Nach dem Attentat auf den Junta-Führer Papadopoulos ist der Dichter und Widerstandskämpfer Alexander Panagulis gefoltert und zum Tode verurteilt worden.
22.10 Nicht schuldig? (2)
Der Nürnberger Prozeß und seine Folgen
0.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.33 News of the Week
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Streitfragen
21.00 Spanien in der EG
21.30 Aktuell/Sport
21.50 Lindenstraße
Erpressung
22.20 Die Traumfigur

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
20.05 Miss Marple
Ein Mord wird angekündigt
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Forum/Guten Abend/Magazin
22.15 Auf eigene Gefahr
Amerikanischer Spielfilm (1974)
23.50 Zum Tode Helmut Qualtingers
Der Herr Karl
0.56 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.05 Der Gerichtsvollzieher
20.05 Bilanz vor der Wahl
20.45 Stars im Studio
12.30 Rundschau
21.45 Parteitag der CDU
22.00 Erbe der Väter (3)
22.55 Z. E. N.
In Neuschwanstein
23.00 Lese-Zeichen
23.30 Zeitspiegel
0.15 Rundschau
0.20 News of the Week

SAT1

15.00 Drei Mädchen und drei Jungen
Absender unbekannt
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Kung Fu
18.00 Es darf gelacht werden
18.30 APF blick
18.45 Sport
Fußball-Bundesliga. Formel I. Segel-Klasse Formel 40. Billard
Gast: Raymond Ceulemans
19.45 Panik in der Sierra Nova
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Mit Christopher George, Leslie Nielsen, Lynda Day George
Regie: William Girdler
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 Wunder, Mystik, Phänomene
PSI – Was ist das eigentlich?
22.45 Nummer Sechs
Herzlichen Glückwunsch
23.35 APF blick



19.00 Reisewege zur Kunst
Südostengland
19.45 Follow me (27)
20.00 Tagesschau
20.15 Alle meine Tiere
Der blaue Brief
21.05 Ungezähmtes Verhalten
Pferde in der Camargue
21.45 Ein hübscher kleiner Strand
Französischer Spielfilm (1949)
Mit Gérard Philipe
23.15 Nachrichten




18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
Airbus in Norddeutschland
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Land der Berge
Alpenmagazin mit T. Podgorski
20.30 Volksmusik aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Septemberweizen
Film von Peter Krieg
„Septemberweizen" ist ein Börsenbegriff, der terminierte Weizen-Kontrakte bezeichnet.
23.20 Studs Terkel
Ein Fußgänger in Chicago
Von Georg Stefan Troller
23.50 Nachrichten



18.15 Hits mit Witz/Regional 7
18.35 Auto-Auto
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 19.22 Karlchen
19.50 Bergerac
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Verschwörung auf Fort Clark
Amerikanischer Western (1954)
Mit M. O'Hara, Jeff Chandler
21.50 RTL-Spiel
21.55 Popeye
22.00 Wer bin ich?
22.25 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wallstreet Final

Die Wiener Holzhacker

egw – Seit Wochen schon glauben die Wiener aus dem Burgtheater dumpfe Töne, etwas wie ein polyphones Murren, zu vernehmen, was gewiß ihrer Hellhörigkeit zu verdanken ist, aber auch seinen Niederschlag in einer gerichtlichen Klage gefunden hat. Ein Schauspieler nämlich verklagte den Direktor wegen „übler Nachrede".

Es ist verständlich, daß das angestammte Ensemble, aus dem Claus Peymann, der neue Mann an der Burg, eine Anzahl Darsteller entfernt hat, sich von der aus Deutschland eingeschleusten Equipe von *„Kai-Uwes" bedrängt fühlt und an* dem Neuen Herrschaftsansprüche zu erkennen meint. Ein Vorkämpfer der Burgmimen, der weithin bekannte Fritz Muliar, hat sich in der „Arbeiter-Zeitung", dem Zentralorgan der SPÖ, mehrmals kritisch über Peymann geäußert und ihn damit, laut Klageschrift, dazu gebracht, in einer Publikumsdiskussion Muliar die Abfassung von Artikeln „mit bewußten, planmäßigen Unwahrheiten" nachzusagen. Daraufhin ging Muliar zum Kadi.

Daß Muliar, der am 1. September als Burgschauspieler in den Ruhestand getreten ist, aber als Gast weiterhin in der Burg auftritt, so energisch vorgeht, dürfte damit zusammenhängen, daß ein Teil der sozialistischen Wähler seinerzeit mit der Berufung Peymanns nicht einverstanden war und es natürlich heute noch nicht ist. Aber der Angriff auf die Person des Theatermannes kommt zu einem Zeitpunkt, wo dieser gerade dabei ist, mit seinen Premieren Pluspunkte zu sammeln, auch wenn es sich um bloße Übernahmen aus dem Bochumer Bestand handelt. Und bei der Jugend hat sich Peymann unter anderem durch Einführung verbilligter Eintrittskarten und Abschaffung gewisser Privilegien für die Prominenz schon einen Namen gemacht. Auch sein Eintreten für eine bessere Sprechtechnik ist angenehm aufgefallen.

Wie die Erfahrung lehrt, kann ein Prozeß, auch wenn er eine schmerzliche zur Folge hat, doch dem Beklagten nützlich sein, ja, wie sich bei Bernhards „Holzfällen" gezeigt hat, sogar der Karriere wenig bekannter Künstler kräftig aufhelfen. Das hat Peymann nicht nötig, aber den Wienern wird die in den nächsten Wochen stattfindende Verhandlung gewiß Vergnügen bereiten. So sie zustande kommt.

„Ich identifiziere mich nicht mit der Rolle, ich beobachte scharf" – Begegnung mit dem Filmschauspieler Donald Sutherland

Ein Wolf mit einer Vorliebe für roten Bordeaux

Er ist gewissermaßen der „Klaus Maria Brandauer" der angelsächsischen Welt. Zumindest war sein Aufstieg zum internationalen Star ähnlich unaufhaltsam wie der seines österreichischen Kollegen: Donald Sutherland, der 50jährige Mime aus Kanada, der fast schon eine Kultfigur, in jedem Falle aber ein Idol der Jugend und einer der meistgefragten Schauspieler unserer Tage ist.

Er wird nicht nur auf der Leinwand umschwärmt, sondern auch auf der Straße. Man kann diesen glänzend aussehenden Zwei-Meter-Mann schwerlich übersehen. Wenn er, wie unlängst beispielsweise, ein bißchen blasiert und immer in Gedanken über den Lido von Venedig spaziert oder durch die Gäßchen von San Marco, leger im dunkelblauen Leinenanzug, Haar und Schnurrbart weißgrau, blaugrüne, fast stechende Augen im schmalen, feingeschnittenen Gesicht, die Rosette der kanadischen Ehrenlegion im Knopfloch – dann schauen die italienischen Mädchen ihm ebenso bewundernd nach wie die Touristinnen aus aller Welt.

Er lebt mit seiner Frau und fünf Kindern in Los Angeles. Aber sein eigentliches „Daheim" ist nach wie vor Kanada, wo er einen kleinen Bauernhof besitzt. Sutherland war nach Venedig gekommen zur Welt-Premiere seines Films „Der Wolf vor der Tür", den der Däne Henning Carlsen gedreht hat. Er spielt darin den Solopart: den Maler Paul Gauguin.

Gauguin, von Sutherland gesehen und interpretiert: das ist ein aggressiver, exzentrischer Zeitgenosse. Ein unzähmbarer Wolf, der eher hungert, als daß er Abstriche an seinen Idealen macht, und folglich in ständiger Geldnot schwebt. Ein Mann mit skandalös ausschweifendem Lebenswandel und Frauen, die er begehrt, aber nicht liebt. Ein Künstler, der in der Südsee nach neuen Wegen der Kunst sucht und sie auch findet; der für kurze Zeit nach Paris zurückkehrt, um sich dann ganz auf seiner Trauminsel Tahiti zu vergraben.

Sutherland sieht Paul Gauguin bestürzend ähnlich. Das ist auch der Grund, warum Regisseur Carlsen ihm um die halbe Welt nachlief, um ihm den Part anzudienen, der dem Schauspieler auch heute noch nicht so recht schmeckt, denn „menschlich fühle ich mich diesem Künstler fremd".

Wir begegnen Sutherland bei einem kleinen Essen im noblen Hotel „Excelsior" am Lido von Venedig, zu dem der dänische Botschafter in Italien eingeladen hat. Der Star gibt sich gesprächig und wohlgelaunt. Er erzählt von seiner Vorliebe für französischen Wein, vor allem für roten Bordeaux, den er in allen ihm zugänglichen Jahrgängen ersteigert. Und von seiner Gemäldesammlung, deren kostbarste Stücke ein riesiger De Kooning und ein kleiner Turner sind, den er von allen Malern am meisten liebt. Einen Gauguin hat er nicht. „Und wenn ich einen hätte", so Sutherland, „würde ich ihn bestimmt verkaufen."


„Einen Film pro Jahr und sonst leben wie Gott in Frankreich": Donald Sutherland in der Rolle des Malers Gauguin in dem Film „Der Wolf vor der Tür" FOTO: DAGMAR FILM PRODUCTION

Nichtsdestoweniger hat Sutherland alles von Gauguin – und vieles über ihn – gelesen. „Gauguin war fraglos ein Genie", sagt er, „im Unterschied zu mir. Zwischen ihm und seiner Kunst bestand eine direkte Beziehung, worum ich ihn sehr beneide. Zwischen mir und dem Film gibt es eine Menge Leute – Regisseur, Produzent, Drehbuchautoren, Kollegen und Journalisten –, die mich permanent beeinflussen. Gauguin genügte sich selber. Bei mir ist das anders."

Aber ob sich Sutherland nun Gauguin nahe fühlt oder nicht – es ist beinahe gleichgültig. Denn die totale Identifikation mit einer Rolle kennt er ohnehin nicht. Da ist er anders als etwa Brandauer, der in Istvan Szabos Film den „Oberst Redl" gab und von sich sagt: „Ich *war* der Redl." Er ist auch anders als Robert de Niro, der sogar böse wird, wenn jemand seiner Film-Partnerin während der Dreharbeiten auch nur schöne Augen macht. „Ich meinerseits", so Sutherland, „sehe die Aufgabe des Schauspielers eher darin, Menschen zu beobachten, sie zu vergleichen, von ihnen zu lernen und das Gelernte dem Zuschauer nahezubringen. Aber ich bleibe immer ich selber."

Donald Sutherland hatte schon früh Gelegenheit, Menschen zu beobachten: Mit 14 stieg er als Discjockey ins Showgeschäft ein. Später spielte er an den Studentenbühnen der Universität Toronto, wo er Ingenieurwissenschaften studierte. Als der Starkritiker des „Toronto Globe" ihm ernsthaft nahelegte, nicht Ingenieur, sondern Schauspieler zu werden, nahm er das als einen Fingerzeig des Schicksals und schrieb sich 1956, nach seinem Diplom, an der Royal Academy of Dramatic Arts in London ein. Er spielte jahrelang an den Bühnen des Londoner West Ends, erhielt 1964 seine erste kleine Rolle in einem Horrorfilm, dem weitere Filmangebote folgten. Aber erst die Polit-Satire „MASH" von Robert Altman, in dem er als respektloser Militärarzt Hawkeye Pierce brillierte, brachte ihm 1970 den Durchbruch.

Rund 50 Filme hat Donald Sutherland heute „auf dem Buckel". Er war der ebenso draufgängerische wie zartbesaitete Detektiv „Klute" in Alan J. Pakulas gleichnamigem Film. Er war der unvergeßliche Gauner mit Herz in Louis Malles turbulenter Komödie „Crackers", dem Publikumsliebling der Berlinale 1984. Er war bei Fellini ein „Casanova" voll charmanter Nonchalance und bei Bertolucci der Attila in „1900".

Er war in Nicholas Roegs – unlängst auch vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlten – Gruselfilm „Wenn die Gondeln Trauer tragen" der englische Kunst-Restaurator, der in Venedig seine tote kleine Tochter wiederzusehen glaubt und ihr durch dunkle Gassen folgt bis in den eigenen grausamen Untergang. In Robert Redfords 1981 oscargekröntem Mittelstands-Drama „Eine ganz gewöhnliche Familie" bewies er überzeugender als je zuvor, daß er auch ernste, ja, tragische Töne anzuschlagen weiß.

Eine Lieblingsrolle aus seinem Repertoire zu nennen fällt Sutherland *selbst bei langem Nachdenken* schwer. Er ist ein Schauspieler, der seinen Erfolg und seinen Marktwert nicht nach Rollen bemißt, sondern nach den Regisseuren, mit denen er arbeitete. Und da gibt es genügend klangvolle Namen: Aldrich und Altman, Paul Mazurksky und John Sturges, John Schlesinger und Ken Russel, Fellini und Bertolucci, Chabrol und Louis Malle. Schließlich der Engländer Hugh Hudson („Chariots of Fire", „Greystoke"). In dessen mit Spannung erwartetem Film „Revolution", der im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg spielt und der schon im nächsten Monat in unsere Kinos kommt, ist er „der englische Feind": Offizier Peasy, Partner von Nastassja Kinski und Al Pacino.

Das Tischgespräch mit Donald Sutherland im „Excelsior" wird ausgesprochen heiter, wenn der Mime auf die erotischen Szenen zu sprechen kommt, die er stets nur mit Mühe absolvierte: „Am schlimmsten war es während der Dreharbeiten zu ‚Wenn die Gondeln Trauer tragen'. Geschlagene acht Stunden lang lag ich nackt neben Julie Christie. Und die Liebesszene wollte und wollte nicht klappen." Donald und Julie schwitzten vor Aufregung, Regisseur Roeg fluchte.

Besser erging es Sutherland als Fellinis „Casanova". „Fellini nimmt nichts wirklich ernst, auch Sex und Erotik nicht. Bei ihm macht alles einen Heidenspaß", so der Schauspieler, für den, wie er gesteht, jede Liebesszene „einer Operation am offenen Herzen" gleichkommt.

Wie stellt sich Donald Sutherland seine Zukunft vor? „Ganz klar", sagt der Star, „weniger arbeiten und mehr verdienen. Ein Film pro Jahr sollte reichen, um meine Kinder zu ernähren." Die restliche Zeit des Jahres möchte er zu Hause sein, sich um die Familie, um seine Wein- und Bildersammlung kümmern. Und „leben wie Gott in Frankreich" auf seiner kleinen Farm in Kanada. DORIS BLUM

Straßburg: Internationales Festival Neuer Musik

Philharmonie im E-Werk

Es war eine lange Quartett-Nacht. Fünfeinhalb Stunden dauerte sie. Drei Streichquartette waren dazu aufgeboten. Und auch dem Publikum wurde alles abgefordert. Ein Konzert mit Streichquartetten des 20. Jahrhunderts – von Arnold Schönberg bis zu George Aperghis –, das verlangt volle Konzentration. Gleich drei Ensembles hatte man verpflichtet: das Arditti-Quartett, das Berner Streichquartett und das französische Rosamonde-Quartett.

Das Konzert fand im Rahmen des Festivals „musica 86" in Straßburg statt, und sein Programm beleuchtet schlaglichtartig eines der Hauptanliegen der Organisatoren. „Internationales Festival zeitgenössischer Musik" nennt sich die 1983 gegründete Straßburger Veranstaltung mit vollem Titel – und zeitgenössische Musik muß ja nicht zwangsläufig Uraufführung heißen. Uraufführungen gibt es bei „musica" zwar auch, aber sie sind selten. Viel eher soll zeitgenössische Musik die Chance erhalten, sich im Vergleich mit großen anerkannten Werken, egal aus welchem Jahrhundert, zu behaupten. Zu eben diesem Zweck fand der dritte Teil der Quartett-Nacht statt – mit Schönbergs viertem, Bartóks fünftem und György Ligetis zweitem Streichquartett, also mit ausgesprochenen Klassikern der Neuen Musik.

Kurz zuvor waren ausschließlich neuere und meist unbekanntere Produktionen zu hören gewesen. Das Ergebnis des Hörvergleichs fiel bei der Quartett-Nacht durchaus respektabel aus: Eigentlich keines der neuen Werke fällt gegenüber den großen Vorbildern ungebührlich stark ab – so unterschiedlich die einzelnen Musiksprachen und Personalstile auch sein mögen. George Crumbs Streichquartett „Black Angels" war da zum Beispiel zu hören, das sich auf zuweilen höchst vergnügliche Art aus dem Fundus der Musikgeschichte bedient und das wohl eher dem Kapitel fröhliche Neue Musik zuzurechnen ist.

War die Idee einer Quartettnacht schon ausgefallen genug, so gibt es bei jedem „musica"-Festival einige Veranstaltungen, die die Wege herkömmlicher Programmplanung vollständig verlassen. Hierher gehört etwa die Vorführung von Serge Eisensteins Stummfilmklassiker „Panzerkreuzer Potemkin", zu der die Junge Deutsche Philharmonie live die Musik lieferte und die nicht etwa in einem Kino stattfand, sondern im alten, ausrangierten Straßburger Elektrizitätswerk. Wer den Film dort gesehen hat, wird zugeben müssen: Zu diesen Bildern paßt keine Umgebung besser als eine Fabrikhalle voller Röhren, Behälter und Maschinen.

Natürlich ist es nicht möglich, den insgesamt 33 „musica"-Veranstaltungen lückenlos gerecht zu werden, etwa der Aufführung von Bernd Alois Zimmermanns „Requiem für einen jungen Dichter", die allein schon wegen ihres immensen Organisations- und Finanzaufwandes zu den Großtaten in Sachen Neue Musik zählt, oder den drei Konzerten, in denen Pierre Boulez eigene Werke dirigierte. Ein weiteres Konzert sei wenigstens noch erwähnt, weil es bezeichnend ist für die Offenheit, die die Straßburger Organisatoren gegenüber jeder Art von Musik besitzen: ein Solokonzert des fabelhaften Jazzpianisten Michel Petrucciani. So ein Auftritt hat wenig mit E-Musik-Avantgarde zu tun, aber viel mit Lust an der Musik und Lust am Hören. STEPHAN HOFFMANN

KULTURNOTIZEN

John Neumeier verfilmt sein abendfüllendes Ballett „Die Kameliendame" mit Marcia Haydée in der Titelrolle.

Der Zeitschriftentag der Arbeitsgemeinschaft der Zeitschriftenverleger des Börsenvereins findet vom 22. bis 24. Oktober in München statt.

„Antike Bauten in Modell und Zeichnung", die Ausstellung auf Schloß Wilhelmshöhe in Kassel, wurde bis 19. Okt. verlängert.

Intermarionett, das Saarbrücker Marionetten-Festival, findet vom 24. bis 27. Oktober statt.

Vier polnische Fotografen stehen im Mittelpunkt des 7. Bielefelder Symposiums über Fotografie zum Thema „Elementare Fotografie" vom 31. Okt. bis 1. Nov. in der Fachhochschule.

Die Ausstellung „Beuys zu Ehren" im Münchner Lenbachhaus (s. WELT v. 1. 8.) wurde bis 2. November verlängert.

Alexandre Kalioujny, Startänzer und Ballettlehrer der Pariser Oper, ist im Alter von 63 Jahren in Paris gestorben.

Retrospektive des Grafikers Rolf Sackenheim

Nachdenkliche Kringel

Zu seinem 65. Geburtstag veranstaltet das Museum seiner Heimatstadt Koblenz dem Zeichner und Grafiker Rolf Sackenheim eine Retrospektive auf sein Schaffen der letzten drei Jahrzehnte. Es ist keine große Schau; die würde auch nicht passen zu dem eher intimen Œuvre und auch nicht zu einem Künstler, der die großen Auftritte niemals liebte. Auch als stellvertretender Direktor der Düsseldorfer Kunstakademie hielt er sich besonnen im Hintergrund.

Dennoch ist dies keine bescheidene Ausstellung. Im Gegenteil, sie stellt hohe Anforderungen an den Besucher und erfüllt höchste Ansprüche erklärter Grafikfreunde, die am liebsten mit der Lupe an ein Blatt herantreten. Sackenheim gehört zu der verhältnismäßig kleinen Gruppe der Nur-Zeichner und Nur-Grafiker hierzulande; alle Vorzüge des Spezialistentums, vor allem im Technischen, schlagen sich in seinem Œuvre nieder. Sie wären freilich nichts wert ohne die spürbare Einwirkung seiner künstlerischen Intelligenz. Denn „Zeichnen heißt, zeichnend über das Wesen der Zeichnung nachdenken." Es wäre sicher zu billig, jetzt zu behaupten, man sähe das seinen Zeichnungen an; aber es empfiehlt sich, diesem Sachverhalt nachzuspüren.

Gelernt hat Sackenheim bei Karl Hubbuch und Otto Coester. Er war nicht von ihnen abhängig. Gleichwohl tauchte manches wieder auf, als er sich vom Gegenständlichen abkehrte, um sich neuen, informellen Einflüssen auszusetzen. Man glaubt, Spuren solcher Einflüsse von Wols und Tobey, von Hartung und Pollock in den frühen Blättern zu erkennen. Doch bald entwickelte sich daraus eine neue Figuration, eine eigene, in sich geschlossene Welt aus Linien, Gerüsten, Bauten, Landschaften, aus Bewegung, Rhythmus, Spannung. Augenblicklich denkt man an Piranesi, wohl wissend, daß der Vergleich erheblich hinkt. Aber daß er sich anbietet, ist kein Zufall. Sackenheims Blätter haben kein Thema wie die Stiche Piranesis; „mein Inhalt ist das Radieren", sagt er; und eben darin, in der technischen Meisterschaft, wetteifert er, gewiß nicht erfolglos, mit dem Italiener, der ihm eine Zeitlang sogar Vorbild gewesen sein mochte.

Seit Ende der 70er Jahre aber vollzieht sich eine auffallende Wandlung in den Zeichnungen und Radierungen Sackenheims. Die vordem dichtgefüllten Blätter mit ihren Wirbeln und Windungen, ihren Bewegungen und Strömungen, Konstruktionen und Verschachtelungen werden immer leerer; die dichten Formen lösen sich auf in Wolken und Nebelstreifen, hingetuschte Formationen, die im Weißen schweben oder fliegen. Man könnte entfernt an Bissier oder ostasiatische Vorbilder denken; wäre nicht die Entwicklung, der Weg Sackenheims aus einer ganz anderen Richtung bekannt, man müßte diese Flecken und gewischten Formpartien, diese Kringel und Spiralnebel für Anachronismen halten. In der Tat bedeuten sie sicher nicht eine Rückorientierung, sondern sind eben auch ein Ergebnis des „zeichnenden Nachdenkens über das Wesen der Zeichnung". (Bis 26. Okt., Kat. 15 Mark)

EO PLUNIEN


Formen, die sich auflösen: „Pinselzeichnung" (1985) von Rolf Sackenheim, aus der Koblenzer Ausstellung FOTO: KATALOG

Düsseldorf: „Die roten Nasen" von Peter Barnes

Prügel gegen die Pest

Der Schwarze Tod zieht durch Europa. Von 1348 bis 1352 fällt weit über die Hälfte der Bevölkerung der Pest zum Opfer; die Ärzte sind macht-, die Kleriker hilflos. Angst und Aberglaube treiben skurrile Blüten. Flagellanten wandern durchs Land und hoffen, der Seuche durch Selbstgeißelung zu entgehen. In diesem Chaos sieht sich der Mönch Marcel Flote in aller Demut zum Retter der Menschheit auserwählt.

Da fordert ihn der Geißelbruder Grez auf, ein Flagellant zu werden. Flote mißversteht jedoch den Auftrag und geißelt Grez statt sich selber – zum großen Amüsement der Umstehenden, die seit Monaten nicht mehr gelacht haben. Darin nun erkennt Flote das ersehnte Zeichen von Gott: Ihm ist es von nun an auferlegt, die Menschen zum Lachen zu bringen. Er sammelt eine Schar Komödianten um sich, deren Kennzeichen lange, rote Nasen sind, und mit diesem mehr als seltsamen Haufen – zu ihm gehören unter anderen zwei einbeinige Tänzer und ein blinder Jongleur – will er die Menschen in Frankreich von ihrem Leid ablenken.

Doch als die Pest zu wüten aufhört, ist auch die Zeit der Flotisten vorbei. Ihre Späße waren in der Zeit der Dunkelheit willkommen; nun, wo die Welt wieder in ihre „schreckliche Normalität" zurückfällt, sind sie dem Papst, der sie seinerzeit gesegnet hat, ein Dorn im Auge, zumal sie die heiteren Stücke zugunsten von Tragödien aus ihrem Repertoire gestrichen haben. Von Bogenschützen werden die Komödianten auf Geheiß Papst Clemens' VI. während einer Vorstellung erschossen.

Die Pest ist in Peter Barnes' bitterer Komödie „Die roten Nasen", die vor zwei Jahren in London uraufgeführt wurde, nicht nur Seuche, sondern auch Metapher für die aus den Fugen geratene Welt. Doch das Stück ist mehr als die Schilderung einer Endzeitstimmung: Der intrigante Klerus und das politische Chaos des 14. Jahrhunderts werden darin ebenso angeprangert wie menschliche Dummheit und tödlicher Irrglaube. Es ist ein Stück über die Angst, die Selbstsucht, die Hoffnung und die Hoffnungslosigkeit, ein Stück natürlich auch über das Theater und nicht zuletzt ein Drama, in dem wir uns selber, hier und heute, wiedererkennen können.

Barnes entwirft mit wenigen Strichen ein Bild des Mittelalters, das in seiner Skizzenhaftigkeit gar nicht um Vollkommenheit bemüht sein kann. „Die roten Nasen" sind bedrohlich und komisch, grob und zärtlich, geschmacklos und poetisch; sie präsentieren Moralität und Mysterienspiel und gleichzeitig deren Parodie. So wird es wohl auf einem mittelalterlichen Marktplatz zugegangen sein, wenn die Komödianten ihre Bühne aufbauten.

Aber: Was hätte nicht alles aus einem so monumentalen Sittengemälde werden können, wäre es den „richtigen" Leuten in die Hände gefallen. Denn dieses sehr britische Drama zeigt seine volle Wirkung erst im Gegensatz zwischen spielerischem Understatement und komödiantischer Derbheit – doch nur der letzten wurde die deutsche Erstaufführung in Düsseldorf gerecht.

Regisseur Horst Zankl läßt seine Mimen auf die Pauke hauen, bis das Fell platzt, und er macht aus den Figuren eindimensionale Clowns, die nur darauf warten, ihre Kalauer loszuwerden. Ein arges Handikap ist auch die nicht sehr geschickte, ziemlich eindimensionale Übersetzung Thomas Braschs, der die Doppeldeutigkeiten und den leisen, hintergründigen Witz des Originals nur selten ins Deutsche zu retten vermochte.

Lediglich Hans-Peter Korff verlieh seinem Mönch Flote überzeugendes Profil, einer Figur, die, zwischen inbrünstigen Glaubensbekenntnissen und pfiffigem Witz schwankend, nicht einen Moment an der Wichtigkeit ihres Auftrages zweifelt und mit ruhiger Gewißheit lächelnd in den Tod geht. Als poetischer Kontrapunkt zu den rauhen Gesellen der „Roten Nasen" fungiert der stumme „Mr. Jingles" von Manuela Alphons, der mit zartem Glockenspiel seine Geschichten „erzählt".

Regine Freise schuf das beeindruckende Bühnenbild: Drohend und gewaltig dominiert die Kathedrale von Auxerre, Schauplatz der Handlung, die Szene – sinnfälliges Symbol des allgegenwärtigen und umfassenden Machtanspruchs der Kirche. Ein ekstatischer Bravo-Ruf am Schluß der Vorstellung wurde sofort von zahlreichen Buhs übertönt, die sich noch steigerten, als die Verantwortlichen neben die Schauspieler auf die Bühne traten. Ob Volker Canaris, Düsseldorfs neuer Generalintendant, sich seinen Einstand in der Landeshauptstadt so vorgestellt hat? Gönnen wir ihm die Schonfrist der ersten 100 Tage – und die Chancen der nächsten Premieren. RAINER NOLDEN

JOURNAL

Nürnberger Theaterstück mit großem Erfolg

DW. **Nürnberg**

Zehn Jahre sind es her, daß das Theaterstück „Schweig, Bub!" von Fitzgerald Kusz in Nürnberg uraufgeführt wurde. Es ist seitdem zu einem Renner geworden. Die Farce über menschliche Schwächen in fränkischer Mundart erlebte inzwischen 13 „Übersetzungen", vom Flämischen übers Berlinerische bis ins Schwytzerdütsche. Das Jubiläum ist Anlaß für die Nürnberger Kammerspiele, am 12. Oktober eine Matinee zu veranstalten. Das Stück ist, zusammen mit zwei weiteren, auch in Buchform erschienen: „*Schweig, Bub! Fränkische Trilogie*" (Ehrenwirth Verlag, München, 200 Seiten, 28 Mark).

Unibibliotheken verliehen 25 Millionen Bücher

dpa. **Berlin**

An den Universitätsbibliotheken in der Bundesrepublik sind 1985 mehr als 25 Millionen Bücher, Zeitschriften und andere Medien ausgeliehen worden. Das sind 2,5 Prozent weniger als im Jahr davor. Die Zahl der Bestellungen im auswärtigen Leihverkehr („Fernleihe") sei dagegen mit rund 1,4 Millionen in etwa unverändert geblieben, teilte das Deutsche Bibliotheksinstitut in Berlin mit. Die Angaben stützen sich auf eine statistische Umfrage bei den 57 Unibibliotheken, an der sich 54 Institute beteiligten.

Politische Karikaturen von Ragnvald Blix

DW. **Düsseldorf**

Zehn Jahre lang zeichnete er für den „Simplicissimus". 1919 kehrte er jedoch in seine norwegische Heimat zurück und arbeitete für seine eigene satirische Zeitung „Exlex" sowie für Tageszeitungen in Skandinavien. Wohl deshalb ist Ragnvald Blix (1882–1954) ein wenig aus dem Blickfeld geraten. Nun erinnert das Stadtmuseum Düsseldorf mit einer Ausstellung an diesen bedeutenden politischen Karikaturisten der Zwischenkriegs- und Nachkriegszeit. Dabei stehen Zeichnungen, die sich mit den deutschen Verhältnissen beschäftigen, im Mittelpunkt. Die Auswahl ist bis zum 26. Oktober zu sehen, der Katalog kostet 8 Mark.

In Erinnerung an Justinus Kerner

DW. **Weinsberg**

Aus Anlaß des 200. Geburtstages des Arztes und Schriftstellers Justinus Kerner (vgl. WELT v. 17. 9.) ist das Kernerhaus in Weinsberg nach gründlicher Renovierung der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht worden. Die dort arrangierte ständige Ausstellung wird von dem jetzt erschienenen „Marbacher Magazin", Heft 39 (bearb. v. Friedrich Pfäfflin u. Reinhard Tgahrt, 112 S., 8 Mark), begleitet. Neben Angaben zu Leben und Werk enthält es Vorschläge von heute lebenden Schriftstellern, darunter Hans Bender, Karl Krolow und Martin Walser, bestimmte Gedichte Kerners wieder zu lesen.

Barbara Sadowska †

Die Menschenrechtlerin und Lyrikerin Barbara Sadowska ist in Warschau im Alter von 48 Jahren gestorben. Frau Sadowska war die Mutter des Abiturienten und Jung-Lyrikers Grzegorz Przemyk, der 1983 unter ungeklärten Umständen im Polizeigewahrsam ums Leben kam. Die Dichterin wurde in einer kommunistisch-polnischen Familie in Paris geboren und debütierte mit 19 Jahren als Malerin und Lyrikerin in Polen. Nach einer steilen Karriere schloß sie sich plötzlich in den 70er Jahren der Opposition an. Eine religiöse Rückbesinnung trat 1981 ein: Sie setzte sich karitativ in einer weiblich-klösterlichen Stelle für Angehörige politisch Inhaftierter ein und wurde beim Überfall auf diese Stelle von „unbekannten Tätern" schwer mißhandelt. Im Sommer 1985 besuchte Barbara Sadowska ihren Geburtsort Paris sowie Köln und Essen, wo sie Vorträge über die Opposition in ihrer Heimat hielt. J. G. G.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Die „Bibliophilen Taschenbücher" sind gerade bei dem 500. Band angelangt. Und da sich diese Taschenbuchreihe vorwiegend dem schönen Buch der Vergangenheit verschrieben hat, feiert man dieses Jubiläum mit einem „imaginären Museum der Buchkunst". Es umfaßt – angefangen mit der Gutenberg-Bibel – 70 der schönsten Bücher, die über Museen in aller Welt verteilt sind und sicher nie unter einem Dach zusammenkommen werden. Dazu kommen Abschweifungen ins Kuriose, von den Buchattrappen bis zum „Steinbuch". Also etwas fürs Auge – und fürs Gedächtnis. Denn wem fallen da nicht Werke ein, die er unbedingt in dieses Museum eingereiht sehen wollte? P. Jo.

„Museum der Bücher", hrsg. v. H. A. Halbey, Harenberg, o. P., 10 Mark.

Neuer Trend in den USA

Immer mehr Akademiker bevorzugen Teilzeitarbeit

WOLFGANG WILL, New York

Ein neuer Trend wird auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt registriert: Immer mehr Akademiker verschreiben sich der Teilzeitbeschäftigung, immer mehr Firmen bedienen sich solcher Kräfte, statt Vollzeitbeschäftigte unter Vertrag zu nehmen, weil das Einsparungen für die betreffenden Unternehmen bedeutet. Von den rund 800 000 Amerikanern, die bei Teilzeitarbeits-Vermittlungen registriert sind, gehören etwa elf Prozent akademischen Berufen an, und ihre Zahl bei diesen Agenturen wächst um jährlich zehn Prozent. Vorwiegend handelt es sich dabei um Ärzte und Juristen, aber auch um Ingenieure und Computer-Spezialisten.

An Nachwuchs wird es kaum mangeln, denn in den USA kommen jährlich 37 000 Juristen und 16 000 Ärzte von den Universitäten. Für Akademiker gibt es auch bereits die ersten Teilzeit-Vermittlungsagenturen – ausschließlich für Akademiker:

- In Atlanta hat die Agentur Locum Tenens rund 2000 Ärzte in ihren Listen. Ein durch diese Agentur vermittelter praktischer Teilzeitarzt erhält ein Honorar von täglich 440 Dollar, wovon er 190 an die Agentur abführen muß. Die bezahlt aber dafür auch eventuelle Reisespesen und die ärztliche Versicherung, die vor Klagen wegen Berufsfehlern schützt.
- Lawsmith in San Franzisko verfügt über die Namen von 150 Rechtsanwälten. Sie erhalten als Teilzeitkraft ein Stundenhonorar von 75 Dollar, wovon die Agentur zehn Dollar kassiert.
- Computer-Fachleute sind die Spezialität der Agentur The Experts in Wellesley/Massachusetts. Das Stundenhonorar eines solchen Datenverarbeiters liegt bei 120 Dollar.

Die Akademiker, die nur auf Teilzeitbasis arbeiten, begründen ihren Entschluß mit der größeren Freiheit, die sie – verglichen mit fest angestellten Kollegen – haben. Die Anwältin Louise Quintard nennt einen anderen Grund: Sie erholt sich gerade von einer Rückenverletzung – da kommt ihr die Möglichkeit der Teilzeitarbeit wie gerufen.

Vorteile auch haben die Firmen. Ein Hospital in Duluth beispielsweise brauchte für vier Wochen einen Radiologen, um eine Urlaubslücke schließen zu können – die Teilzeitkraft war weniger kostspielig als ein festangestellter Arzt. Das gleiche gilt für die Anwaltsfirma St. Clair in San Franzisko, wo wegen plötzlichen, aber vorübergehend hohen Arbeitsanfalls sechs Teilzeit-Juristen angeheuert wurden. (SAD)



Nicht nur Römer, auch Touristen (oben) greifen zum Besen, um Straßen und Plätze vom Schmutz zu befreien. Schuld an den skandalösen Zuständen sollen Bürgermeister Signorello und seine Verwaltung sein. Zwei Amtsrichter haben jetzt eine Untersuchung eingeleitet, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können.
FOTOS: UPI/AP

Ein Deutscher für ein Jahr Großgrundbesitzer in Israel

WOLFGANG GESSLER, Bonn

Peter Michael Dudzik, ARD-Korrespondent in Israel, ist zusammen mit dem arabischen Kaufmann Muhamad Abdel Rajen einer der größten Landbesitzer Israels. Den beiden gehören rund 700 Quadratkilometer fruchtbaren Ackerlandes. 210 Kibbuzzim und Mochavim (Genossenschaften) sowie 3100 Einzelpersonen haben Dudzik und Rajen dieses Land verkauft; für 90 Schekel (rund 130 Mark) eine Fläche von der Größe Hamburgs.

Der Journalist hatte einen Bericht über das „Schmitta"-Jahr gelesen, jenes siebte Jahr, über das zu lesen ist: „Sechs Jahre kannst du in deinem Land säen und die Ernte einbringen; im siebten sollst du es brachliegen lassen und nicht bestellen. Die Armen in deinem Volke sollen davon essen, den Rest mögen die Tiere des Feldes fressen." (Exodus, 23,10). Mit dem Beginn des Jahres 5747 jüdischer Zeitrechnung ist am Samstag ein solches siebtes „Schmitta"-Jahr angebrochen.

Bis zur Zerstörung des Tempels 70 n. Chr. hielten sich die Bauern streng an das biblische Gebot; die Felder lagen brach. Die Ackerruhe diente der Erholung des Bodens und sorgte gar für – man würde heute sagen – soziale Gerechtigkeit: Vor allem die Armen konnten ihre schlimmste Not durch Reste von Obst und Gemüse lindern, welches sie auf den Feldern fanden. Schließlich war für die Bauern mit dem „Schmitta"-Jahr ein Zinserlaß verbunden. Heißt es doch: „Jeder Gläubige soll den Teil seines Vermögens, den er einem anderen unter Personalhaftung als Darlehen gegeben hat, brachliegen lassen" (Deuteronomium 15;1,2).

Im Zeitalter moderner Volkswirtschaft wäre eine ähnliche religiöse Konsequenz für die Landwirtschaft katastrophal. So ersannen die jüdischen Bauern einen Kunstgriff, um den Geboten dennoch gerecht zu werden: Etwa 90 Prozent aller Kibbuzzim verkaufen ihre Länder für ein Jahr an Nichtjuden und arbeiten als Lohnarbeiter auf diesen Feldern. Als Lohn erhalten sie die gesamte Ernte.

Freilich: Von seinem Landerwerb wird Käufer Dudzik nichts haben. Denn die Gesetze des israelischen Staates verbieten den Verkauf von Boden an Nichtjuden. Der vom Oberrabbinat gezeichnete Vertrag hat also nur religiöse Wirksamkeit.

Dudzik, dessen Kauf auch in den „Tagesthemen" zu sehen war, trägt seinen neuen „Reichtum" mit Humor: „Demnächst werde ich wohl einen unserer Kibbuzzim besuchen, und dann sage ich: ‚Freunde, hier bin ich. Ich bin euer neuer Besitzer!'"

Die Römer leiden unter ihrer Stadt

KLAUS RÜHLE, Rom

„Rom ist ein einziger Saustall", konstatiert so mancher Tourist, der nach einem mehrtägigen Besuch in der Ewigen Stadt wieder den Heimweg antritt. Dieses Urteil wird von den meisten römischen Bürgern geteilt. Im Gegensatz zu den enttäuschten Touristen sind sie jedoch gezwungen, dauernd in einer Stadt zu leben und zu arbeiten, die vor Schmutz starrt; in der die Autoabgase die Luft verpesten und die Geräuschkulisse gesundheitsschädigende Formen angenommen hat. In einer Stadt, in der die Mobilität zum Erliegen kommt.

Jetzt scheint das Maß voll zu sein. Zwei römische Amtsrichter haben die Initiative ergriffen und eine Untersuchung eingeleitet mit dem Ziel, gegebenenfalls die Stadtregierung für die unglaublichen Zustände verantwortlich zu machen. Hand in Hand damit geht die Selbsthilfe der Römer, die sonntags mit Besen und Schaufel bewaffnet auf die Straße gehen, um die stinkenden Müllberge abzutragen.

Am vergangenen Wochenende wurde zudem unter starker Beteiligung eine Protestdemonstration gegen die „fahrlässige Vernichtung unserer Stadt" durchgeführt. Hunderte von zornigen Römern hielten sich an den Händen und bildeten zwischen der Piazza del Popolo und dem Spanischen Platz eine Menschenkette. In Sprechchören attackierten sie die Stadtverwaltung. Angeklagt sind das christdemokratische Stadtoberhaupt Nicola Signorello und die verantwortlichen Dezernenten des Magistrats. Doch die waschen sich die Hände in Unschuld. Für die Straßenreinigung fehle es einfach an Arbeitskräften, heißt es, 1500 Planstellen seien unbesetzt. Eine Entscheidung zugunsten der Befreiung der Innenstadt vom privaten Autoverkehr werde schon lange erwogen, stoße aber auf viel Widerstand.

Lärmschwelle ist weit überschritten

Bis vor ein paar Jahren wurde Rom von einer roten Mehrheit regiert. Von der Wachablösung versprach man sich viel, vor allem auch in der Vatikanstadt, die ja Teil Roms ist. Leider wurden die Hoffnungen nicht erfüllt, was das päpstliche Presseorgan, den „Osservatore Romano", schon vor Monaten veranlaßte, seiner Betrübnis über das Versagen des christdemokratischen Bürgermeisters Ausdruck zu verleihen.

Die jetzt in Gang gekommene amtsrichterliche Untersuchung gegen die Schlamperei der römischen Stadtväter stößt auf Schwierigkeiten. Zum Beispiel stellte sich jetzt heraus, daß es in der Hauptstadt Italiens an dem gesetzlich vorgesehenen Netz von Kontrollapparaturen für die Messung der Luftverseuchung fehlt. Nur dank der privaten Initiative der örtlichen Umweltorganisationen weiß man, daß der Verseuchungsgrad und auch die zulässige Lärmschwelle längst das zulässige Maß überschritten haben.

Wo tagtäglich eine Million Pkws die Innenstadt mit ihren Abgasen belästigen und die Bürgersteige zustellen, wo die Dieselmotoren der Autobusse und Lkws die Luft verpesten, wo die schlecht organisierten und unhygienischen öffentlichen Verkehrsmittel keinen Ersatz für den privaten Autoverkehr darstellen, zumal es an einem internen U-Bahn-Netz fehlt. Gibt es wirklich keinen Ausweg mehr aus der Misere? Eine Lösung böte sich an, wenn das gesamte „historische Zentrum" zur Fußgängerzone erklärt würde. Eine so radikale Entscheidung wagt bisher jedoch niemand zu treffen.

Zur Unbewohnbarkeit Roms tragen neuerdings noch andere Mängel bei: Ausbesserungsarbeiten, die eigentlich in den verkehrsarmen Hochsommermonaten hätten durchgeführt werden müssen, blockieren jetzt die Straßen und Plätze. Außerdem wird an allen Ecken und Enden gegraben, um die alten Gasleitungen durch neue für Methangas zu ersetzen. Halb Rom gleicht einem löcherigen Schweizer Käse. Die Zahl der Baustellen wird auf 6000 geschätzt. Lange Staus sind die logische Folge. Wenn es den ortskundigen motorisierten Römern mit allen möglichen Tricks – wenn auch mit großem Zeitverlust – doch noch gelingt, von einem Ende der Stadt zum anderen zu gelangen, so ist dies für einen Ortsunkundigen völlig hoffnungslos.

Auch Baudenkmäler sind stark gefährdet

Wehmütig denken die Römer an den 12. August 1950 zurück, als Rom zur „stillen Stadt" erklärt wurde, von dem damals in Kraft getretenen Hupverbot ist nichts mehr übrig geblieben. Auch die vor einigen Jahren geschaffenen sieben Sperrzonen im „historischen Zentrum" stehen praktisch nur noch auf dem Papier.

Doch nicht nur die Bewohner und Besucher Roms leiden unter der verpesteten Luft, auch die zahlreichen Baudenkmäler der Ewigen Stadt, die durch die Schadstoffe stark gefährdet sind. Ein großer Teil davon wartet seit Jahren in Holzverschlägen auf die Sanierung.

Bei Lärm wird weniger geleistet

rtr, Berlin

Die Belastung durch Lärm verringert drastisch die Gedächtnisleistung. Zu diesem Ergebnis kommen Psychologen der Freien Universität (FU) Berlin in einer Studie über die Zusammenhänge von Lärm und Leistung. Die Wissenschaftler haben die Arbeitsplätze im Großraumbüro einer Versicherung untersucht. Die im Labor nachgestellten Arbeitsbedingungen offenbarten, daß nicht das Verarbeiten, sondern das Behalten von Informationen das Problem sei. Kämen Streßbelastungen wie Lärm in dieser Situation hinzu, dann verringere sich die Gedächtnisleistung drastisch. „Bei hoher Aufgabenschwierigkeit, bei Zeitdruck, Lärm und anderen Streßfaktoren versagt das Gedächtnis seinen Dienst", heißt es in der Studie. Die Folge sei zusätzliche Arbeit, da Wichtiges vergessen werde, nachgeschlagen oder bei Kollegen erfragt werden müsse. Diese Mehrarbeit belaste den Arbeitnehmer.

Hohe Geldbußen für Raser

dpa, Rom

Rasen auf Italiens Straßen und Autobahnen kann teuer werden. Gestern trat ein Dekret in Kraft, mit dem die Bußgelder für zu schnelles Fahren drastisch erhöht werden. Wer dabei erwischt wird, daß er die zulässige Höchstgeschwindigkeit um mehr als zehn Stundenkilometer überschreitet, muß bis zu 800 000 Lire (knapp 1200 Mark) zahlen. Für Lastwagenfahrer kann die Strafe doppelt so hoch sein. Bislang lag die Höchststrafe bei 600 000 Lire (knapp 900 Mark). Wer auf der Stelle bezahlt, bekommt 25 Prozent Nachlaß.

Von Hunden angefallen

AFP, Paris

Von sechs ausgebrochenen Wachhunden ist ein Radfahrer auf einer Landstraße in der Nähe der Ortschaft Itteville südlich von Paris angegriffen worden. Der 63jährige Pierre Martin wurde mit schweren Bißwunden im Gesicht, am Hals, an Armen und Beinen in die Intensivstation eines Krankenhauses eingeliefert. Ein Autofahrer hatte mit seinem Fahrzeug vergeblich versucht, die zwei Schäfer- und vier Pyrenäenhunde von dem am Boden liegenden Opfer zu trennen.

Einstein-Archiv in Bern

dpa, Bern

Nach Princeton in den USA und Jerusalem soll jetzt auch Bern zu einem Zentrum der Albert-Einstein-Forschung werden. Auf Initiative des Wissenschaftshistorikers Max Flückiger ist in der Schweizer Bundeshauptstadt die Stiftung „Einstein-Archiv" gegründet worden. Es umfaßt Originale und Fotokopien von Manuskripten, Studienheften und Briefen Einsteins, Literatur zu Einsteins Werk, Briefe und Aufzeichnungen von Zeitgenossen, Presseberichte sowie Tonbänder.

Hitlerjunge im Eis

dpa, Innsbruck

Der Übelferner Gletscher der Stubaier Alpen im italienischen Südtirol hat nach über 40 Jahren eine Leiche freigegeben, die offenbar die eines Hitlerjungen ist. Er wurde am vergangenen Sonntag von einem Bergrettungsmann in etwa 3000 Meter Höhe entdeckt. Die zerfetzte Uniform trägt die weiße „S"-Rune, das Zeichen der zehn- bis 14jährigen Angehörigen des „Deutschen Jungvolks" in der Hitlerjugend. Außerdem wurde ein Abzeichen mit der Aufschrift „Reichsdeutsche Jugend – Ausland" gefunden.

Beschwerde zurückgezogen

rtr, Berlin

Der wegen fahrlässiger Tötung an seiner Frau Helga und unerlaubten Waffenbesitzes zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilte frühere Box-Europameister Gustav „Bubi" Scholz bleibt weiter in Haft. Er zog nach Angaben eines Justizsprechers seine Beschwerde gegen eine Entscheidung der Strafvollzugskammer des Landgerichts Berlin zurück. Diese hatte eine Entlassung des 55jährigen nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haft abgelehnt.

WETTER: Wolkig, im Norden Regen

Lage: Ein Hoch über Mitteleuropa bleibt für den größten Teil Deutschlands wetterbestimmend. Tiefausläufer beeinflussen den Norden und Osten Deutschlands.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden und Osten stark bewölkt und zeitweise Regen. Nach Süden hin wolkig mit zunehmenden Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 16 bis 20 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zum Donnerstag 10 bis 6 Grad. Schwacher, im Norden mäßiger Wind um West.

Weitere Aussichten: Am Donnerstag ruhiges und überwiegend freundliches Herbstwetter.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.35 Uhr*, Untergang: 17.43 Uhr; **Mondaufgang:** 14.14 Uhr, Untergang: 20.47 Uhr (* MEZ: zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 8. Okt., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum, T Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille, Nordwind 10 km/h, Ostwind 20 km/h, Südwind 30 km/h, Westwind 40 km/h, Nebel, Nieseln, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Niederschlagsgebiet, Temperaturen in °C, Warmfront, Okklusion, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Berlin	15	bw
Bielefeld	17	bw
Braunlage	12	bw
Bremen	17	bw
Dortmund	18	bw
Dresden	15	bw
Dusseldorf	19	bw
Erfurt	15	bw
Essen	17	bw
Feldberg/S.	11	he
Flensburg	14	R
Frankfurt/M.	17	bw
Freiburg	18	bw
Garmisch	22	he
Greifswald	16	bw
Hamburg	16	bw
Hannover	16	bw
Kahler Asten	11	bw
Kassel	16	bw
Kempten	18	he
Kiel	14	bd
Koblenz	18	bd
Köln-Bonn	18	bw
Konstanz	20	he
Leipzig	17	bw
List/Sylt	14	R
Lübeck	16	bw
Mannheim	17	bw
München	18	bw
Münster	17	bw
Norderney	15	bw
Nürnberg	17	bw
Oberstdorf	18	wl
Passau	17	bw
Saarbrücken	15	bw
Stuttgart	17	bw
Trier	16	bd
Zugspitze	4	he

Ausland:

Algier	27	he
Amsterdam	19	bw
Athen	22	he
Barcelona	22	wl
Belgrad	22	he
Bordeaux	19	he
Bozen	22	wl
Brüssel	17	bw
Budapest	20	he
Bukarest	19	he
Casablanca	24	he
Dublin	17	bw
Dubrovnik	23	he
Edinburgh	16	he
Faro	23	bw
Florenz	26	wl
Genf	19	he
Helsinki	6	Sp
Hongkong	28	he
Innsbruck	20	he
Istanbul	20	he
Kairo	28	he
Klagenfurt	16	wl
Konstanza	19	he
Kopenhagen	11	bw
Korfu	26	he
Las Palmas	25	he
Leningrad	5	bd
Lissabon	23	he
Locarno	22	he
London	21	he
Los Angeles	18	wl
Luxemburg	14	bw
Madrid	21	bw
Mailand	22	wl
Malaga	25	bw
Mallorca	28	he
Moskau	6	he
Neapel	26	wl
New York	26	he
Nizza	24	wl
Oslo	12	he
Ostende	18	he
Palermo	25	he
Paris	20	he
Peking	–	–
Prag	16	bw
Rhodos	25	he
Rom	26	wl
Salzburg	18	he
Singapur	29	bw
Split	25	he
Stockholm	8	bw
Straßburg	18	bw
Tel Aviv	28	he
Tokio	20	Rs
Tunis	25	bw
Valencia	24	he
Varna	21	he
Venedig	22	wl
Warschau	13	bw
Wien	19	he
Zürich	19	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Anklage gegen „Doppeldoktor"

rtr, Dortmund

Wegen des Verdachts von Schmiergeldzahlungen in Verbindung mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage in Hamm hat die Dortmunder Staatsanwaltschaft Anklage gegen den ehemaligen Hammer Wirtschaftsdezernenten Winfried Masannek und drei Vorstandsmitglieder der Deutschen Babcock Anlagen AG erhoben.

Wie die Staatsanwaltschaft gestern mitteilte, wird Masannek vorgeworfen, als Gegenleistung für die Auftragsvergabe der 170 Millionen Mark teuren Anlage 1,7 Millionen Mark erhalten zu haben. Die Anklage gegen Masannek, der jahrelang als angeblicher „Dr. Dr." firmiert hatte, lautet auf Bestechlichkeit, Urkundenfälschung, fortgesetzte Steuerhinterziehung und unbefugtes Führen akademischer Grade. Den Mitarbeitern der Babcock wird gemeinschaftliche aktive Bestechung zur Last gelegt.

LEUTE HEUTE

Kein Mythos

Brigitte Bardot hat jetzt wissen lassen, warum sie ihre Biographin **Cathérine Rihoit** auf umgerechnet 70 000 Mark verklagen will. BB mokierte sich nicht etwa über Textstellen, der Titel ist es, der sie in Rage bringt. Er lautet: „Brigitte Bardot – ein französischer Mythos". Gegen das Wort Mythos klagt nun BB: Ein Mythos entstehe nur um Verstorbene. Und dazu zähle sie noch nicht.

Keine Ruhe

Der bankrotte Sportwagenhersteller **John Z. De Lorean** (61) steht wieder einmal vor Gericht. Zwei Jahre, nachdem er in einem sensationellen Rauschgiftprozeß in Kalifornien freigesprochen wurde, muß er sich nun vor einem Schwurgericht in Detroit wegen angeblicher Unterschlagung verantworten. Die Anklage wirft ihm vor, knapp neun Millionen Dollar der 18,8 Millionen Dollar veruntreut zu haben, die Investoren in sein Unternehmen gesteckt hatten. „Das ist nicht die Heimkehr, die ich mir gewünscht habe", sagte De Lorean



bei Betreten des Gerichts. Er wird den Prozeß ohne Zuspruch durchstehen müssen. Das bildhübsche Mannequin **Cristina Ferrare** hatte sich nach dem Freispruch 1984 überraschend von ihm scheiden lassen.

Brenner-Gebühren werden erhöht

dpa, Wien

Die Lkw-Jahresgebühr für die Benutzung der Brenner-Autobahn wird zum 1. Januar erhöht. Dies gaben die österreichischen Minister für Bauten, Verkehr und Finanz bekannt. Zuvor hatten sie über die umstrittene Maßnahme mit dem Bonner Verkehrsminister Werner Dollinger gesprochen. Die für den 1. Oktober geplante Erhöhung von 17 000 auf 25 000 Schilling (2430 auf 3570 Mark) war zurückgestellt worden.

Mit der Erhöhung der Gebühren soll „Druck auf die Spediteure ausgeübt werden, auch andere Routen zu benutzen". Außerdem solle sie den „Lkw-Huckepackverkehr" per Eisenbahn fördern. Österreichs Verkehrsminister Streicher erklärte, die Belastung durch den Transit sei „bereits überkritisch". Täglich benutzten im Schnitt 3200 Lastkraftwagen diese Strecke, zu Spitzenzeiten 6000.

Das „alte Wasserwerk" hat so seine Tücken

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das „alte Wasserwerk", gerade erst bezogenes Ausweichquartier des Deutschen Bundestages bis zur Neugestaltung des baufälligen Parlaments, hat trotz vielgerühmter Edelausstattung seine Tücken. Problem Nummer eins ist eine Hellhörigkeit, die nicht nur den Stenographen zu schaffen macht.

Friedrich-Ludwig Klein, Leiter des Stenographischen Dienstes des Bundestages und seit 36 Jahren in ihm tätig, hat soeben im Auftrag ein Memorandum an das Präsidium des zwangsläufig eng geratenen Hohen Hauses fertiggestellt, in dem festgehalten wird, daß der Fraktionsvorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, in vier Plenarsitzungen insgesamt 242 Zwischenrufe – ein Rekord – gemacht hat. Früher, so Klein, konnten bei der herrschenden Weiträumigkeit die Stenographen gerade noch bis zur zweiten Sitzreihe hören. Jetzt ist praktisch bis in die Hinterbänke hinein alles für die Stenographen wahrnehmbar, müßte also nach geltender Regel eigentlich ins Protokoll aufgenommen werden. Der „Stenographische Bericht" vom 11. September, etwa 110 Druckseiten stark, weist auf manchen Seiten 20 und mehr Zwischenrufe nach. Das führte zunächst zu einer Präsidiumsanweisung, nicht jedes „Gemurmel" auch zu notieren, schließlich in der letzten Sitzung am 2. Oktober zu einer ausdrücklichen Mahnung des amtierenden Vizepräsidenten Heinz Westphal (SPD), nicht so viel dazwischenzurufen, um die Stenographen zu schonen.

Daß ihre Belastung schon ausdrücklich anerkannt wurde, geht daraus hervor, daß wegen der neuen weiten Wege und der üblichen Fünf-Minuten-Ablösung ein 13. Stenograph eingestellt werden mußte. Ursprünglich hatte man den Schnellschreibern zumuten wollen, durch die Bar der Cafeteria im Wasserwerk-Keller über eine winzige weiße Wendeltreppe, die oben auf der Regierungsbank endet, ihren Arbeitsplatz vor dem Präsidenten zu erreichen. Jetzt wurde ihnen zugestanden, durch den Saal selbst zu gehen – bisher ängstlich gehütetes Privileg der Abgeordneten.

Die neue enge Sitzordnung im pultlosen Plenarsaal macht die schnelle Kommunikation der Bundestagsmitglieder untereinander während einer Sitzung kompliziert. Die „Lobby" wäre der ideale Ort, doch auch hier gibt es akustische Probleme. Wenn unten in der Cafeteriaküche die Maschinen laufen, wird Ossi, der Barkellner, durch Zuruf von oben gebeten, die Dinger abzustellen, da man sich sonst nicht verständigen könne. Das betrifft nicht die lautlos arbeitende Kaffeemaschine, ein Wunderwerk der Technik mit elektronischer Steuerung, wo eine falsche Bewegung statt einer Tasse 16 Liter auslösen kann. Die eigentlichen Initiatoren der Rettung des hundertjährigen „alten Wasserwerks", an der Spitze der FDP-Abgeordnete Detlev Kleinert, haben in Erinnerung an die schummerige alte Bundeshausrestaurant-Bar ohnehin gefordert, das „ganze Gedöns" mit „Buletten-Tresor" wieder abzuräumen und die Gemütlichkeit von früher wiederherzustellen.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Beim „Tag der Offenen Tür" allerdings, der soeben in Bonn abgehalten wurde, hat das „alte Wasserwerk" mit über 51 000 Besuchern vor allen anderen Besichtigungspunkten den absoluten Rekord verzeichnet. Die Meinung war einhellig: „So was Hübsches – die Deutschen haben das schönste Parlament der Welt!"

Es bleibt den Besuchern allerdings verborgen, welche Mühe die Boten im Plenarsaal jetzt mit den zahlreichen Parlamentsdrucksachen und ihrer Verteilung haben. Die Abgeordneten sitzen nicht mehr im Zweierblock, sondern wie im Kino, und die ganze Reihe muß sich erheben, wenn jemand aus der Mitte hinaus will. Für die Schriftstücke und Zeitungen reicht das kleine Drahtkörbchen unter dem Sitz, das nun das Pult ersetzen muß, nicht aus. Ein Standardsatz des Präsidenten lautet daher inzwischen: „Bitte holen Sie sich ihre Drucksachen draußen am Eingang."

ZU GUTER LETZT

Im weltberühtem Ozeanischen Institut in Monte Carlo wurde jetzt eine regelrechte „Krankenabteilung für Fische" eingerichtet. Dorthin kommen exotische Fische, die aufgrund ihrer „Gefangenschaft" schwermütig wurden oder von Konkurrenten verletzt wurden.